

Daten +Analysen

Quartalsheft



III 2003



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk
Torsten Haseloff
Telefon: 0331 39 - 465
E-Mail: Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
Internet: www.lds-bb.de/lds/
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

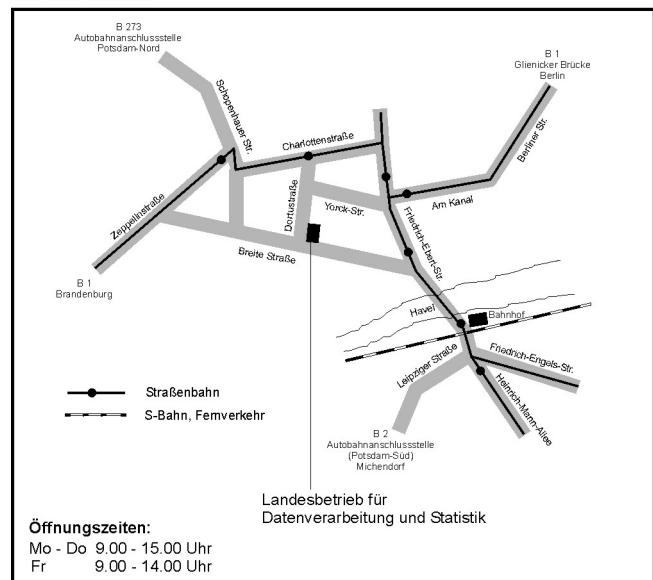
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im September 2003
Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

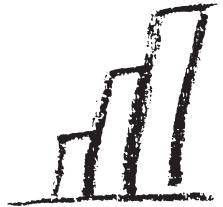
- | | | |
|---------------------|------|---------------|
| Informationsservice | Tel. | 0331 39 - 444 |
| | Fax. | 0331 39 - 418 |
| Vertrieb | Tel. | 0331 39 - 497 |
| | Fax. | 0331 39 - 418 |

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

/// 2003

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell	5
----------------------	---

Wussten Sie schon?	13
--------------------------	----

Statistische Rechtsgrundlagen	13
-------------------------------------	----

Beiträge	14
----------------	----

54. ISI-Weltkongress	14
Statistische Woche 2003 in Potsdam	15
Brandenburg-Tag 2003	16
Die Bedeutung der Landesämter für die deutsche Statistik, insbesondere die Regionalstatistik	17
Die Altersstruktur des Personals im Landesdienst 2002	21
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001	26
Einflussfaktoren der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und der CO ₂ -Emissionen im Land Brandenburg von 1990 bis 2001	34
Die Wohnsituation in Brandenburg 2002	39
Studierende an brandenburgischen Hochschulen im Wintersemester 2002/2003	49
Die Einstellung der Kleinbetriebserhebung ab dem Jahr 2003	56

Buchbesprechung	55
-----------------------	----

Neue Veröffentlichungen	56
-------------------------------	----

Aus Brandenburg

Fakten über Deutschland – neues Internetportal der amtlichen Statistik



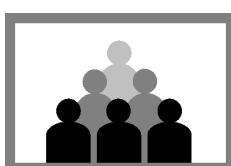
Seit dem 14. August 2003 ist ein einfacher Zugang zu Basisdaten aus der amtlichen Statistik für Deutschland und seine 16 Bundesländer im Internet möglich.

Unter der Adresse www.statistikportal.de haben Statistik-Interessenten damit die Möglichkeit, auf unkomplizierte Weise vergleichbare Daten verschiedener Bundesländer zu recherchieren und zu nutzen.

Das gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder betriebene Portal bietet aktuelle Daten und Zeitreihen zu den Themenbereichen der amtlichen Statistik – als Übersichtstabellen oder in Datenbanken. Außerdem gibt es ein Verzeichnis der Veröffentlichungen sowie Klassifikationen und Kontaktadressen zu den statistischen Ämtern. Alle Informationen liegen nicht nur in deutscher, sondern auch in englischer Sprache vor.

Direkt vom Portal aus ist über Links auch der Zugang zu weitergehenden Informationsangeboten der einzelnen Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, des Auslandes oder supranationaler Organisationen möglich.

Bevölkerung des Landes Brandenburg leicht zurück gegangen



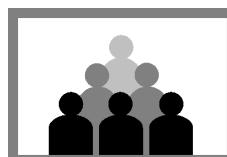
Am 31.12.2002 lebten im Land Brandenburg 2 582 379 Personen. Damit reduzierte sich der Bevölkerungsbestand im Land Brandenburg gegenüber dem vergleichbaren Stichtag des Jahres 2001 um 10 661 Personen bzw. um 0,4 Prozent.

Nachdem von 1995 bis 1999 eine jährliche Zunahme der Bevölkerung und im Jahr 2000 eine relativ konstante Entwicklung festzustellen war, ist seit 2001 eine rückläufige Veränderung eingetreten. Während im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin noch immer eine Zunahme des Bevölkerungsbestandes um 12 759 Personen (Vorjahr: um 16 081 Personen) zu verzeichnen war, reichte diese jedoch nicht aus, um die negative Entwicklung der kreisfreien Städte und Landkreise außerhalb des engeren Verflechtungsraumes auszugleichen.

Alle Landkreise (mit Ausnahme des Landkreises Oder-Spree), in denen ein Teil der Gemeinden strukturell zum engeren Verflechtungsraum gehört, haben Bevölkerungszuwächse gegenüber dem 31.12.2001. Am höchsten waren diese in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und

Havelland. Am stärksten vom Bevölkerungsrückgang betroffen waren dagegen im äußeren Entwicklungsräum des Landes Brandenburg die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Uckermark. In den kreisfreien Städten lebten insgesamt 4 160 Menschen weniger als am Ende des Jahres 2001.

Fast die Hälfte der ausländischen Bevölkerung Brandenburgs stammt aus Europa



Am 31. Dezember 2002 waren im Land Brandenburg 66 765 Ausländer mit Hauptwohnung gemeldet, das sind 2,6 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes. Darunter sind 31 861 Europäer und 12 452 Asiaten. Weiterhin lebten hier Menschen aus Afrika sowie aus Nord- und Südamerika.

Der größte Anteil der aus Europa stammenden Personen kam aus Polen (fast 25 Prozent), der Russischen Föderation (fast 12 Prozent), der Türkei (fast 11 Prozent) und Weißrussland (fast 8 Prozent). Etwa 43 Prozent der asiatischen Menschen waren vietnamesischer Herkunft.

Zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung sind 25 bis 65 Jahre alt, ca. 3 Prozent älter als 65 Jahre.

Ein Viertel der ausländischen Bevölkerung lebte in den vier kreisfreien Städten, womit ihr Anteil dort bei 4,4 Prozent lag. In den Landkreisen betrug der Anteil 2,3 Prozent. Die meisten Ausländer haben ihren Aufenthalt in der kreisfreien Stadt Potsdam (6 950) und im Landkreis Oder-Spree (6 366).

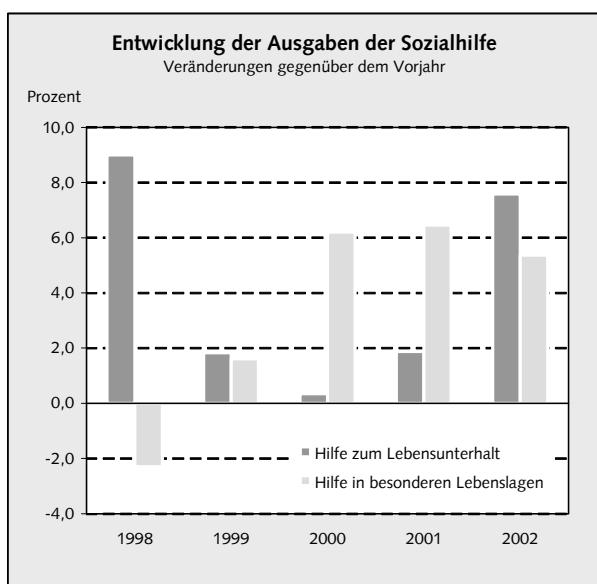
Rund zwei Drittel der nichtdeutschen Bevölkerung lebten weniger als 8 Jahre in Deutschland, fast 7 Prozent bereits mehr als 20 Jahre. Dies betrifft vorwiegend Polen, Ukrainer, Österreicher, Weißrussen und Italiener.

Ausgaben für Sozialhilfe 2002 im Land Brandenburg weiter gestiegen



Im Jahr 2002 betrugen die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz 560 Millionen EUR. Damit sind die finanziellen Aufwendungen für die Sozialhilfe gegenüber dem Jahr 2001 um 32,4 Millionen EUR bzw. 6,1 Prozent gestiegen.

Mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben (199 Millionen EUR) wurde für die Hilfe zum Lebensunterhalt aufgewendet. Das sind 14 Millionen EUR bzw. 8 Prozent mehr als im Vorjahr.



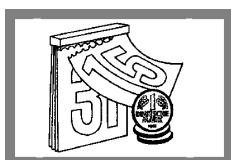
Für die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden 361 Millionen EUR ausgegeben, 18 Millionen EUR bzw. 5 Prozent mehr als im Jahr 2001.

Mit 303 Millionen EUR beanspruchte – wie schon in den Vorjahren – die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen das größte Ausgabevolumen.

Die Hilfe zur Pflege nahm Ausgaben von 31 Millionen EUR in Anspruch, die Krankenhilfe 22 Millionen EUR und 4 Millionen EUR wurden für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt.

Den Bruttoausgaben standen 72 Millionen EUR an Einnahmen (2 Prozent mehr als 2001) gegenüber. Die Nettoausgaben für die Sozialhilfe lagen somit bei 488 Millionen EUR. Im Jahr 2002 wurden damit rein rechnerisch 189 EUR je Einwohner in Brandenburg ausgegeben. Im Jahr 2001 waren es 176 EUR.

Anstieg der durchschnittlichen Bruttonomatsverdienste im Produzierenden Gewerbe um 2,9 Prozent



Der Bruttonomatsverdienst eines vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmers betrug im Produzierenden Gewerbe Brandenburgs im April 2003 durchschnittlich 2 225 EUR.

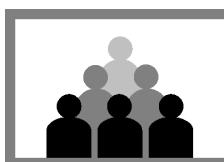
Das waren 63 EUR bzw. 2,9 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters stieg um 2,3 Prozent auf 1 945 EUR. Angestellte erhielten mit einem Monatsgehalt von 2 897 EUR fast 50 Prozent mehr als Arbeiter. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gehälter der Angestellten um 2,7 Prozent gestiegen.

Durchschnittliche Bruttonomatsverdienste der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im April 2003

Arbeitnehmergruppe Wirtschaftszweig	Brutto- nomats- verdienst	Verände- rung gegenüber April 2002
	EUR	Prozent
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe	1 945	+ 2,3
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	2 193	- 2,0
Verarbeitendes Gewerbe	1 962	+ 2,6
Energie- und Wasserversorgung	2 369	+ 3,2
Hoch- und Tiefbau	1 791	+ 0,3
Angestellte im Produzierenden Gewerbe	2 897	+ 2,7
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	3 075	- 3,6
Verarbeitendes Gewerbe	2 971	+ 3,2
Energie- und Wasserversorgung	2 936	+ 4,2
Hoch- und Tiefbau	2 390	- 3,4
Angestellte im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 188	+ 5,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	2 058	+ 5,2
Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	2 032	+ 5,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel)	2 188	+ 3,5
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	1 987	+ 6,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 566	+ 3,2

Ein kräftiger Anstieg ist bei den Gehältern der Angestellten in den Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe zu verzeichnen, ihr Verdienst stieg um 5,1 Prozent auf 2 188 EUR. Die Wachstumsrate war im Handel mit 5,2 Prozent deutlich höher als im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 3,2 Prozent.

18,4 Tausend Zweipersonenhaushalte mehr im Jahr 2002

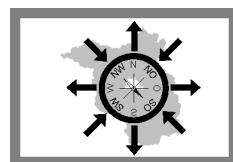


Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es im April 2002 im Land Brandenburg 1 184,4 Tausend Privathaushalte, geringfügig mehr als 2001. Im Vergleich zum Jahr 1991 gab es 2002 145,5 Tausend Privathaushalte mehr. Durchschnittlich lebten in jedem Haushalt 2,18 Personen.

Während die Zahl der Einpersonenhaushalte von 1991 bis 2001 jährlich zunahm, ging sie – entgegen der Entwicklung des gesamten Bundesgebietes – gegenüber 2001 um 5,4 Tausend auf 369,4 Tausend zurück. Die Mehrpersonenhaushalte nahmen 2002 um 6,8 Tausend gegenüber dem Vorjahr zu und bildeten mit knapp 69 Prozent den größten Anteil an den Haushalten insgesamt; 1991 lag der Anteil bei rund 74 Prozent.

Nach der Zahl der Haushaltmitglieder betrachtet, erhöhte sich lediglich die Zahl der Zweipersonenhaushalte. Im Jahr 2002 waren es in Brandenburg 430,4 Tausend; 18,4 Tausend Zweipersonenhaushalte mehr als im Vorjahr. Im Jahr 1991 wurden 322,8 Tausend Zweipersonenhaushalte ermittelt.

Exportanstieg im April 2003



Im April 2003 führte das Land Brandenburg Waren im Wert von fast 416 Millionen EUR aus. Damit wurde das Ergebnis vom April 2002 um 15 Millionen EUR bzw. 3,6 Prozent übertroffen. Gegenüber März 2003 betrug die Steigerung sogar 95 Millionen EUR bzw. 29,7 Prozent. Damit konnte das kumulative Exportminus zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum weiter verringert werden. Von Januar bis April 2003 erreichte die Warenausfuhr einen Wert von über 1,5 Milliarden EUR. Das waren 17 Millionen EUR bzw. 1,1 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2002.

Nach wie vor sind Enderzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft die einzige Warengruppe, in der das Vorjahresergebnis nicht erreicht wurde. In allen anderen Warengruppen wurden Steigerungen, teilweise im zweistelligen Prozentbereich, registriert.

Hauptexportgüter waren pharmazeutische Erzeugnisse, Blech aus Eisen oder Stahl, Sperrholz, Span- und Faserplatten, Kunststoffe sowie Papier und Pappe.

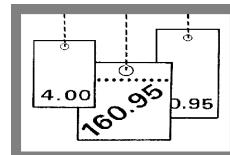
Die Ausfuhren in die EU-Länder, die einen Anteil von über 46 Prozent am Gesamtexport erreichten, lagen um 22 Millionen EUR bzw. 3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Zum überwiegenden Teil war das darauf zurückzuführen, dass sich die Lieferungen in das Vereinigte Königreich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002 mehr als halbierten.

In den ersten vier Monaten 2003 wurden Waren im Wert von fast 1,8 Milliarden EUR nach Brandenburg eingeführt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum war das ein Rückgang von knapp 84 Millionen EUR bzw. 4,5 Prozent. Ursache dafür waren die um fast ein Drittel geringeren Lieferungen im April 2003, die alle Waren-

gruppen (außer Halbwaren) sowie alle Kontinente (außer Australien) betrafen.

Wichtigste Einfuhrgüter blieben Erdöl und Erdgas, gefolgt von Luftfahrzeugen, Abfällen und Schrott aus Eisen oder Stahl, Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie Möbeln. In der Rangliste der Lieferländer lag die Russische Föderation vor Polen, Italien, Frankreich und den Niederlanden.

Rückgang der Baupreise von Februar bis Mai 2003

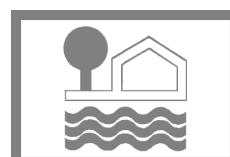


Der Baupreisindex für Wohngebäude im Berichtsmonat Mai 2003 sank gegenüber Februar 2003 um 0,3 Prozent auf einen Indexstand von 97,8 (Basis 1995=100). Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresniveau ist eine Erhöhung des Baupreisindex um 0,7 Prozent zu verzeichnen.

Kennzeichnend für die kurzfristige Entwicklung des Baupreisindex gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Februar 2003 war, dass sowohl die Preise für Roh- als auch für Ausbauarbeiten um 0,3 Prozent zurückgegangen sind.

Im Vergleich zum Mai des Vorjahrs wurde eine Erhöhung des Baupreisindex von 0,7 Prozent ermittelt (Februar 2003 + 1,7 Prozent, November 2002 + 2,0 Prozent). Der Teilindex für Rohbauarbeiten erhöhte sich moderat nur um 0,1 Prozent und der für Ausbauarbeiten um 1,1 Prozent.

Rückgang der Umweltschutzinvestitionen im Jahr 2001



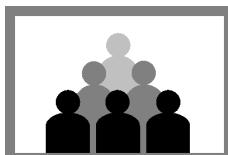
Im Jahr 2001 investierten in Brandenburg die Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes bei etwa konstantem Gesamtinvestitionsvolumen (2001: 1 138 Millionen EUR, 2000: 1 128 Millionen EUR) 26,8 Millionen EUR in den Umweltschutz. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 36,4 Millionen EUR bzw. um ca. 58 Prozent. Gemessen an den Gesamtinvestitionen betrug 2001 der Anteil der Umweltschutzinvestitionen 2,4 Prozent. 2000 lag dieser Anteil bei 5,6 Prozent.

Auch 2001 wurde schwerpunktmäßig in Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft (9,9 Millionen EUR) und in den Schutz von Gewässern (7,9 Millionen EUR) investiert. Für Maßnahmen des Naturschutzes, der Landschaftspflege sowie der Bodensanierung konnte sogar ein Anstieg der Ausgaben für den Umweltschutz um ca. 1,2 Millionen EUR verzeichnet werden. In den Bereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz und Luftreinhaltung gingen die

Investitionsausgaben für die Umwelt jeweils um über 60 Prozent zurück.

Aus Deutschland

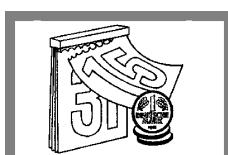
Weitere Zunahme der Lebenserwartung



Die Lebenserwartung in Deutschland hat erneut zugenommen. Nach der aktuellen Sterbetafel 1999/2001 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung für einen neugeborenen Jungen 75,1 Jahre und für ein Mädchen 81,1 Jahre. In der vorhergehenden Sterbetafel 1998/2000 waren 74,8 bzw. 80,8 Jahre ermittelt worden. Auch für ältere Personen ist die Lebenserwartung gestiegen. So kann nach der aktuellen Sterbetafel 1999/2001 ein 60-jähriger Mann noch mit einer ferneren Lebenserwartung von im Durchschnitt 19,5 Jahren rechnen gegenüber 19,2 Jahren nach der vorhergehenden Sterbetafel. Für eine gleichaltrige Frau ergeben sich noch 23,7 weitere Lebensjahre gegenüber zuvor 23,5 Jahren. Die Sterbetafeln basieren auf den Angaben über die Gestorbenen und die Bevölkerung der letzten drei Jahre. Sie beschreiben damit die gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnisse. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit keine Spitzenstellung ein. Allein unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weisen einige deutlich höhere Lebenserwartungen als Deutschland auf. So beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen in Schweden 77,5 Jahre und für neugeborene Mädchen in Frankreich 83,0 Jahre, das sind 2,5 bzw. 1,9 Jahre mehr als in Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nettoeinkommen je Privathaushalt bei 32 000 EUR



Die privaten Haushalte in Deutschland erzielten im Jahr 2002 durchschnittlich ein Nettoeinkommen von 32 100 EUR. Gegenüber 1991 (25 700 EUR) waren 25 Prozent mehr an Einkommen in der Haushaltstasse. Real, d. h. nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2002 im Durchschnitt allerdings etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (- 1 Prozent). Auf Grund des ungebrochenen Trends zu kleineren Haushalten erhöhte sich das Nettoeinkommen je Haushaltsteilnehmer stärker (+ 32 Prozent). Pro Kopf standen im Jahr 2002 15 000 EUR für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 11 300 EUR). Das reale Durchschnittseinkommen je Haushaltsteilnehmer hat sich zwischen 1991 und dem Jahr 2002 um 5 Prozent erhöht. Durch die Betrachtung des Nettoeinkommens je Haushaltsteilnehmer wird den Unterschieden in der Haus-

haltsgröße Rechnung getragen. Nach Haushaltstypen zeigen sich deutliche Unterschiede:

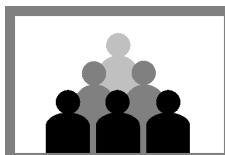
Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 88 400 EUR im Jahr 2002 (1991: 71 900 EUR) die höchsten Durchschnittseinkommen. Je Haushaltsteilnehmer waren dies 32 900 EUR. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbeziehern handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Selbstständigen.

Arbeitnehmerhaushalte kamen im Jahr 2002 auf durchschnittlich 34 800 EUR (je Haushaltsteilnehmer 14 100 EUR). Dabei lagen Beamtenhaushalte mit 41 500 EUR vor den Angestelltenhaushalten (37 000 EUR) und den Arbeiterhaushalten (30 000 EUR). Je Haushaltsteilnehmer stand Beamten- und Angestelltenhaushalten mit rund 16 000 EUR nahezu der gleiche Betrag zur Verfügung, Arbeiterhaushalte kamen auf 11 200 EUR.

Bei den **Nichterwerbstätigtenhaushalten**, die sich im Vergleich zu Erwerbstätigtenhaushalten häufiger nur aus einer oder zwei Personen zusammensetzen, sind deutliche Unterschiede beim Nettoeinkommen je Haushaltsteilnehmer festzustellen: Während Pensionärshaushalte (17 400 EUR) und Rentnerhaushalte (13 100 EUR) im Jahr 2002 teilweise sogar über dem Niveau von Erwerbstätigtenhaushalten lagen, waren die Pro Kopf Einkommen in Haushalten von Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern (8 600 EUR) und Sozialhilfeempfängern (6 100 EUR) klar am unteren Ende der Einkommensskala.

Die hier dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte wurden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet. Sie schließen die von allen Haushaltsteilnehmern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Konsumentenkredite sind abgezogen. Nicht eingeschlossen sind unterstellte Einkommen, etwa für die Nutzung eigener Wohnungen oder die Verzinsung von Lebensversicherungsrückstellungen. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre sind ebenfalls nicht im Nettoeinkommen enthalten. Die Zuordnung zu einer Haushaltstypen richtet sich nach dem überwiegenden Einkommen des Hauptbeziehers. Dargestellt sind Durchschnittswerte. Die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte können nach oben und unten erheblich vom Durchschnitt abweichen.

Eigene vier Wände für 42,3 Prozent der Haushalte

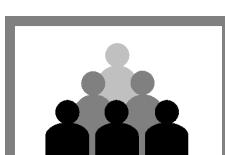


Im April 2002 gab es in Deutschland 35,8 Millionen bewohnte Wohnungen, das waren 1,2 Millionen (3,5 Prozent) mehr als im April 1998. 20,6 Millionen

Wohnungen (57,7 Prozent) waren vermietet und 15,1 Millionen (42,3 Prozent) von Eigentümern bewohnt. Im Jahr 1998 hatte die Eigentumsquote bei 40,5 Prozent gelegen. Das geht aus der mit dem Mikrozensus 2002 durchgeföhrten Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte hervor. Der Anteil der von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen ist in den neuen Ländern von 1998 bis 2002 stärker gestiegen (+ 10 Prozent) als im früheren Bundesgebiet (+ 3,5 Prozent). Dennoch lag im April 2002 die Eigentümerquote im Westen Deutschlands mit 44,2 Prozent um 10 Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (34,2 Prozent). Spiegelbildlich dazu standen knapp 56 Prozent Mietwohneinheiten in den westlichen Bundesländern ein Anteils Wert von knapp 66 Prozent im Osten Deutschlands gegenüber. Im April 2002 lebten in Deutschland knapp 29 Prozent aller Haushalte in einem Einfamilienhaus, rund 18 Prozent in einem Zweifamilienhaus und über 53 Prozent in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Im Durchschnitt standen im April 2002 einem Haushalt in Deutschland 89 m² Wohnfläche zur Verfügung, das sind 2,7 m² mehr als 1998. Mit 92,2 m² waren es im früheren Bundesgebiet 15,5 m² mehr als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (76,7 m²). Insgesamt betrug die Belastung der Haushalte durch Mietzahlungen 2002 bundesweit durchschnittlich 21,7 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens, d. h. zur Miete wohnende Haushalte müssen fast ein Viertel ihres Einkommens für die Miete (Grundmiete einschließlich kalter Betriebskosten, d. h. die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung u. ä., die nicht dem Vermieter zufließen) aufbringen. Bei allen Angaben zur Mietbelastungsquote ist zu berücksichtigen, dass die Mietausgaben sowohl wegen der Anhebung der Mietpreise als auch wegen Wechsel zu besser ausgestatteten oder größeren Wohnungen steigen können.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erwerbstätigkeit von Schüler/-innen und Studierenden nimmt zu



Von den Schüler/-innen oder Studierenden ging im April 2002 nahezu jeder siebte einer Erwerbstätigkeit nach, d. h. besserte das Taschengeld auf bzw. nutzte bezahlte Arbeit als zusätzliche oder gar einzige Einkommensquelle zur Finanzierung des Studiums (1991: knapp 10 Prozent). Das zeigen die Ergebnisse des

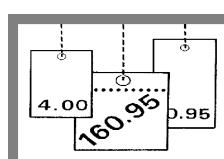
Mikrozensus 2002, der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. In den Ferienzeiten dürfte der Anteil erwerbstätiger Schüler und Studenten noch deutlich höher liegen als in der Berichtswoche des Mikrozensus Ende April.

Insbesondere erhöhen die 25- bis 29-Jährigen ihr verfügbares Einkommen durch Erwerbstätigkeit (April 2002: 38 Prozent, April 1991: 23 Prozent). Bei den 20- bis 24-Jährigen war die Entwicklung nicht so dynamisch. Hatten hier im April 1991 knapp 13 Prozent der Schüler und Studenten im genannten Alter einen Job, so waren es im Frühjahr 2002 22 Prozent.

Der Anteil der Schüler und Studenten (ohne Auszubildende) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 30 Jahren im April 2002 ist im Vergleich zu 1991 erheblich gestiegen. Trotz rückläufiger Bevölkerung in dieser Altersgruppe erhöhte sich die Zahl der Schüler und Studenten in Deutschland von rund 4,4 Millionen im April 1991 (26 Prozent dieser Altersgruppe) auf 5,3 Millionen (39 Prozent) im April 2002. Von den 20- bis 24-Jährigen war im Frühjahr 2002 mehr als jeder Vierte (28 Prozent) Schüler oder Student (1991: 19 Prozent), bei den 25- bis unter 30-Jährigen betrug der Anteil gut 14 Prozent (1991: knapp 10 Prozent). Damit hat sich der Trend zu längeren Ausbildungszeiten fortgesetzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

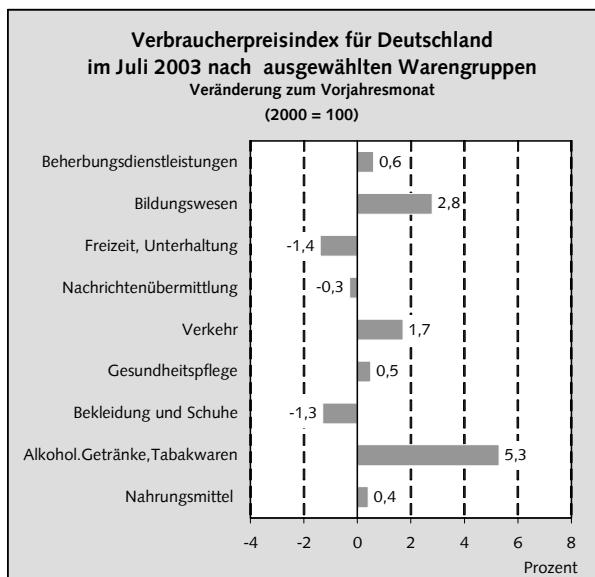
Verbraucherpreise im Juli 2003: + 0,9 Prozent zum Vorjahr



Nach endgültigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2003 gegenüber Juli 2002 um 0,9 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Juni 2003 erhöhte sich der Index um 0,2 Prozent. Die Schätzung für Juli 2003 auf Grund der Ergebnisse aus sechs Bundesländern wurde damit bestätigt. Die Preisentwicklung der Mineralölprodukte hatte im Juli keinen spürbaren Einfluss auf die Teuerung. Auch ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Jahresveränderungsrate + 0,9 Prozent betragen. Kraftstoffe haben sich im Vorjahresvergleich um 2,8 Prozent verteuert, leichtes Heizöl verbilligte sich dagegen um 1,0 Prozent. Im Vormonatsvergleich wäre der Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe ebenfalls um 0,2 Prozent gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber Juli 2002 leicht erhöht (+ 0,4 Prozent). Preistreibend wirkten dabei in erster Linie Bienenhonig (+ 25,7 Prozent) und Vollmilchschokolade (+ 7,2 Prozent) sowie verschiedene Obstsorten (Grapefruit + 10,2 Prozent, Kiwi + 9,1 Pro-

zent). Günstiger als im Vorjahresmonat waren dagegen Fleisch und Fleischwaren (- 1,2 Prozent) sowie Gemüse (- 0,2 Prozent). Der Rückgang der Nahrungsmittelpreise von Juni auf Juli 2003 (- 0,7 Prozent) ist vorrangig auf die saisonbedingte Verbilligung bei Gemüse (- 7,1 Prozent) zurück zu führen. Verteuert haben sich gegenüber Juli 2002 unter anderem verschiedene Dienstleistungen des sozialen Bereiches, wie Kinderkrippen (+ 5,8 Prozent), Pflege in Altenwohnheimen (+ 5,7 Prozent) und mobile Pflegedienste für gesetzlich Krankenversicherte (+ 11,7 Prozent). Die Preisrückgänge bei technischen Geräten halten an. Deutlich preiswerter waren nicht nur PCs (- 28,0 Prozent), sondern auch Zubehör wie Tintenstrahl-Farbdrucker (- 25,4 Prozent), Monitore (- 21,0 Prozent) und Scanner (- 17,2 Prozent). Daneben waren tragbare CD-Spieler (- 5,0 Prozent), S-VHS-Videorecorder (- 5,0 Prozent) und Farbfernseher (- 4,3 Prozent) billiger als im Vorjahr.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Gewerbesteuerhebesätze 2002 im Bundesdurchschnitt leicht gestiegen



Der durchschnittliche Hebesatz für die Gewerbesteuer lag in Deutschland im Jahr 2002 bei 386 Prozent, das war 1 Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. Das Gewerbesteueraufkommen 2002 betrug 23,5 Milliarden EUR; es ist damit gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent gesunken. Der durch die Gemeinden festgesetzte Hebesatz entscheidet maßgeblich über die Höhe der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) in den Gemeinden. Die niedrigsten Landesdurchschnitte bei den Gewerbesteuerhebesätzen hatten im Jahr 2002 Mecklenburg-Vorpommern (314 Prozent), Brandenburg (323,

liarden EUR; es ist damit gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent gesunken. Der durch die Gemeinden festgesetzte Hebesatz entscheidet maßgeblich über die Höhe der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) in den Gemeinden. Die niedrigsten Landesdurchschnitte bei den Gewerbesteuerhebesätzen hatten im Jahr 2002 Mecklenburg-Vorpommern (314 Prozent), Brandenburg (323,

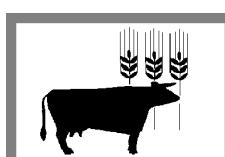
Thüringen (335) und Schleswig-Holstein (341). Unter den Stadtstaaten lag in Hamburg der Hebesatz mit 470 Prozent am höchsten. Nordrhein-Westfalen hatte mit einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 426 Prozent den höchsten Wert unter den Flächenländern vor Sachsen (408). Bei der Grundsteuer A, die bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft erhoben wird, lag der Hebesatz im Jahr 2002 bei durchschnittlich 282 Prozent und damit um zwei Prozentpunkte über dem Wert von 2001. Das Aufkommen der Grundsteuer A betrug 2002 insgesamt 0,3 Milliarden EUR (+ 1,3 Prozent gegenüber 2001). Der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B (für Grundstücke) hat sich mit 373 Prozent für das Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte erhöht. Das Aufkommen der Grundsteuer B lag bei 8,9 Milliarden EUR und war um 2,0 Prozent höher als 2001. Die Tabelle zeigt die mit dem Steueraufkommen gewichteten Hebesätze der Länder.

Durchschnittliche Hebesätze der Realsteuern nach Ländern 2002

Land	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer
	Prozent		
Baden-Württemberg	323	332	355
Bayern	324	335	370
Berlin	151	660	410
Brandenburg	232	349	323
Bremen	249	530	415
Hamburg	225	490	470
Hessen	265	315	387
Mecklenburg-Vorpommern	235	343	314
Niedersachsen	322	363	368
Nordrhein-Westfalen	205	411	426
Rheinland-Pfalz	280	333	369
Saarland	244	332	403
Sachsen	286	399	408
Sachsen-Anhalt	278	364	346
Schleswig-Holstein	259	310	341
Thüringen	230	326	335
Deutschland	282	373	386

Quelle: Statistisches Bundesamt

Getreideernte 2003: Voraussichtlich 35,1 Millionen Tonnen



Nach der ersten Schätzung der Getreideernte im Juni 2003 werden in Deutschland voraussichtlich 35,1 Millionen Tonnen

Getreide (ohne Körnermais) geerntet. Damit wird die Getreideernte 2003 voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres (- 11,5 Prozent) und des Sechsjahresdurchschnitts 1996 bis 2001 (- 16,7 Prozent) liegen. Im Jahr 2003 ist die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr und dem langjährigen Mittel jeweils um 2,3 Prozent reduziert worden. Der Durchschnittsertrag wird voraussichtlich mit 54,9 dt/ha im Jahr 2003 5,7 dt/ha oder 9,4 Prozent weniger als im Vorjahr bzw. 9,5 dt/ha oder 14,8 Prozent weniger als im Sechsjahresdurchschnitt betragen. Für diese Ergebnisse der ersten Schätzung waren neben der Abnahme der Anbaufläche Spätfröste beim Wintergetreide sowie Trockenheit in den Monaten Mai und Juni ursächlich. In den süddeutschen Bundesländern stellen sich die Ertragsaussichten in diesem Jahr gering dar: In Bayern werden voraussichtlich 5 Millionen Tonnen und in Baden-Württemberg 2,49 Millionen Tonnen Getreide geerntet.

In den neuen Ländern sind die Ertragsschätzungen ebenfalls niedrig im Vergleich zum langjährigen Mittel 1996/2001: In Brandenburg wird mit einer Ernte von 1,64 Millionen Tonnen Getreide (- 36,4 Prozent im Vergleich zu 1996/2001), in Mecklenburg-Vorpommern mit 3,43 Millionen Tonnen Getreide (- 12,1 Prozent), in Sachsen mit 1,69 Millionen Tonnen Getreide (- 29,6 Prozent) und in Sachsen-Anhalt mit 3,22 Millionen Tonnen Getreide (- 16,0 Prozent) gerechnet. Dagegen liegen in Schleswig-Holstein die Ertragsschätzungen über dem Durchschnitt: Es wird eine Getreideernte von 2,72 Millionen Tonnen geschätzt, das sind 135 000 Tonnen oder 5,2 Prozent mehr als im langjährigen Mittel 1996/2001.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bierabsatz im ersten Halbjahr 2003 gesunken



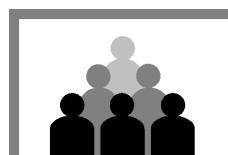
Im ersten Halbjahr 2003 wurden in Deutschland 51,4 Millionen hl Bier abgesetzt, das waren 2,2 Millionen hl oder 4,1 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nicht enthalten sind der Absatz von alkoholfreien Bieren und Malztrunk sowie das aus Ländern außerhalb der Europäischen Union eingeführte Bier. Biermischungen (z. B. Radler) waren im Berichtszeitraum mit 1,3 Millionen hl oder 2,5 Prozent am gesamten Bierabsatz beteiligt, das ist ein Minus von 10,0 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2002. Im ersten Halbjahr 2003 waren 89 Prozent des gesamten Bierabsatzes für den Inlandsverbrauch bestimmt und wurden versteuert (45,6 Millionen hl, - 4,8 Prozent). Der steuerfreie Absatz betrug 5,8 Millionen hl Bier (+ 2,0 Prozent): 4,2 Millionen hl (+ 1,4 Prozent) gingen in die EU-Länder, 1,5 Millionen hl (+ 4,1 Prozent) in Drittländer und als Haustrunk an die Beschäftigten der Brauereien wurden 108 949 hl (- 2,9 Prozent) unentgeltlich abgegeben. Aufgrund der hochsommer-

lichen Temperaturen konnte im Juni erstmals im ersten Halbjahr 2003 ein deutliches Plus von 9,3 Prozent beim Bierabsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum erzielt werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus Europa

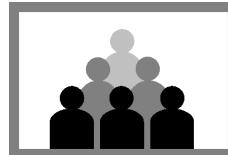
Bevölkerung der EU wächst 2002 um 0,3 Prozent auf 379 Millionen Menschen



Am 1. Januar 2003 zählte die EU 379,0 Millionen Einwohner und die Eurozone 305,6 Millionen Einwohner, weit weniger als China (1,283 Milliarden) und Indien (1,042 Milliarden), doch mehr als die USA (289,0 Millionen). Die Bevölkerung der EU wuchs 2002 um 1 290 000 Personen oder 0,3 Prozent. Das Wachstum der EU-Bevölkerung entsprach rund 2 Prozent des Wachstums der Weltbevölkerung im Jahr 2002, das sich auf 74 Millionen Personen belief. Der Anstieg der Weltbevölkerung geht vor allem auf Indien (+ 15,6 Millionen oder 21 Prozent des Weltbevölkerungswachstums), China (+ 7,9 Millionen oder 11 Prozent) und die anderen Entwicklungsländer (+ 47,3 Millionen oder 63 Prozent) zurück. Das 2002 verzeichnete Bevölkerungswachstum in der EU war zu drei Vierteln (fast 1 Millionen Personen) auf den Wanderungssaldo und zu einem Viertel auf den natürlichen Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Seit 1989 ist der natürliche Bevölkerungswachstum geringer als der Wanderungssaldo. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wuchs um 0,9 Prozent und damit dreimal so schnell wie die der EU, wobei dieser Anstieg zu fast zwei Dritteln auf das natürliche Bevölkerungswachstum zurückzuführen war. Die japanische Bevölkerung nahm um 0,1 Prozent auf 127,1 Millionen Menschen zu, und zwar ausschließlich als Folge des natürlichen Bevölkerungsanstiegs.

Quelle: Eurostat

Längste Lebenserwartung für Frauen in Spanien und für Männer in Schweden



Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt betrug 2002 in der EU 81,6 Jahre bei Frauen (1980: 77,2 Jahre) und 75,5 Jahre bei Männern (1980: 70,5 Jahre). Die längste Lebenserwartung hatten Frauen in Spanien (83,1 Jahre) und Männer in Schweden (77,7 Jahre), die geringste hatten sowohl Frauen (78,5) als auch Männer (73,0) in Irland. In den Beitretenden Ländern war die Lebenserwartung in Zypern am höchsten: 81,0 Jahre bei Frauen und 76,1 Jahre bei Män-

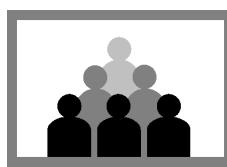
nern. Die kürzeste Lebenserwartung hatten in dieser Ländergruppe ungarische Frauen (76,6 Jahre) und estnische Männer (65,2 Jahre).

Zum Vergleich: In den USA lag die Lebenserwartung nur bei 79,7 (Frauen) bzw. 74,1 Jahren (Männer); Japan hingegen weist die höchste durchschnittliche Lebenserwartung der Welt auf, mit 84,3 Jahren bei Frauen und 77,5 Jahren bei Männern.

Die **Säuglingssterbeziffer** in der EU ist 2002 weiter gesunken, und zwar auf 4,5 Sterbefälle auf 1000 Lebendgeborene (4,7 pro 1000 im Jahr 2001). Die niedrigsten Ziffern verzeichneten Schweden (2,8 im Vergleich zu 3,7 im Vorjahr) und Finnland (3,0; Vorjahr: 3,2), die höchsten Griechenland (5,9 im Vergleich zu 5,1 im Vorjahr) und das Vereinigte Königreich (5,3 gegenüber 5,5). In den Beitretenden Ländern war die Säuglingssterblichkeit in Slowenien (3,9; Vorjahr: 4,2) und der Tschechischen Republik (4,1; Vorjahr: 4,0) am niedrigsten und in Lettland (9,8; Vorjahr: 11,0) am höchsten. Die Säuglingssterblichkeit in den USA bleibt mit 6,9 relativ hoch, während sie in Japan nur bei 3,3 lag; andererseits wiesen Indien und die anderen Entwicklungsländer Ziffern von über 60 Sterbefällen auf 1000 Lebendgeborene auf.

Quelle: Eurostat

Fruchtbarkeitsrate in Irland am höchsten



Die Gesamtfruchtbarkeitsrate (die durchschnittliche Zahl der Lebendgeborenen je Frau im fortpflanzungsfähigen Alter) in der EU blieb 2002 im Vergleich mit den beiden Vorjahren praktisch unverändert bei 1,47 Kindern pro Frau. Allerdings nahm sie in Deutschland (von 1,35 im Jahr 2001 auf 1,40 im Jahr 2002) und in Schweden (von 1,57 auf 1,65) deutlich zu. Die höchste Fruchtbarkeitsrate verzeichnete Irland (2,01), die niedrigsten Griechenland und Spanien (jeweils 1,25) und Italien (1,26). In den Beitretenden Ländern lagen die Fruchtbarkeitsraten lediglich zwischen 1,17 in der Tschechischen Republik und 1,57 in Zypern (Daten aus dem Jahr 2001). In den USA lag die Fruchtbarkeitsziffer 2002 bei 2,06, in Japan bei 1,37 und in Indien bei 2,98.

Quelle: Eurostat

Im letzten Jahrzehnt Anstieg der Barleistungen für Familien um fast 36 Prozent



Zwischen 1991 und 2000 sind die Barleistungen für Familien (Sozialleistungen der Funktion Familie/Kinder: Geburtsbeihilfe, Elternurlaub, Kindergeld und andere Familienbeihilfen sowie sonstige Barleistungen) in der EU trotz des Geburtenrückgangs in diesem Zeitraum um fast 36 Prozent gestiegen. Im Jahr 2000 machten die Barleistungen für Familien in der EU mehr als 5 Prozent der gesamten Sozialschutzleistungen aus, wobei es jedoch in der Höhe große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gab. Die höchsten Prozentsätze wurden in Luxemburg (13 Prozent der gesamten Sozialschutzleistungen), in Irland (11 Prozent) und in Österreich (8 Prozent) beobachtet, während die niedrigsten Werte in Spanien (1 Prozent), in Italien (2 Prozent), in Portugal, in den Niederlanden und in Schweden (jeweils 3 Prozent) verzeichnet wurden. In diesen Ergebnissen spiegelt sich zunächst die Organisation der Familienleistungen in den einzelnen Ländern wider, wobei die Barleistungen gegenüber den Sachleistungen und den Leistungen bei Mutterchaft mehr oder weniger große Bedeutung haben. So wurden abgesehen von Dänemark, Spanien, Portugal, Finnland und Schweden in den Mitgliedstaaten im Jahr 2000 vorrangig Barleistungen erbracht, die meisten Länder verwendeten nämlich mehr als 70 Prozent der gesamten Leistungen der Funktion Familie/Kinder auf Barleistungen.

Luxemburg lag mit seinen Ausgaben für Barleistungen für Familien mit einem Anteil von 2,6 Prozent an seinem Bruttoinlandprodukt an der Spitze der Mitgliedstaaten, gefolgt von Österreich (2,3 Prozent), Deutschland (2,1 Prozent), Belgien und Frankreich (jeweils 2,0 Prozent). Spanien (0,2 Prozent), Italien, Portugal (jeweils 0,5 Prozent) und die Niederlande (0,8 Prozent) verzeichneten die geringsten Werte. Ausgedrückt in Kaufkraftstandard (KKS – die Kunstabwährung, die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern berücksichtigt und somit die Vergleichbarkeit der Daten in dieser Rechnungseinheit herstellt) wiesen die Ausgaben je Einwohner ebenfalls von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat große Unterschiede aus. In Spanien und Portugal lagen die Ausgaben je Einwohner im Jahr 2000 unter 500 KKS, während sie in Luxemburg über 4 000 KKS und in Deutschland und Österreich über 2 000 KKS erreichten. Der EU-Durchschnitt betrug 1 361 KKS.

Quelle: Eurostat

Sammlung statistischer Rechtsgrundlagen

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder arbeiten grundsätzlich in gesetzlichem Auftrag, d. h. vereinfacht: Keine Statistik ohne Rechtsgrundlage. Dies können neben Gesetzen und Rechtsverordnungen von Bund und Ländern auch Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften sein, die in den Mitgliedsländern unmittelbar geltendes Recht sind. Neu im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes ist eine Sammlung statistischer Rechtsgrundlagen. Hier können sich Interessierte und insbesondere auch Auskunftspflichtige über die gesetzlichen Grundlagen statistischer Erhebungen informieren.

Bei den Texten handelt es sich im Wesentlichen um vom Statistischen Bundesamt erstellte und laufend aktualisierte konsolidierte Fassungen der Rechtsgrundlagen, die der besseren Lesbarkeit und somit der Arbeitserleichterung dienen sollen. Soweit die Texte unmittelbar anderen Quellen entnommen sind, sind entsprechende Quellenhinweise angegeben. Rechtsverbindlich sind ausschließlich die amtlich veröffentlichten Texte der Rechtsvorschriften einschließlich ihrer Änderungen. Eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Arbeitsunterlage kann trotz sorgfältiger Prüfung nicht übernommen werden.

Zum leichteren Auffinden der Rechtsgrundlagen dienen die **systematische Inhaltsübersicht** und das **Stichwortverzeichnis**. Die Rechtsgrundlagen können mit dem Link auf ihrer Nummer aufgerufen werden.

Die systematische Inhaltsübersicht ist in drei Abschnitte gegliedert:

Abschnitt A enthält die grundlegenden Rechtsvorschriften, die für die Durchführung der Bundesstatistiken und Gemeinschaftsstatistiken über die einzelstatistischen Rechtsgrundlagen hinaus maßgeblich sind, so insbesondere das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke.

Abschnitt B enthält die Rechtsgrundlagen für die einzelstatistischen Erhebungen.

Abschnitt C enthält als Anhang Rechtsgrundlagen, die mittelbar für die Statistik von Bedeutung sind (z. B. das Bundesdatenschutzgesetz).

Die Rechtsgrundlagen sind nach dem letzten Stand der Gesetzgebung mit Fundstelle abgedruckt. Alle geltenden Änderungen sind in die jeweiligen Rechtsgrundlagen eingearbeitet und durch eine Fußnote kenntlich gemacht. Soweit Fachgesetze, die u. a. auch statistische Rechtsvorschriften enthalten, in den nicht die Statistik betreffenden Teilen geändert wurden und diese Teile in der Sammlung nicht aufgenommen sind, wird die jeweils letzte Änderung mit Fundstelle in einer Fußnote zu der Gesetzesüberschrift angegeben, so dass eine korrekte Zitierung der Rechtsgrundlage möglich ist.

Rechtsgrundlagen für abgeschlossene Erhebungen und für eingestellte Statistiken sind nicht aufgenommen. Außer Betracht bleiben in der Regel ferner Statistiken, die aufgrund von Fachgesetzen oder Verwaltungsvereinbarungen den obersten Bundesbehörden oder anderen Bundesdienststellen übertragen sind.

Soweit vorhanden, wurden die Begründungen zu den Gesetzentwürfen den jeweiligen Rechtsgrundlagen angehängt. Dabei ist zu beachten, dass sich wegen Änderungen im Laufe der parlamentarischen Beratungen Inhalte, Reihenfolge und Nummerierung der Paragraphen in Gesetzes text und Begründung nicht immer entsprechen.

Hinweise zu in den letzten 12 Monaten erfolgten Änderungen der Rechtsgrundlagen stehen unter der Rubrik **Aktuell** zur Verfügung.

Zu erreichen ist die Sammlung statistischer Rechtsgrundlagen im Internet unter

www.destatis.de/allg/d/stat_ges/statg_txt.htm

Quelle: Statistisches Bundesamt

Das war der Statistik-Weltkongress

Eine Nachlese zum 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) in Berlin

Vom 13. bis 20. August 2003 trafen sich ca. 2 500 StatistikerInnen aus aller Welt, um sich mit ihren Fachkolleginnen auszutauschen, neue Methoden vorzustellen und über Entwicklungen zu diskutieren. Damit wurde an die 150-jährige Tradition angeknüpft: 1853 fand der I. Internationale Statistische Kongress in Brüssel statt. Im Jahr 2003 boten die deutschen Statistiker nun zum dritten Mal das weltweite Forum für den wissenschaftlichen Austausch - zuletzt vor 140 und 100 Jahren.

Die TeilnehmerInnen kamen aus Ländern von A wie Albanien bis Z wie Zimbabwe nach Berlin. Sie eint das Ziel des ISI, an der Verbesserung statistischer Methoden und Verfahren sowie deren Anwendung in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung aktiv mitzuarbeiten. In den letzten Jahrzehnten wurde der Fokus immer stärker auf internationale Vergleichbarkeit der statistischen Daten und Informationen gerichtet. Die statistische Gemeinschaft stellt sich diesem im Zeitalter der Globalisierung ständig wachsenden Bedarf, in dem sie die Möglichkeiten der modernen Informationstechnik für die Erhebung, Auswertung und Verbreitung von Statistiken immer besser ausschöpft.

Mehr als 100 MitarbeiterInnen des Statistischen Bundesamtes, des Statistischen Landesamtes Berlin und des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) sorgten Hand in Hand für den reibungslosen Ablauf des Weltkongresses. An zwei Informationsthemen halfen MitarbeiterInnen den TeilnehmerInnen sich einerseits im ICC und andererseits in Berlin und Umgebung zu rechtfinden. Besonders frequentiert waren Internet Area, Media Check und Speakers Lounge. Hier legten TeilnehmerInnen letzte Hand an ihre Poster und Vorträge.

Das Themenspektrum des wissenschaftlichen Programms war mit mehr als 1 100 Beiträgen sehr breit gefächert. Alle Sparten der Statistik wie Methodenforschung, Erhebungsverfahren, statistische Ausbildung, Anwendung in der Praxis bis hin zur amtlichen Statistik wurden diskutiert. Die Banken- und Finanzstatistik wurde als neue Sektion des ISI aufgenommen. Das Begleitprogramm zum Weltkongress bot mit dem Opening Meeting, sieben Satellitenveranstaltungen, zehn Short Courses – von denen zwei im LDS stattfanden – und 2 Tutorien gelungene Ergänzungen.

Kongressbegleitend gab es interessante Ausstellungen zum Thema „Statistik, Information und Netzwerke“. Hersteller und Lieferanten moderner Informations- und Kommunikationstechnik präsentierten dem Fachpublikum ihre Produkte. Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigten eindrucksvoll das Funktionieren der amtlichen Statistik in der föderal organisierten Bundesrepublik Deutschland. Weiterhin beteiligten sich unter anderem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Eurostat und die Deutsche Statistische Gesellschaft an der Ausstellung. Die zukünftigen Gastgeber für den ISI-Weltkongress sind 2005 Sydney und 2007 Lissabon. Beide warben mit einladend gestalteten Ständen für ihre Städte.

Berlin wird ganz sicher bei den TeilnehmerInnen in guter Erinnerung bleiben. Nicht wenige bedankten sich schon während des Kongresses für die sehr gute Organisation des wissenschaftlichen Programms, der administrativen Meetings und nicht zuletzt des vielseitigen Rahmenprogramms auch am Wochenende.

Auf Wiedersehen in Sydney 2005!

Dr. Heike Hendl



Statistische Woche 2003 in Potsdam

Das Jahr 2003 ist in der Landeshauptstadt Potsdam das „Jahr der Wissenschaft“. Statistische Woche und SCORUS-Konferenz (The Standing Committee on Regional and Urban Statistics) vom 21. bis 23. August 2003 in Potsdam auf dem Gelände der Universität Potsdam direkt vor den Toren des Parks Sanssouci bildeten einen der Höhepunkte dieses thematischen Jahres.

Die Veranstaltung, die sich am ersten Tag mit der Rolle der Statistik im Rahmen der EU-Erweiterung beschäftigte, wurde von Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Reiner Stäglin, Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft und Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, eröffnet. Weitere Veranstalter waren neben den beiden Letztgenannten der Verband Deutscher Städtestatistiker und die Deutsche Gesellschaft für Demographie.

Statistiker aus aller Welt, die in Behörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, politischen Vereinigungen oder in der Wirtschaft tätig sind, haben die Einladung angenommen, diese in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Nähe zum 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) in Berlin stattfindende Satellitenveranstaltung zu besuchen.

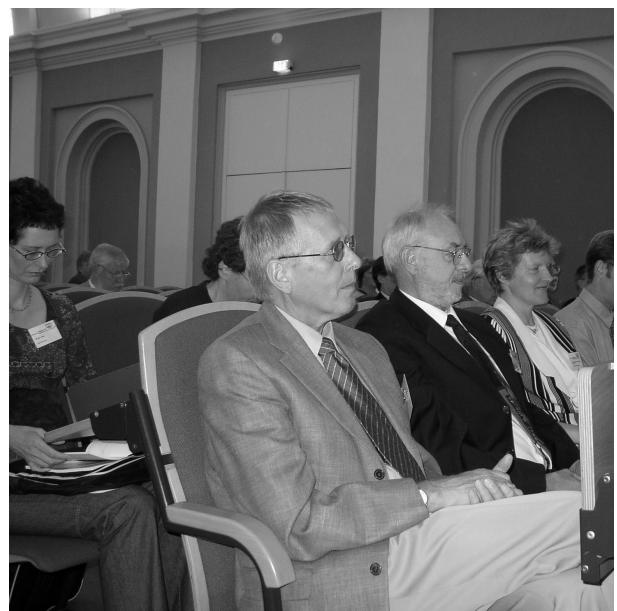
Vorträge aus allen Arbeitsgebieten der theoretischen und angewandten Statistik und Ökonometrie sowie der Wirtschaftsstatistik wurden von hochkarätigen Rednern gehalten.

Ein zentrales Thema der Statistischen Woche war die Regionalstatistik. Dazu hielt auch der Präsident des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS), Arend Steenken, am 22. August einen Vortrag mit dem Titel „Bedeutung der Landesämter für die deutsche Statistik, insbesondere für die Regionalstatistik“.

Der LDS hat auf dieser Veranstaltung gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt neue statistische Veröffentlichungen für Deutschland und das Land Brandenburg, wie beispielsweise die Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020, präsentiert.

Viele Statistiker nutzten die anregende Atmosphäre Potsdams um Erfahrungen auszutauschen und zu interessanten wissenschaftlichen Ergebnissen zu kommen.

Dr. Heike Hendl



Brandenburg-Tag 2003 in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Vorbereitungen haben sich gelohnt! Viele, viele Brandenburger und ihre Gäste besuchten den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) am 6. September 2003 im Rahmen des Wissenschaftsmarktes der Stadt Potsdam Am Neuen Markt. Den ganzen Samstag haben die Standbetreuerinnen Fragen interessierter Bürger beantwortet, Informationsmaterial ausgegeben, besucherbezogene Lebensbäume angefertigt, statistische Veröffentlichungen in Printform und im Internet gezeigt.

Der Fokus im statistischen Bereich lag auf der Bevölkerungsprognose. Viele Besucher fragten, wie viele Menschen in ihrer Region voraussichtlich in den nächsten Jahren leben werden. Häufig hörten die Standbetreuerinnen auch Fragen wie „Wie funktioniert so eine Prognose eigentlich?“, „Stimmt das auch so?“. Als Renner erwies sich die Anfertigung eines besucherbezogenen Lebensbaums inklusive der Restlebenserwartung laut aktueller Sterbetafel.

Positiv überrascht waren die Standbetreuerinnen, wie gut das Wissen der Brandenburger über ihr Land und ihre Landeshauptstadt ist. Ca. 65 Prozent der Teilnehmer am Preisrätsel beantworteten die zehn Fragen richtig und kamen so in die Gewinnauslosung. Freuen konnten sich die sechs Gewinner über Preise wie eine IT-Schulung eigener Wahl im Schulungszentrum des LDS, Gutscheine für Kino und Biosphäre usw.

Als Publikumsmagnet für jung und alt kristallisierte sich die Schätzaufgabe heraus: Die richtige Anzahl von Objekten in Glasgefäßen – in Form und Farbe dem LDS-Logo nach-

empfunden – sollte getippt werden. An dieser Aufgabe beteiligten sich die Besucher mit unterschiedlichem Augenmaß. Alle Schätzwillingen erhielten eine kleine Aufmerksamkeit, fünf von ihnen trafen den Nagel auf den Kopf.

LDS und die Landesvermessung- und Geobasisinformation (LGB) Brandenburg hatten ihre Stände nebeneinander aufgebaut. Statistiker und Vermesser haben ihre Besucher ein bisschen genauer „untersucht“. Dabei stellte sich heraus, dass

- die kürzeste Besucherin 880 mm, die längste 1777 mm groß war,
- der kürzeste Besucher 901 mm, der längste 2110 mm groß war,
- die jüngste Besucherin war 2, die älteste 83 Jahre alt und
- der jüngste Besucher war 1 Jahr, der älteste 83 Jahre alt.

Der durchschnittliche Brandenburg-Tag-Besucher, der seine Körpergröße amtlich beurkunden ließ, war nach Messung des LGB 1569 mm groß. Das durchschnittliche Alter der Brandenburg-Tag-Besucher (aller derer, die ihr Alter verrieten) stellte der LDS mit 38 Jahren fest.

Vielen Dank fürs Mitmachen an alle unsere Besucher und Mitarbeiter!

Dr. Heike Hendl



Die Bedeutung der Landesämter für die deutsche Statistik, insbesondere für die Regionalstatistik

Der folgende Beitrag wurde im Rahmen der Statistischen Woche 2003 vom Präsidenten des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg Arend Steenken am 22. August 2003 als Vortrag gehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserer heutigen Informationsgesellschaft bedient sich nahezu jedermann irgendwelcher Statistiken, um seine Feststellungen und Ziele zu untermauern. Die Quellen sind dabei häufig nicht benannt und können völlig unterschiedlicher Natur sein. Unternehmen, Meinungsforschungsinstitute, Medien – von vielen Stellen werden heute Statistiken erstellt und veröffentlicht. Selbst Fußballspiele werden an jedem Samstag im Fernsehen peinlich genau anhand von Statistiken analysiert.

Sie ahnen vielleicht, worauf ich hinaus möchte. Als Präsident eines Statistischen Landesbetriebes vertrete ich die **amtliche Statistik**. Heute beschäftigen wir uns insbesondere mit der Regionalstatistik, deren Träger – zusammen mit den kommunalstatistischen Ämtern – die statistischen Landesämter sind.

1. Bildung der statistischen Ämter

Um die Bedeutung der Landesämter für die amtliche Statistik besser beurteilen zu können, möchte ich zunächst auf deren Entstehung eingehen.

Der Tagungsort Potsdam, die Veranstaltung hier in der Universität Potsdam und die enge Kooperation des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg mit der hiesigen Universität haben mich zu der Frage veranlasst, wie wird den Studenten die historische Entwicklung der Statistik vermittelt.

In seiner Vorlesung geht Prof. Strohe auch auf August Schlözer und dessen Lehrbuch „Theorie der Statistik“ aus dem Jahr 1804 ein. Kurz vor der Entstehung des ersten Statistischen Amtes in Preußen im Jahre 1805 schreibt Schlözer unter der Überschrift „Versuch den Begriff, ... und die Methode der Statistik zu bestimmen“ – ich zitiere: „Statistik, eine dem Namen und der Sache nach ganz neue Wissenschaft. Ihre Materie existierte schon stückweise seitdem es Regierungen, Geschichte und Reisebeschreibungen gibt.“

Die Arbeit und die Aufgaben der Statistiker wurden von ihm folgendermaßen beschrieben:

„Es bemüht sich also jemand, aus dem unzählbaren Haufen der Sachen, die man in einem Staatskörper antrifft, dasjenige sorgfältig herauszusuchen, was die Vorzüge oder Mängel eines Landes anzeigen, die Stärke oder die Schwäche eines Staates darstellt, ... und zu vorteilhafter Anwendung im Dienste des Landesherrn etwas beitragen kann.“

Diese zeitgenössische Aufgabendarstellung entspricht nicht unseren heutigen Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit, wie sie im § 1 des Bundesstatistikgesetzes formuliert sind. Heute, und ich denke, Sie stimmen mir darin zu, wird von der amtlichen Statistik erwartet, dass sie unabhängig, unbefeuert und loyal ihre Aufgaben für alle gesellschaftlichen Gruppen erfüllt.

In Verbindung mit der fortschreitenden Industrialisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelten sich auch die Anfänge der amtlichen Statistik.

Das führte in den deutschen Ländern in zunehmendem Maße zu statistischen Feststellungen und zur allmählichen Institutionalisierung einer amtlichen Statistik. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurden gesonderte „Statistische Büros“ oder „Statistische Zentralstellen“, die Vorgänger der späteren Statistischen Landesämter, gegründet. Das erste statistische Amt eines deutschen Staates wurde am 28. Mai 1805 in Preußen geschaffen. In den folgenden Jahren wurden auch in den anderen deutschen Ländern statistische Ämter gegründet.

- In Preußen seit 28. Mai 1805
- Länderübergreifende Statistische Aktivitäten ab 1834
- 1872 - erstes zentrales statistisches Amt im Deutschen Reich errichtet als „Kaiserliches Statistisches Amt“
- 1949 - Statistisches Bundesamt gegründet
- 1990 - einheitliche Bundesstatistik auch in den neuen Bundesländern
- 1991 - Errichtung LDS BB als Behörde
- 2001 - Umwandlung LDS zum Landesbetrieb

Die Anfänge der amtlichen Statistik Preußens waren einerseits durch landesspezifische Fragestellungen, andererseits durch länderübergreifende statistische Aktivitäten des deutschen Zollvereins (ab 1834) bestimmt, insbesondere auf den Gebieten des Außenhandels sowie der Volkszählungen, die damals im dreijährigen Abstand durchgeführt wurden.

Der Landesbetrieb (LDS) als besondere Organisationsform

Nach der Wiedervereinigung wurde 1991 die „Errichtung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg“ (LDS BB) als Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums beschlossen.

Das LDS BB hat sich frühzeitig strategisch an der Entwicklung zum Dienstleister für Informationstechnik und Daten orientiert. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung führte das LDS BB Anfang 1995 ein Neues Steuerungsmodell ein. Dabei hat es den schwierigen Prozess des Wandels von einer ausführenden Behörde zu einem kundenorientierten Dienstleister begonnen. Die Umwandlung der Landesoberbehörde LDS BB in einen Landesbetrieb am 1. Januar 2001 war die logische Konsequenz aus diesen Aktivitäten.

Welche Erfahrungen haben wir mit der neuen Organisationsform als Landesbetrieb bisher für die Verwaltung in Brandenburg sammeln können ?:

- Neue Managementstrukturen
- Neue Geschäftsfelder
- Kostendeckung als gesetzlicher Auftrag
- Wirtschaftsplan anstelle Haushaltsplan
- Dezentrale Ressourcenverantwortung
- Service- Vereinbarungen mit neuen Auftraggebern
- Effizienter Mitteleinsatz durch Kostentransparenz
- Einführung eines Qualitätsmanagements

Das bevorstehende 200. Gründungsjubiläum des Statistischen Amtes steht unter dem Vorzeichen oder besser noch im Schatten einer angespannten Wirtschaftslage und leerer öffentlicher Kassen. Ich möchte hier nicht über die heutige finanzielle Situation in den Statistischen Ämtern klagen, sondern lediglich darauf verweisen, dass die Situation so alt ist wie die Ämter selbst. So schrieb Freiherr von Stein am 7. Mai 1805, also drei Wochen vor der Gründung des Preußischen Statistischen Büros, dass diese noch

zu schaffende Statistik-Institution den Staat nichts kosten solle, man brauche nur überflüssige Beamte von anderer Stelle dafür verwenden.

3. Regionalstatistik

3.1 Organisation der Regionalstatistik

Das Angebot an regionalstatistischen Daten besitzt in einem föderal gegliederten Staat einen hohen Stellenwert auf allen regionalen Ebenen.

Wie kann die Statistik, wie können die Landesämter den Bedarf an regional differenzierten Informationen erfüllen ?

Der besondere regionale Auftrag der Statistischen Landesämter resultiert aus der dezentralen institutionellen Ausgestaltung des Statistiksystems. Der Schwerpunkt der praktischen Arbeit für die Durchführung und Auswertung der Bundesstatistik liegt im Zuständigkeitsbereich der Statistischen Landesämter.

Der Verfassung nach hat der Bund zwar die volle Gesetzgebungscompetenz für die Bundesstatistik, die Länder führen die erforderlichen Arbeiten jedoch als eigene Angelegenheiten aus. Dabei besteht die Besonderheit, dass die Landesämter organisatorisch und finanziell vom Bund völlig unabhängige Behörden sind. Dadurch hat das Statistische Bundesamt keinen Einfluss auf Organisation, Personal- und Finanzausstattung der Landesämter. Der Bund besitzt auch kein Weisungsrecht gegenüber den Statistischen Landesämtern.

Die Basisdaten, die die Landesämter aus den EU-, Bundes- und Landesstatistiken ermitteln, haben nicht nur grundlegende Bedeutung für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Sondern gleichzeitig sind sie Grundlage für die Raumbeobachtung und für regionalstatistische Indikatoren. Sie müssen auch die sehr unterschiedlichen Regionalstrukturen in Deutschland abbilden. Das bedeutet die Berücksichtigung des regionalen Datenbedarfs sowohl der relativ großen Flächenländer als auch der kleinen Stadtstaaten.

Die amtliche Statistik ist der wichtigste Datenlieferant für die räumliche Planung. Aufgabe der Regionalstatistik ist es, die Ergebnisse der amtlichen Statistik in regionaler Untergliederung, d. h. nach Bundesländern, Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Gemeinden bereitzustellen.

Hieraus ergibt sich für die Statistischen Landesämter die Aufgabe der Koordinierung des statistischen Programms in regionaler Hinsicht. Neben der Datenbereitstellung für administrative Raumeinheiten/Regionen sind dabei durch

die Landesämter auch Informationen über nichtadministrative Einheiten zu ermitteln.

Zu den Daten für nichtadministrative Einheiten gehören u. a. Angaben über

- Arbeitsmarktregionen,
- Planungsregionen,
- Verdichtungsräume/Ballungszentren,
- benachteiligte Gebiete und
- Reisegebiete.

Im Rahmen der Kundenorientierung kommt unserem Angebot an regionalisierten Daten besondere Bedeutung zu. Denn die regionalstatistischen Ergebnisse unterhalb der Landesebene bis hinunter zur NUTS5-Ebene liegen zunächst in den Statistischen Landesämtern vor.

3.2 Regionalstatistisches Datenangebot

Zur Verbesserung der regionalstatistischen Datenbasis verabschiedeten auf Initiative der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zu Beginn der 80er Jahre die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen gemeinsamen Datenkatalog. Mit diesem „Regio-Stat-Katalog“ wurde ein Überblick über sämtliche regionalstatistischen Ergebnisse geschaffen. Die kurzfristig lieferbaren Tabellen umfassen Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik auf Kreisebene und – soweit möglich – auf Gemeindeebene. Der große Vorteil dieser Tabellen ist ihre bundesweite Vergleichbarkeit. Eine Zusammenfassung dieser Tabellen bietet das Gemeinschaftsprodukt des Bundes und der Länder unter dem Titel „Statistik regional“.

Statistik regional erschien erstmals 1993 und wird jährlich aktualisiert. Seit 1995 wird unseren Kunden eine CD-ROM **Statistik regional** einschließlich einer Recherche-Software angeboten, die Kreisdaten auf der Grundlage des „Regio-Stat-Kataloges“ des Bundes und der Länder enthält. Das Gemeinschaftsprodukt umfasst vergleichbare regionalstatistische Informationen der Landkreise und kreisfreien Städte des gesamten Bundesgebietes zu insgesamt 950 Sachverhalten. Auf der CD-ROM sind Zeitreihen ab 1995 gespeichert. Als Broschüre gibt es **Kreiszahlen** mit Ausschnitten aus Statistik regional für das jeweils aktuell verfügbare Jahr.

Zum ISI-Weltkongress 2003 in Berlin fand der Start des gemeinsamen Internet-Portals der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder statt. Damit ist es auch auf diesem zeitgemäßen Weg über das Internet möglich, Tabellen aus **Statistik regional** (bis auf Kreisebene) abzurufen.

Ende dieses Jahres wird zusätzlich erstmals ein Gemeinschaftsprodukt **Statistik regional** (CD-ROM) mit Gemeindeergebnissen – für einen nur begrenzten und weitaus geringeren Umfang an Merkmalen als auf Kreisebene verfügbar – herausgegeben werden. Denn je tiefer die regionale Ebene, umso weniger Merkmale können angeboten werden.

4. Gewährleistung der Repräsentation und des Datenschutzes

Um zukünftig weiterhin Ergebnisse auf allen regionalen Ebenen bereitzustellen zu können, kämpfen die Landesämter mit dem Widerspruch zwischen Entlastung der Auskunftspflichtigen einerseits und Sicherung der Repräsentation der Daten im Hinblick auf tiefere regionale Gliederungen andererseits. Immer wieder müssen wir auf die Problematik der Ermittlung zuverlässiger Regionaldaten in Abhängigkeit von der Stichprobengröße verweisen. Kleinere Stichprobenumfänge oder höhere Abschneidegrenzen mögen zur Sicherung des Bundesergebnisses durchaus eine Alternative bilden. Unter dem Gesichtspunkt der Ermittlung von Landesergebnissen und Ergebnissen für tiefer gegliederte Regionen können wir aus Landessicht nicht (alle) Einspar- und Kürzungsvorschläge des Bundes akzeptieren.

Im Beitrag „Regionaldaten – nicht nur für die Politik“ in der Zeitschrift „Signum 1/2000“ äußert sich Feldmann dazu wie folgt: „Um verlässliche Daten zu erhalten, benötigt man auf der Ebene der Region größere Stichproben als für nationale oder europäische aggregierte Daten. Je tiefer man gliedert, desto weniger verlässlich werden die Daten, wenn der Stichprobenumfang gleich bleibt. Während beispielsweise für eine Statistik für ganz Deutschland eine Stichprobe von 5 Prozent ausreicht, braucht man für regionalstatistisch verlässliche Daten in einer bestimmten Region möglicherweise 20 Prozent.“

Gleichzeitig ist der Datenschutz strengstens einzuhalten. Wenn es in kleineren Gemeinden nur einen oder zwei Beichtspflichtige – sagen wir bei der monatlichen Erhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe – gibt oder ein Betrieb absolut vorherrschend ist, dann müssen die Daten geheim gehalten werden. Auch dadurch schränkt sich das Angebot an tief regionalisierten Daten ein.

Aus der Erfahrung mit unseren Kunden muss ich sagen, dass deren Wünsche manchmal über unser Angebot hinausgehen und Anfragen nach dem BIP auf Gemeindeebene oder Bevölkerungszahlen nach Stadtteilen oder Wohnungsbestand nach Straßenzügen keine Seltenheit sind.

5. Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik

Die Statistischen Landesämter sind beteiligt an dem 1999 gegründeten „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“. Es hat folgende Ziele:

- Das Anliegen vergleichender Stadt- und Regionalstatistik zu fördern,
- statistische Daten für Regionen, für Kreise und Gemeinden sowie Städte und deren Stadtteile verfügbar zu machen und
- sie so weit wie möglich zu harmonisieren und aufeinander abzustimmen.

Durch die Mitarbeit der Landesämter im Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik soll die regionale Gliederung der Daten auf den Informationsbedarf stadt- und regionalbezogener Politik und Planung ausgerichtet werden. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat dabei die Aufgabe als Koordinator der Statistischen Landesämter übernommen.

6. EU-Anforderungen

Ganz neue Aufgaben stellen die europäische Einigung und die Öffnung der Grenzen nach Osten. Im zusammen gewachsenen Europa wird mit Regionalstatistik zugleich das Feld der Regionalpolitik berührt.

„Regionaldaten dienen in erster Linie der Identifizierung von Regionen, die von der EU im Rahmen der Strukturfonds gefördert werden sollen“, schrieb Feldmann in seinem bereits zitierten Signum-Beitrag.

Einerseits haben in den letzten Jahren die EU-Statistiken zunehmend Bedeutung erlangt, andererseits haben die Daten der Regionalstatistik aus den Landesämtern an Bedeutung gewonnen. Die Ergebnisse der Regionalstatistik sind ausschlaggebend, wenn es um die Einordnung von „Strukturfonds“ und förderfähigen Gebieten in den Ländern geht. Für die Gewährung von Fördermitteln ist es nicht ausreichend, auf einer Karte als Förderregion ausgewiesen zu sein, sondern es müssen vorrangige Ziele der Strukturfonds für die förderfähige Region erfüllt sein.

Die Abgrenzung der Regionen ist eng mit der NUTS-Klassifikation verbunden. Damit Brandenburg beispielsweise als Ziel 1 Region Beihilfen erhalten kann, werden die festgelegten Kriterien mit den Daten aus der Regionalstatistik überwacht. Ziel 1 heißt Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand, wobei vor allem NUTS 2-Regionen in Frage kommen, deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) weniger als 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts

beträgt. Da es in Brandenburg keine Regierungsbezirke gibt, die der NUTS 2-Ebene entsprechen, wurden für die erforderliche Regionalklassifikation – durch Aggregation von Kreisen – zwei „nichtadministrative Einheiten“ durch die EU-Kommission anerkannt. Das sind die NUTS 2-Einheiten „Brandenburg Nordost“ und „Brandenburg Südwest“.

7. Euroregionen

Im Rahmen der Regionalstatistik und der Bereitstellung regionalstatistischer Daten arbeiten die betreffenden Statistischen Landesämter auch mit den Euroregionen eng zusammen. Ziel ist es dabei, den Stand und die grenzüberschreitende Regional- und Kommunalentwicklung mit unseren Daten und Informationen für die aneinander grenzenden Grenzregionen darzustellen. Bei Publikationen für die Euroregionen sind nicht nur sprachliche Probleme zu lösen. Nach der Erfahrung erster Regionalvergleiche müssen hier vor allem die methodischen und terminologischen Grundlagen für solche Vergleiche erarbeitet werden.

8. Fazit

Der eingangs zitierte Weg der Brandenburger Statistik in den vergangenen 200 Jahren von den Anfängen als Statistisches Büro bis heute zum modernen Landesbetrieb stand ständig vor Herausforderungen und war einem permanenten Wandel unterworfen.

Wie geht es mit den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und der deutschen amtlichen Statistik weiter? Die Maßnahmen der Bundesregierung zum Masterplan Bürokratieabbau und die Empfehlungen der Rechnungshöfe stellen die amtliche Statistik erneut vor große Herausforderungen. Die Dynamik der Entwicklung des statistischen Produktionsprozesses erfordert die Unterstützung und Umsetzung des Masterplanes zur Reform der amtlichen Statistik in Deutschland durch die Landesämter. Dabei streben wir im Rahmen der verfügbaren Ressourcen an, den Bedarf an regionalisierten statistischen Daten auch künftig zu bewältigen und die Kontinuität zu wahren.

Arend Steenken

Die Altersstruktur des Personals im Landesdienst

Der folgende Beitrag stellt eine Bestandsaufnahme der Alterstruktur des Personals des Landesdienstes dar. Aufgrund der aktuellen Diskussion über Personalabbau, Verwaltungsmodernisierung und Privatisierung sind Kenntnisse über die Altersentwicklung des Personalbestandes wichtig für zukünftige Personalentscheidungen

Vorbemerkung

Die Personalstandstatistik wird in jedem Jahr zum Stichtag 30. Juni als Totalerhebung durchgeführt. Sie ermittelt Daten über die Strukturen des Personals im öffentlichen Dienst. Die Daten dienen als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten-, Versorgungs- und Tarifrechts. Außerdem werden die Ergebnisse für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung des Personalbedarfs sowie der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften verwendet.

Grundlage für die Personalstandstatistik ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz. Es schreibt vor, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis stehenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit folgenden Erhebungsmerkmalen zu erfassen:

- Geburtsmonat und -jahr,
- Geschlecht,
- Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses,
- Laufbahnguppe, Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortszuschlagstufe,
- Dienst- oder Arbeitsort sowie bei den in einem Dienstverhältnis stehenden Personen der Wohnort und
- Aufgabenbereich bzw. Einzelplan und Kapitel.

Der umfangreiche Merkmalskatalog in dieser Form wird entsprechend dem Gesetz seit der Erhebung 1998 von den Berichtspflichtigen abgefordert. Bis dahin bestand für die Berichtspflichtigen die Möglichkeit die Meldung mit einem eingeschränkten Merkmalskatalog zu erteilen.

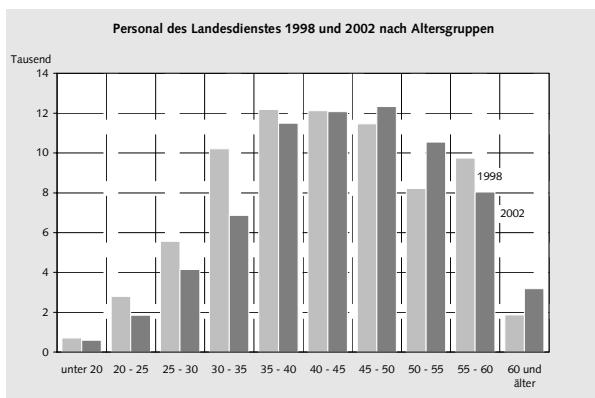
Im Folgenden soll auf die Alterstruktur der Beschäftigten im Landesdienst des Landes Brandenburg eingegangen werden.

Vergleich der Alterstruktur von 2002 mit 1998

Am 30. Juni 2002 waren im brandenburgischen Landesdienst – hierzu zählen die Ministerien, deren nachgeordnete Behörden, Gerichte und Staatsanwaltschaften, auch die Schulen und Hochschulen sowie die Landesbetriebe und die Landeskliniken – 71 143 Personen beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Landesbediensteten betrug 43,6 Jahre. Vor 5 Jahren lag das durchschnittliche Beschäftigtenalter mit 42,1 Jahren lediglich 1,5 Jahre unter dem aktuellen Wert.

**Personal des Landesdienstes 1998 und 2002
nach Altersgruppen**

Alter von ... bis unter ... Jahre	1998		2002	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
unter 20	703	0,9	595	0,8
20 – 25	2 800	3,7	1 850	2,6
25 – 30	5 569	7,4	4 148	5,8
30 – 35	10 210	13,6	6 863	9,6
35 – 40	12 195	16,3	11 504	16,2
40 – 45	12 128	16,2	12 084	17,0
45 – 50	11 462	15,3	12 329	17,3
50 – 55	8 217	11,0	10 539	14,8
55 – 60	9 741	13,0	8 040	11,3
60 und älter	1 871	2,5	3 191	4,5
Insgesamt	74 896	100	71 143	100



Die Darstellung nach Altersgruppen gibt einen ersten Überblick über die Altersstruktur des Personals in den Jahren 1998 und 2002. Die Besetzungszahlen steigen von Altersintervall zu Altersintervall stetig an. Die jüngsten Altersgruppen sind am schwächsten besetzt. Bereits deutlich mehr Beschäftigte sind 30 bis 35 Jahre alt. Die drei Altersgruppen zwischen 35 bis 50 Jahre weisen die höchsten Beschäftigungszahlen auf. Ab der Altersgruppe der 50 bis 55-Jährigen sinken die Beschäftigungszahlen wieder.

Gegenüber 1998 haben sich die Beschäftigungszahlen in den Altersintervallen etwas nach oben verschoben. So sind die prozentualen Anteile der jüngeren Beschäftigten gesunken und der älteren Altersgruppen gestiegen. Eine Ausnahme bildet die Altersgruppe der 55 bis 60-Jährigen. Hier kann von einer verstärkten Inanspruchnahme von Vorruststand ausgegangen werden. Am stärksten besetzt war im Jahr 1998 die Altersgruppe der 35 bis 40-Jährigen mit 16,3 Prozent der Beschäftigten. Fünf Jahre später wurden in der Altersgruppe der 45 bis 50-Jährigen die höchsten Werte ermittelt. Für die Zukunft ist von einem weiteren Ansteigen des Anteils der älteren Jahrgänge und einem Sinken des Anteils der jüngeren Jahrgänge auszugehen, da im Landesdienst auf Grund des angestrebten Personalabbaus gegenwärtig kaum Neueinstellungen erfolgen und wenn dann auch nicht nur Jüngere Personen.

Altersstruktur von Frauen und Männern

Für die männlichen Landesbediensteten wurden durchschnittlich 44,1 Jahre und die weiblichen Bediensteten durchschnittlich 43,2 Jahre ermittelt. Die Altersstrukturen von Frauen und Männern unterscheiden sich nicht grundlegend voneinander. Bei einem Frauenanteil von insgesamt 59 Prozent überwiegen in fast allen Altersgruppen die weiblichen Beschäftigten. Die Unterschiede zeigen sich

insbesondere bei der jüngsten und ältesten Altersgruppe. Hier wurden auch zahlenmäßig mehr Männer als Frauen ausgewiesen. Vergleicht man die Altersgruppe 60 Jahre und älter so sind hier 7,1 Prozent der männlichen Landesbediensteten aber lediglich 2,7 Prozent der weiblichen Bediensteten zu finden. Am stärksten ist bei den Frauen die Altersgruppe der 45 bis 50-Jährigen mit einem Anteil von 17,7 Prozent besetzt. Die meisten Männer, das sind 17,1 Prozent, wurden in der jüngeren Altersgruppe der 40 bis 45-Jährigen ermittelt.

Personal des Landesdienstes 2002 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahre	Männer		Frauen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
unter 20	323	1,1	272	0,6
20 – 25	741	2,5	1 109	2,6
25 – 30	1 601	5,5	2 547	6,1
30 – 35	2 587	8,9	4 276	10,2
35 – 40	4 498	15,4	7 006	16,7
40 – 45	4 993	17,1	7 091	16,9
45 – 50	4 920	16,8	7 409	17,7
50 – 55	4 229	14,5	6 310	15,0
55 – 60	3 260	11,2	4 780	11,4
60 und älter	2 060	7,1	1 131	2,7
Insgesamt	29 212	100	41 931	100

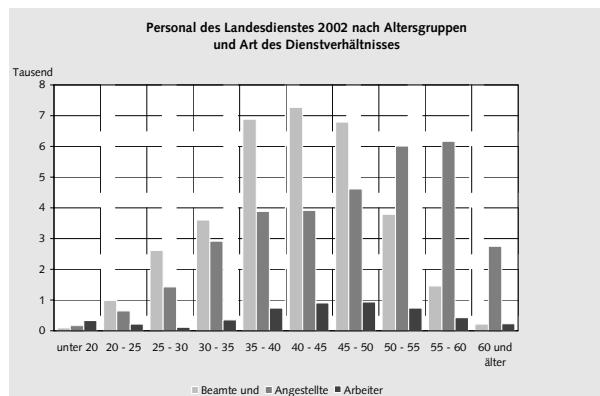
Altersstruktur der Dienstverhältnisse

Bei der Auswertung nach der Art der Dienstverhältnisse wird zwischen Beamten (einschl. Richter), Angestellten und Arbeitern unterschieden. Für die Beamten errechnet sich zur Jahresmitte 2002 ein Durchschnittsalter von 41 Jahren. Danach folgt die Gruppe der Arbeiter mit einem durchschnittlichen Alter von 42,3 Jahren. Das höchste durchschnittliche Beschäftigtenalter erreichten die Angestellten mit 46,5 Jahren. Dies dürfte u. a. daran liegen, dass ältere Angestellte nicht mehr verbeamtet wurden. In der Zukunft werden sich Beamte und Angestellte dem Durchschnittsalter aller Landesbediensteten annähern. Am stärksten sind bei den Beamten die drei Altersgruppen 35 bis 50 Jahre besetzt. Bei den Angestellten werden die höchsten Werte zwischen 50 und 60 Jahren erreicht.

Alter von ... bis unter ... Jahre	Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
unter 20	98	0,3	166	0,5	331	6,7
20 – 25	991	2,9	643	2,0	216	4,3
25 – 30	2 611	7,7	1 425	4,4	112	2,3
30 – 35	3 600	10,7	2 910	9,0	353	7,1
35 – 40	6 883	20,4	3 881	11,9	740	14,9
40 – 45	7 267	21,6	3 918	12,1	899	18,1
45 – 50	6 782	20,1	4 615	14,2	932	18,7
50 – 55	3 794	11,3	6 005	18,5	740	14,9
55 – 60	1 452	4,3	6 166	19,0	422	8,5
60 und älter	215	0,6	2 750	8,5	226	4,5
Insgesamt	33 693	100	32 479	100	4 971	100

Beamte und Angestellte des Landesdienstes 2002 nach Altersgruppen und Laufbahngruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Höherer Dienst		Gehobener Dienst		Mittlerer und einfacher Dienst	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
unter 20	–	–	7	0,0	257	1,4
20 – 25	37	0,3	656	1,8	941	5,0
25 – 30	921	8,4	1 573	4,3	1 542	8,2
30 – 35	1 162	10,6	3 095	8,5	2 253	12,0
35 – 40	1 566	14,2	6 043	16,6	3 155	16,9
40 – 45	1 733	15,8	6 187	17,0	3 265	17,4
45 – 50	1 736	15,8	6 618	18,2	3 043	16,3
50 – 55	1 545	14,0	5 845	16,0	2 409	12,9
55 – 60	1 427	13,0	4 715	12,9	1 476	7,9
60 und älter	874	7,9	1 717	4,7	374	2,0
Insgesamt	11 001	100	36 456	100	18 715	100



Altersstruktur der Laufbahngruppen

Die Beamten (einschl. Richter) und Angestellten können nach Laufbahngruppen dargestellt werden. Die Laufbahn des höheren Dienstes und gehobenen Dienstes ist in den Altergruppen bis 25 Jahre nur geringfügig besetzt, da hierfür in der Regel eine lange Schul- bzw. Hochschulausbildung Voraussetzung ist und zur Zeit kaum Berufsanfänger im höheren Dienst eingestellt werden. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt sowohl für den höheren als auch für den gehobenen Dienst 44,7 Jahre. Im mittleren und einfachen Dienst sind die Beschäftigten dagegen mit einem Durchschnittsalter von 41 Jahren jünger.

Altersstruktur der Aufgabenbereiche

In der Darstellung des Landesdienstes nach ausgewählten Aufgabenbereichen zeigen sich erhebliche Unterschiede gegenüber den errechneten Gesamtzahlen. 47,9 Prozent der Landesbediensteten sind demnach mindestens 45 Jahre oder älter und das Durchschnittsalter lag bei 43,6 Jahren.

Im Aufgabenbereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“, das sind in der Hauptsache die Ministerien des Landes, sind 4 204 Beschäftigte tätig. Über die Hälfte der Beschäftigten gehörte hier zu den mindestens 45-Jährigen. Die Altersgruppen 35 bis 45 Jahre und 45 bis 55 Jahre sind am stärksten besetzt.

Dem Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ ist die Polizei zugeordnet. Bei einem Durchschnittsalter von 40,1 Jahren ist dieser Bereich mit 10 272 Beschäftigten (14 Prozent) ein recht „junger Bereich“. Damit liegt er deutlich unter dem Durchschnitt fast aller Aufgabenbereiche. 7,2 Prozent sind unter 25 Jahre, die Mehrzahl ist zwischen 35 bis 45 Jahr alt und die älteren Altersgruppen sind weniger stark besetzt. Ursache hierfür sind auch die besonderen Altersgrenzen, die für Polizisten gelten.

Der Bereich „Rechtsschutz“, hierzu zählen die ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften, ist der „jüngste Bereich“ im Landesdienst. Das Durchschnittsalter liegt bei 39,1 Jahre und nur 31 Prozent der Beschäftigten sind 45 Jahre und älter.

Ebenfalls ein sehr junger Aufgabenbereich ist die „Finanzverwaltung“ von Brandenburg. Das Durchschnittsalter beträgt 39,2 Jahre und auch nur ein Drittel der Mitarbeiter zählt zu den mindestens 45-Jährigen.

Besonderes Augenmerk verdient der personalintensive Schulbereich – in ihm waren 27 358 Beschäftigte (38,4 Prozent) tätig. In allen Schulformen lag der Anteil der mindestens 45-Jährigen beachtlich über dem errechneten Gesamtwert. Entsprechend hoch ist das Durchschnittsalter. Insbesondere im Aufgabenbereich Grundschulen sind die Altersgruppen ab 55 Jahre stark besetzt. Dies bedeutet, dass innerhalb der nächsten 9 Jahre mindestens 28,1 Pro-

zent der Beschäftigten aus Altersgründen ausscheiden werden.

Auf die Hochschulen des Landes entfallen 4 884 Beschäftigte oder 7 Prozent. Ihr Personal ist im Durchschnitt 41,7 Jahre alt und der Anteil der mindestens 45-Jährigen liegt bei 42,4 Prozent.

In den Landesbetrieben liegt das Durchschnittsalter bei 45,5 Jahren. 57,4 Prozent der Beschäftigten sind älter als 45 Jahre, wobei 38,0 Prozent in der Altersgruppe der 45 bis 55-Jährigen sind.

In den Landeskliniken arbeiten hauptsächlich jüngere Beschäftigte. Das Durchschnittsalter liegt knapp unter 40 Jahre und der Anteil der mindestens 45-Jährigen liegt unter einem Drittel.

Kerstin Heinrich

Personal des Landesdienstes 2002 nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Schl.	Aufgabenbereich	Insgesamt	Anteil der mindestens 45-Jährigen	Durchschnittsalter	davon im Alter von ... bis unter ... Jahre					
					unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 und älter
		Anzahl	Prozent	Jahre	Prozent					
	Landesdienst insgesamt	71 143	47,9	43,6	3,4	15,5	33,2	32,1	11,3	4,5
	Landesverwaltung	68 036	48,3	43,7	3,4	15,3	33,0	32,3	11,4	4,6
0	Allgemeine Dienste	25 359	38,7	40,9	6,0	21,7	33,6	29,2	7,1	2,4
01, 02	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4 204	52,1	44,8	3,6	11,0	33,3	33,9	11,9	6,2
011	Politische Führung	3 262	52,6	45,4	0,7	12,4	34,2	33,1	12,6	6,9
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10 459	40,1	41,1	7,2	17,4	35,4	32,0	6,7	1,3
042	Polizei	10 272	40,1	41,1	7,2	17,5	35,2	32,1	6,7	1,3
05	Rechtsschutz	6 353	31,0	39,1	6,0	29,6	33,4	22,9	5,8	2,3
06	Finanzverwaltung	4 343	33,9	39,2	5,4	30,6	30,1	27,2	5,3	1,4
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kultur	33 120	54,7	45,6	1,0	11,9	32,4	34,2	14,8	5,7
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	27 358	57,3	46,3	0,1	9,5	33,0	35,6	15,9	5,8
111	Unterrichtsverwaltung	433	60,3	45,3	5,5	10,4	23,8	37,6	16,6	6,0
112-114	Grund- und Hauptschulen	7 308	62,6	47,3	0,0	10,6	26,8	34,5	22,1	6,0
116	Realschulen	1 419	56,9	46,4	–	5,2	37,9	39,7	11,6	5,6
117	Gymnasien, Kollegs	4 697	51,0	45,2	–	9,6	39,4	34,9	11,6	4,5
119-123	Gesamtschulen	7 517	56,9	46,3	–	7,6	35,5	38,0	13,5	5,4
124	Sonderschulen	2 804	56,7	46,3	0,1	10,6	32,6	33,2	17,4	6,1
127	Berufliche Schulen	2 889	60,9	47,4	–	7,3	31,8	37,1	15,2	8,5
129	Sonstige schulische Aufgaben	291	5,2	32,9	2,4	62,5	29,9	3,4	0,7	1,0
13	Hochschulen	4 884	42,4	41,7	5,5	24,4	27,8	26,8	10,2	5,4
14, 15	Förderung von Schülern, Studenten u. dgl., Sonst. Bildungswesen	113	61,9	47,3	1,8	5,3	31,0	41,6	16,8	3,5
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	139	51,1	44,6	0,7	10,1	38,1	36,0	8,6	6,5
18, 19	Kultureinrichtungen, -verwaltung, -förderung, Denkmalschutz	626	37,7	42,1	2,1	20,6	39,6	24,9	6,2	6,5
2	Soziale Sicherung	1 024	60,3	46,8	1,1	7,3	31,3	37,9	16,4	6,0
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 363	54,3	45,9	0,5	11,0	34,2	33,4	13,1	7,9
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 258	53,2	45,2	2,7	11,4	32,7	33,2	13,4	6,6
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	210	58,1	47,1	1,9	8,1	31,9	28,1	17,1	12,9
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	2 804	51,8	44,2	5,4	10,3	32,5	34,7	10,4	6,6
8	Wirtschaftsunternehmen	2 898	45,7	42,8	8,0	10,1	36,2	33,0	7,9	4,7
	Landesbetriebe	935	57,3	45,5	2,9	9,9	29,8	38,0	12,4	7,0
	Landeskliniken	2 172	32,1	39,9	6,3	23,4	38,1	24,7	6,4	1,1

Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001

Der öffentliche Verbrauch von Trinkwasser ist in Brandenburg weiter zurückgegangen und betrug 2001 je Einwohner und Tag 101,6 Liter. Der Anteil der an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Brandenburger erreichte 97,8 Prozent.

76,7 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung waren 2001 an die öffentliche Kanalisation angeschlossen, davon ein Prozent an öffentliche Kläranlagen in anderen Bundesländern. Die Entsorgung der Abwässer in den nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Gemeinden erfolgte über rund 132 000 Kleinkläranlagen sowie über ca. 449 000 abflusslose Gruben.

2001 wurde eine Jahresabwassermenge von 208,2 Millionen m³ behandelt. Dazu standen 290 kommunal betriebene Abwasserbehandlungsanlagen zur Verfügung davon 280 Anlagen mit biologischer Behandlung.

Vorbemerkung

Die im 3-jährigen Abstand durchgeföhrten Erhebungen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind im Rahmen der Befragungen nach dem Umweltstatistikgesetz ein Teilbereich auf dem Gebiet der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Zur gleichen Thematik werden – ebenfalls 3-jährig – außerdem Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden, des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung befragt. Betriebe und Einrichtungen der Landwirtschaft müssen alle 4 Jahre dazu berichten.

Auskunftspflichtig zu Angaben der öffentlichen Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung betreiben und die für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuständigen Gemeinden.

Durch die Erhebungen der öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserbeseitigung werden zahlreiche Informationen gewonnen, u. a. über die Wassergewinnung, den Wasserverbrauch, die Abwasserbehandlung, das Kanalnetz und die getätigten Investitionen. Die Bereitstellung von statistischen Daten auf diesem Gebiet ist zur Beurteilung des erreichten Standes im Land Brandenburg im Hinblick auf die Erfüllung der Zielvorgaben der EU zwingend notwendig. Diese Zielvorgaben besagen u. a., dass eine nachhaltige Wassernutzung auf der Grundlage eines langfristigen Schutzes der vorhandenen Ressourcen erfolgen soll bzw. dass die Umwelt vor Beeinträchtigungen

durch die Einleitung kommunalen Abwassers zu schützen ist. Weiterhin sind diese Daten Grundlage für die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, die sich mit der Beanspruchung, dem Verbrauch und der Entwertung von natürlichen Ressourcen durch Produktion und Konsum beschäftigen.

Die Ergebnisse der hier betrachteten Erhebungen liegen regionalisiert bzw. nach Wassereinzugsgebieten vor. Im folgenden Beitrag wird sich auf eine Darstellung nach Verwaltungsbezirken beschränkt.

Wasseraufkommen

Das Wasseraufkommen setzt sich zusammen aus der Eingewinnung und dem Fremdbezug. Die Wassergewinnung kann erfolgen aus

- dem **Grundwasser** (unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt und keinen natürlichen Austritt besitzt),
- dem **Quellwasser** (örtlich begrenzter, natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung),
- dem **Uferfiltrat** (Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt),
- dem **Oberflächenwasser** (Wasser natürlicher oder künstlicher oberirdischer Gewässer (z. B. Fluss-, See- und Talsperrenwasser), sowie angereichertes Grundwasser).

149,1 Millionen m³ Wasser gefördert

In den Gewinnungsanlagen im Land Brandenburg wurden 2001 149,1 Millionen m³ Wasser gefördert. Dabei wurden 81 Prozent unseres wichtigsten Lebensmittels aus dem Grundwasser gewonnen.

Wassergewinnungsanlagen im Land Brandenburg				
Merkmal	Maßeinheit	1998 ¹⁾	2001 ²⁾	
Wasserversorgungsunternehmen mit Gewinnungsanlagen	Anzahl	124	119	
Gewinnungsanlagen	Anzahl	632	552	
Wassergewinnung insgesamt	1 000 m ³	131 531	149 146	
davon				
Grundwasser	1 000 m ³	119 526	120 984	
Uferfiltrat	1 000 m ³	6 439	20 123	
angereichertes Grundwasser	1 000 m ³	5 544	8 024	
Quellwasser	1 000 m ³	22	15	

- 1) ohne die 3 in Brandenburg vorhandenen Gewinnungsanlagen der Berliner Wasserbetriebe (2001 ca. 20 Millionen m³ Wasser gefördert)
 2) beinhaltet 2 Wasserversorgungsunternehmen in Berlin und Sachsen mit Gewinnungsanlagen in Brandenburg

Eine direkte Vergleichbarkeit zu 1998 ist nicht möglich, da die Gewinnungsmengen von 3 Brandenburger Anlagen nicht enthalten waren. Würde man bei diesen 3 Anlagen die gewonnene Menge von 2001 unterstellen, so kann man sagen, dass die geförderte Menge fast auf gleichbleibenden Niveau geblieben ist.

Betrachtet man die Wasserversorgungsunternehmen mit Sitz im Land Brandenburg und deren Wassergewinnung, kann eine Aussage zur Entwicklung der gewonnenen Wassermenge zu 1998 getroffen werden. Im Jahr 2001 förderten die 117 Brandenburger Wasserversorgungsunternehmen 126,3 Millionen m³ Wasser. Dabei entfielen 91 Prozent auf die Grundwassergewinnung. Im Vergleich zu 1998 sank die Wassergewinnung insgesamt um ca. 5,3 Millionen m³, die Grundwassergewinnung um 4,8 Millionen m³. Der Fremdbezug (Bezug von anderen Wasserversorgungsunternehmen) erhöhte sich im genannten Zeitraum nur um 1,2 Prozent auf 9,4 Millionen m³. Somit wurde das Wasseraufkommen auch 2001 maßgeblich durch die Grundwassergewinnung bestimmt. Das Wasseraufkommen für die öffentliche Versorgung in Brandenburg betrug 2001 insgesamt 135,7 Millionen m³. Diese Menge enthält Mehrfachzählungen, da der Fremdbezug von Wasserversorgungsunternehmen innerhalb eines

Bundeslandes bereits bei den abgebenden Unternehmen als Wassergewinnung erfasst wird.

Wasserabgabe

Die mit dem Wasseraufkommen ermittelte Menge wird verbraucht bzw. abgegeben für

- Letztverbraucher** (private Haushalte (einschließlich Handwerk und Kleingewerbe), gewerbliche Unternehmen (Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr, Dienstleistungen) und sonstige Abnehmer (z.B. Krankenhäuser und Schulen, Behörden und kommunale Einrichtungen, Bundeswehr, landwirtschaftliche Betriebe und für öffentliche Zwecke), mit denen die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen die abgegebenen Wassermengen unmittelbar ab- oder verrechnen),
- die **Weiterverteilung** (an andere Wasserversorgungsunternehmen),
- Wasserwerkseigenverbrauch** (betriebsinterner Wasserverbrauch innerhalb des Wasserversorgungsunternehmens z. B. Filterspülung, Rohrnetzspülung, Sozialbereich),
- Wasserverluste/Messdifferenzen** (Anteil des im Rohrnetz eingespeisten Wasservolumens, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Es setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z. B. Rohrbrüche, undichte Rohrverbindungen oder Armaturen, sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte, unkontrollierte Entnahme).

Wasserabgabe der Brandenburger Wasserversorgungsunternehmen				
Merkmal	1998		2001	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³
Wasserabgabe insgesamt	138	140 839	134	135 687
davon				
an Letztverbraucher	137	111 559	134	109 636
zur Weiterverteilung	60	8 748	65	9 340
Wasserwerkseigenverbrauch	89	5 150	94	3 616
Wasserverluste/Messdifferenzen	96	15 382	98	13 095

Von den 2001 in Brandenburg zur Verfügung stehenden 135,7 Millionen m³ Wasser wurden 81 Prozent an Letztverbraucher und 7 Prozent zur Weiterverteilung an andere

Wasserversorgungsunternehmen abgegeben. Der Wasserwerkseigenverbrauch verringerte sich 2001 um 1,5 Millionen m³ gegenüber 1998 und betrug noch 2,6 Prozent der Wasserabgabe (1998: 3,6 Prozent). Die ausgewiesenen Wasserverluste und Messdifferenzen reduzierten sich um 2,3 Millionen m³, ihr relativer Anteil an der Wasserabgabe betrug 2001 noch 9,6 Prozent (1998: 10,9 Prozent).

97,8 Prozent der Brandenburger Einwohner waren zum Stand 31.12.2001 an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Der Anschlussgrad erhöhte sich um 0,9 Prozentpunkte gegenüber 1998. Die 56 117 nicht angeschlossenen Einwohner mussten ihren Trinkwasserbedarf durch private Wasserversorgung decken. Aus 10 116 Hausbrunnen oder Quellen wurde entweder ausschließlich oder zusätzlich zur öffentlichen Versorgung Trinkwasser gewonnen.

Trotz eines geringen Anstiegs der Einwohnerzahl zu 1998 um 0,1 Prozent (2 665 Einwohner) wurde im Jahr 2001 weniger Wasser an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben. Ausdruck für den deutlich zurückgegangenen Verbrauch ist der Vergleich der Kennziffer „Verbrauch je Einwohner und Tag“. So lag 2001 pro Kopf der Bevölkerung die tägliche Wasserabnahme bei 101,6 Litern. 1998 betrug dieser Wert noch 105,2 Liter je Einwohner und Tag. Der Rückgang um 3,6 Liter zu 2001 ist zurückzuführen auf einen sparsameren Umgang mit Wasser, teilweise auch bedingt durch wirtschaftlichere Haushaltsgeräte.

Regionale Unterschiede hinsichtlich des täglichen Wasserverbrauchs sind auch innerhalb Brandenburgs festzustellen. Das verdeutlichen die in der Tabelle dargestellten Wasserabgaben an Letztverbraucher in Bezug auf die Bevölkerungszahlen in den Verwaltungsbezirken.

An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohner und Wasserabgabe an Letztverbraucher 2001 nach Verwaltungsbezirken

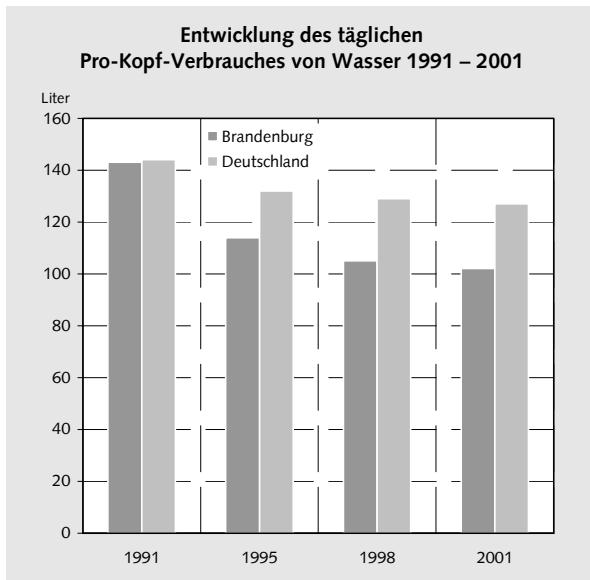
Verwaltungsbezirk	Gemeinden	Bevölkerung ¹⁾		Wasserabgabe an Letztverbraucher			
		insgesamt	darunter mit öffentlicher Wasserversorgung	insgesamt	darunter an Haushalte und Klein- gewerbe	Abgabe je Einwohner und Tag	
						2001	1998
		Anzahl		Prozent	1 000 m ³		I/(E*d)
Brandenburg an der Havel	1	76 351	75 361	98,7	3 404	2 529	91,9
Cottbus	1	105 954	105 954	100,0	4 623	3 587	92,8
Frankfurt (Oder)	1	70 308	70 266	99,9	3 892	3 059	119,3
Potsdam	1	130 435	130 256	99,9	7 070	4 666	98,1
Barnim	57	171 490	165 628	96,6	6 504	5 685	94,0
Dahme-Spreewald	114	159 568	145 548	91,2	6 217	5 388	101,4
Elbe-Elster	54	129 066	128 715	99,7	5 093	4 392	93,5
Havelland	82	150 340	146 547	97,5	5 696	5 026	94,0
Märkisch-Oderland	93	189 634	187 971	99,1	7 743	7 311	106,6
Oberhavel	57	194 022	189 366	97,6	7 606	7 119	103,0
Oberspreewald-Lausitz	57	141 959	141 948	100,0	6 481	5 337	103,0
Oder-Spree	76	195 670	191 262	97,7	9 102	7 626	109,2
Ostprignitz-Ruppin	94	111 878	109 725	98,1	4 240	3 687	92,1
Potsdam-Mittelmark	140	212 230	205 110	96,6	8 886	8 181	109,3
Prignitz	74	94 015	93 261	99,2	3 817	3 406	100,1
Spree-Neiße	63	151 100	150 640	99,7	6 060	5 367	97,6
Teltow-Fläming	43	160 414	152 737	95,2	7 043	5 743	103,0
Uckermark	84	148 606	146 628	98,7	6 126	6 012	112,3
Land Brandenburg	1 092	2 593 040	2 536 923	97,8	109 603	94 121	101,6
Nachrichtlich: Land Brandenburg 1998	1 489	2 590 375	2 510 781	96,9	111 460	96 431	x
							x

1) am Ort des Hauptwohnsitzes, Stand 31.12.2001

Die größten Einsparungen im Vergleich zu 1998 wurden in den kreisfreien Städten Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Potsdam erkennbar.

Die Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2001 innerhalb der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt, dass es erhebliche Verschiebungen der Einwohnerzahlen zugunsten einiger Landkreise gab. Brandenburg, Cottbus und Frankfurt verloren insgesamt ca. 18 Tausend Einwohner von 1998 zu 2001, Potsdam konnte dagegen einen geringen Zuwachs von ca. 600 Einwohnern verzeichnen. Die größte Zunahme hatten die Landkreise Havelland (ca. 9 Tausend Einwohner), Oberhavel (ca. 10 Tausend Einwohner) und Potsdam-Mittelmark (ca. 12 Tausend Einwohner). Aufgrund dieser Entwicklungen kam es teilweise zu geringen regionalen Verschiebungen (auch Rückgang) des Anschlussgrades an die öffentliche Wasserversorgung im Jahr 2001.

Laut vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurde für das gesamte Bundesgebiet im Jahr 2001 ein Wasserverbrauch von 127 Litern je Einwohner und Tag ausgewiesen. Seit 1991 konnte für Deutschland und für Brandenburg ein kontinuierlicher Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauches von Wasser verzeichnet werden.



Anschluss an öffentliche Kanalisation

Von den 2001 an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen 1 989 691 Brandenburger Einwohnern leiteten 1 987 871 Einwohner ihr Abwasser in öffentliche oder industrielle Abwasserbehandlungsanlagen ein. Die Kanäle der restlichen 1 820 Einwohner endeten im Vorfluter (Gewässer). 1998 gelangte noch das Abwasser von 4 077 Einwohnern direkt ins Oberflächengewässer. Industriell behandelt wurde 2001 das Abwasser von 33 110 Einwohnern, außerdem waren ca. 29 600 Brandenburger an die

zentrale Kläranlage in Gubin (Polen) angeschlossen. Die Entsorgung der kommunalen Abwässer in den nicht angeschlossenen Gemeinden Brandenburgs (Einwohner ohne Kanalisation) erfolgte über ca. 132 000 Kleinkläranlagen sowie über ca. 449 000 abflusslose Gruben.

19 269 Brandenburger waren an öffentliche Kläranlagen in anderen Bundesländern angeschlossen. So leiteten in Berlin 15 451 Einwohner, in Mecklenburg-Vorpommern 200 Einwohner, in Sachsen 2 224 Einwohner und in Sachsen-Anhalt 1 394 Einwohner ihr Abwasser in öffentlichen Anlagen ein. Zum Anderen sind ca. 1,56 Millionen Einwohner anderer Bundesländer (99,9 Prozent von ihnen aus Berlin) an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen im Land Brandenburg angeschlossen.

Abwasserbehandlung

An die 290 im Land Brandenburg betriebenen kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen waren 2001 ca. 3,9 Millionen Einwohner angeschlossen, einschließlich der Einwohner aus anderen Bundesländern. Die Arten der Behandlungsanlagen und die Zuordnung in Ausbaugrößenklassen sind in der Tabelle auf Seite 30 dargestellt.

97 Prozent der im Jahr 2001 betriebenen öffentlichen Kläranlagen behandelten das Abwasser biologisch. 1998 lag dieser Anteil bei 92 Prozent. Bei der biologischen Behandlung werden die im Abwasser enthaltenen organischen Bestandteile einem Abbauprozess unterzogen. Der Abbau erfolgt durch Mikroorganismen wie Bakterien und Pilze in Verbindung mit gelösten Sauerstoff bei aeroben Prozessen und unter Sauerstoffabschluss bei anaeroben Prozessen. Die Erhöhung der Ausstattung der Kläranlagen mit zusätzlichen Verfahrensstufen fand kontinuierlich statt. Die daraus resultierende geringere Schadstoffbelastung des Abwassers wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Gewässergüte im Land Brandenburg aus, wie auch im „Lagebericht 2003“ über die kommunale Abwasserbeseitigung im Land Brandenburg vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung dokumentiert ist.

Die öffentlichen Kläranlagen in Brandenburg behandelten im Jahr 2001 rund 208,2 Millionen m³ Abwasser. Davon waren 189,7 Millionen m³ Schmutzwasser, 5,9 Millionen m³ Fremdwasser und 12,6 Millionen m³ Niederschlagswasser. Beim Schmutzwasser handelt es sich um das häusliche und betriebliche durch den Gebrauch veränderte Wasser. Mit 91 Prozent nimmt diese Abwasserart den größten Anteil an der behandelten Abwassermenge ein. Fremdwasser ist das in die Kanalisation infolge Undichtigkeit des Rohrnetzes eindringendes Grundwasser, durch fehlerhaft angeschlossene Grundstücksentwässerungen eingeleitetes Wasser sowie einem Schmutzwassernetz zu-

An die öffentliche Kanalisation angeschlossene Einwohner 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung insgesamt ¹⁾	mit öffentlicher Kanalisation					
		Angeschlossene Einwohner		davon Einwohner			
				ohne Anschluss an Abwasser- behandlungsanlage		mit Anschluss an Abwasser- behandlungsanlage	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Brandenburg an der Havel	76 351	69 346	90,8	–	–	69 346	90,8
Cottbus	105 954	95 899	90,5	–	–	95 899	90,5
Frankfurt (Oder)	70 308	67 590	96,1	–	–	67 590	96,1
Potsdam	130 435	126 695	97,1	–	–	126 695	97,1
Barnim	171 490	126 099	73,5	–	–	126 099	73,5
Dahme-Spreewald	159 568	115 273	72,2	–	–	115 273	72,2
Elbe-Elster	129 066	78 144	60,5	1 009	0,8	77 135	59,8
Havelland	150 340	103 146	68,6	–	–	103 146	68,6
Märkisch-Oderland	189 634	141 440	74,6	–	–	141 440	74,6
Oberhavel	194 022	164 210	84,6	–	–	164 210	84,6
Oberspreewald-Lausitz	141 959	108 610	76,5	–	–	108 610	76,5
Oder-Spree	195 670	159 852	81,7	–	–	159 852	81,7
Ostprignitz-Ruppin	111 878	87 094	77,8	–	–	87 094	77,8
Potsdam-Mittelmark	212 230	161 041	75,9	–	–	161 041	75,9
Prignitz	94 015	64 162	68,2	–	–	64 162	68,2
Spree-Neiße	151 100	101 680	67,3	276	0,2	101 404	67,1
Teltow-Fläming	160 414	111 690	69,6	–	–	111 690	69,6
Uckermark	148 606	107 720	72,5	535	0,4	107 185	72,1
Land Brandenburg	2 593 040	1 989 691	76,7	1 820	0,1	1 987 871	76,7
Nachrichtlich:							
Land Brandenburg 1998	2 590 375	1 777 545	68,6	4 077	0,2	1 773 468	68,5

1) am Ort des Hauptwohnsitzes, Stand 31.12.2001

Anzahl der Abwasserbehandlungsanlagen 2001 nach Arten und Ausbaugrößenklassen						
Art der Abwasserbehandlung	Insgesamt	Ausbaugrößenklasse von ...bis unter ... EW ¹⁾				1998 insgesamt
		unter 2 000	2 000 - 10 000	10 000 - 100 000	100 000 und mehr	
Anlagen insgesamt	290	152	64	66	8	283
davon						
mit mechanischer Behandlung	10	9	1	–	–	22
mit biologischer Behandlung	280	143	63	66	8	261
darunter: biologische Behandlung mit zusätzlichen Verfahrensstufen und zwar ²⁾	174	52	51	63	8	142
mit Nitrifikation	170	49	50	63	8	137
mit Denitrifikation	144	31	43	62	8	114
mit Phosphorelimination	103	11	27	57	8	87
mit Filtration	12	4	5	3	–	11
mit Denitrifikation und Phosphorelimination	98	9	25	56	8	78
Nachrichtlich:						
Anlagen insgesamt 1998	283	144	64	67	8	x

1) Einwohnerwert (Summe aus Einwohnerzahl und Einwohnergleichwert) 2) Mehrfachnennungen möglich

Abwasserbehandlung 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Anlagen	Ausbaugröße	Ange-schlossene Einwohner-werte (EW)	davon		Jahres-abwasser-menge insgesamt	davon		
				Einwohner	Einwohner-gleichwerte (EGW B60)		Schmutzwasser	Fremdwasser	Nieder-schlags-wasser
	Anzahl	1 000			1 000 m³				
Brandenburg an der Havel	2	11,3	8,5	8,5	–	517	291	48	178
Cottbus	1	300,0	191,6	115,2	76,5	6 417	5 983	–	434
Frankfurt (Oder)	1	120,0	110,8	76,4	34,4	5 448	3 596	1 144	708
Potsdam	1	90,0	81,6	54,9	26,7	3 256	2 811	–	445
Barnim	13	603,4	368,1	325,0	43,1	19 726	17 544	1 117	1 065
Dahme-Spreewald	19	1 334,7	1 328,5	1 153,2	175,3	63 660	59 268	110	4 282
Elbe-Elster	22	222,6	114,7	84,8	29,9	3 944	3 407	68	469
Havelland	13	281,6	322,4	285,3	37,2	15 326	14 802	59	465
Märkisch-Oderland	20	462,5	373,0	328,4	44,6	20 600	19 794	201	605
Oberhavel	13	111,2	99,9	84,7	15,2	3 077	2 863	79	135
Oberspreewald-Lausitz	15	172,2	129,5	113,6	15,9	4 990	4 365	406	219
Oder-Spree	16	230,5	201,5	151,8	49,7	6 826	5 810	28	988
Ostprignitz-Ruppin	23	143,9	137,1	96,3	40,8	3 660	3 251	409	–
Potsdam-Mittelmark	27	767,2	711,2	622,1	89,0	33 250	30 863	1 125	1 262
Prignitz	19	160,4	128,9	71,0	57,8	3 437	2 878	369	190
Spree-Neiße	20	113,0	96,2	79,1	17,2	3 429	2 800	298	331
Teltow-Fläming	23	186,4	145,4	125,5	19,9	5 263	4 463	387	413
Uckermark	42	233,6	195,8	128,3	67,5	5 343	4 955	25	363
Land Brandenburg	290	5 544,3	4 744,9	3 904,2	840,7	208 169	189 744	5 873	12 552
Nachrichtlich: Land Brandenburg 1988	283	5 118,1	3 853,8	2 956,5	897,4	178 353	159 133	5 997	13 223

fließendes Oberflächenwasser. Dieses Wasser belastet das Kanalnetz sowie die Abwasserbehandlungsanlagen unnötig. Der Anteil von Fremdwasser reduzierte sich 2001 auf 2,8 Prozent (1998: 3,4 Prozent).

Die Entwicklung der Anzahl der an die öffentlichen Behandlungsanlagen angeschlossenen Einwohner von 3,0 Millionen im Jahr 1998 auf 3,9 Millionen im Jahr 2001 verdeutlicht eine Erhöhung des Anschlussgrades durch verstärkten Kanalbau. Zu beachten ist, dass durch eine methodische Änderung des Erhebungskonzeptes ein Teil dieser Erhöhung begründet ist. Ab dem Berichtsjahr 2001 zählen zu den angeschlossenen Einwohnern auch diejenigen, die ihr Abwasser mobil entsorgen lassen. Die sich daraus ergebene Erhöhung des Anschlussgrades lässt eine unmittelbare Vergleichbarkeit zu 1998 nicht mehr zu.

Rechnet man die Einwohner mit dem Einwohnergleichwert (EGW B60 – als Vergleichswert von gewerblichen oder

industriellen Schmutzwasser mit häuslichen Schmutzwasser), bezogen auf den fünfjährigen biochemischen Sauerstoffbedarf des Abwassers von 60 g je Einwohner und Tag zusammen, ergibt sich auch ein angestiegener Einwohnerwert (EW). Dieser ermöglicht in Bezug auf die Ausbaugröße (Bemessungskapazität) eine Aussage zur Auslastung der Anlagen im Land Brandenburg. Die Auslastung der Kläranlagen insgesamt hat sich gegenüber 1998 weiter verbessert. Der Anteil der angeschlossenen Einwohnerwerte bezogen, auf die Ausbaugröße der Kläranlagen erhöhte sich 2001 auf 85,6 Prozent Auslastung (1998: 75,3 Prozent). In den kreisfreien Städten und einigen Landkreisen sind z. T. beträchtliche Reserven vorhanden.

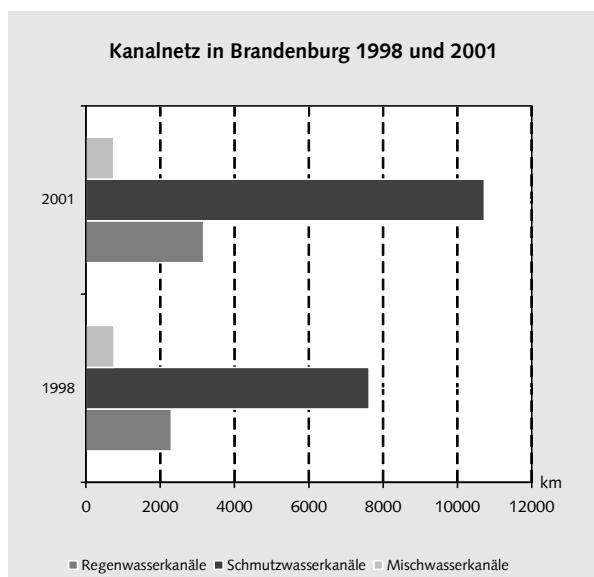
Die 8 größten Kläranlagen Brandenburgs (Bemessungskapazität > 100 000 EW) befinden sich in Cottbus, Frankfurt (Oder) sowie in den Landkreisen Barnim, Dahme-Spreewald, Havelland, Märkisch-Oderland und Potsdam-Mittelmark. Auf 5 dieser im engeren Verflechtungsraum

liegenden Anlagen leiten ca. 1,55 Millionen Berliner Einwohner ihr Abwasser ein. Da ein Berliner Klärwerk im Jahr 2003 geschlossen wurde, kommt es in den nächsten Jahren zu einem weiteren Anstieg des von Berlin eingeleiteten Abwassers in Brandenburger Anlagen. Verbunden mit dem höheren Abwasseraufkommen wird es auch zu einem größeren Klärschlammfall kommen.

Für das Jahr 2001 wurden von den Anlagenbetreibern ca. 102 Tausend Tonnen Trockenmasse Klärschlamm gemeldet (1998: 85 900 Tonnen Trockenmasse). Zu 81 Prozent wurde er 2001 stofflich verwertet und etwa 14 Prozent wurden thermisch entsorgt. Im geringfügigen Umfang wurde der Klärschlamm zwischengelagert, an andere Abwasserbehandlungsanlagen abgegeben bzw. an Deponien geliefert.

Schrittweise Vervollständigung der Abwasserkanalisation

Entsprechend einer Information des „Lageberichts 2003“ wird sich die weitere Entwicklung der Abwasserbeseitigung in Brandenburg bis 2005 vor allem auf die Sanierung und die noch erforderliche Vervollständigung der kommunalen Kanalisation, auf die Sanierung kommunaler Kläranlagen sowie die Nachrüstung bzw. auf den Neubau von Grundstückskleinkläranlagen im ländlichen Raum konzentrieren. Zur Realisierung dieser Vorhaben werden auch in den nächsten Jahren beträchtliche Investitionen notwendig werden. Für den Zeitraum 1999 bis 2001 wurden Investitionen in Anlagen der Abwasserbehandlung in Höhe von 180 Millionen EUR und in die Kanalisation in Höhe von 600 Millionen EUR ausgewiesen. Diese in die Kanalisation geflossenen Investitionsmittel finden ihren Niederschlag wiederum in der Zunahme der Kanallängen um 3 966 km im Vergleich zu 1998.



Der geringe Rückgang bei den Mischwasserkanälen (Schmutz- und Niederschlagswasser werden gemeinsam abgeleitet) ist auf die Stilllegung von Kanalabschnitten zurückzuführen. Durch den zunehmenden Bau von Regenwasserkanälen werden die öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen entlastet. Nach Brandenburgischen Wasser gesetz ist das Niederschlagswasser von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Flächen zu erfassen und oberflächig zu versichern. Ausdruck für diese Entwicklung ist der Rückgang der in öffentlichen Kläranlagen behandelten Niederschlagsmengen von 1998 zu 2001 um 5 Prozent.

Das Leitungsnets der Abwasserkanalisation erstreckte sich im Jahr 2001 über eine Länge von 14 645 Kilometern. Dieser Zuwachs um 37 Prozent im Vergleich zu 1998 wurde durch den Neubau von 3 106 Kilometern Schmutzwasserkanäle und 868 Kilometern Regenwasser kanäle realisiert. Allein 60 Prozent des gesamten Kanal netzes wurden nach 1990 gebaut. Für 10 Prozent der Kanallänge ließ sich kein Baujahr ermitteln. Zur besseren Veranschaulichung der genannten Zahlen in Bezug auf die Bevölkerung kann man die durchschnittliche Kanallänge pro Einwohner als Messzahl ermitteln. 2001 betrug sie 5,6 Meter pro Einwohner, 1998 lag sie bei 4,1 Meter.

Für die gesamte Bundesrepublik ermittelte das Statistische Bundesamt einen Wert von 5,9 Metern pro Einwohner (vorläufig) für das Jahr 2001.

Regenentlastungsanlagen

Neben den Regenwasserkanälen wurden weitere Daten ermittelt, die sich mit der Ableitung bzw. Speicherung von Regenwasser beschäftigen. So meldeten die Kanalnetz und Kläranlagenbetreiber Angaben zu den von ihnen zu bewirtschaftenden Regenentlastungsanlagen.

Regenentlastungsanlagen 2001		
Art	Anzahl	Speichervolumen (1 000 m³)
Regenüberlaufbecken	14	10
Regenrückhaltebecken	193	372
Regenklärbecken	107	51
Regenüberläufe ohne Becken	249	x

Laut Aussagen im „Lagebericht 2003“ setzt das Land Brandenburg die Anforderungen der Europäischen Kommunalabwasserrichtlinie aus dem Jahr 1991 an die Reinigung von Kommunalabwasser zielsstrebig um. Fristende dafür ist der 31.12.2005. Um die dort formulierten Ziele zu erreichen sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig.

Art und Länge des Kanalnetzes 2001 nach Baujahren der Kanalabschnitte^{*)}

Baujahr der Kanalabschnitte	Kanallänge insgesamt	davon		
		Mischwasserkanäle	Schmutzwasserkanäle	Regenwasserkanäle
		km		
bis 1960	1 943	366	953	624
1961 - 1970	515	39	283	193
1971 - 1980	1 003	62	563	378
1981 - 1990	990	39	637	314
1991 - 2000	7 816	111	6 672	1 034
ab 2001	942	9	808	126
unbekannt	1 436	119	814	503
Insgesamt	14 645	744	10 730	3 171
Nachrichtlich: Insgesamt 1998	10 679	753	7 624	2 303

*) Kanallängen im Land Brandenburg

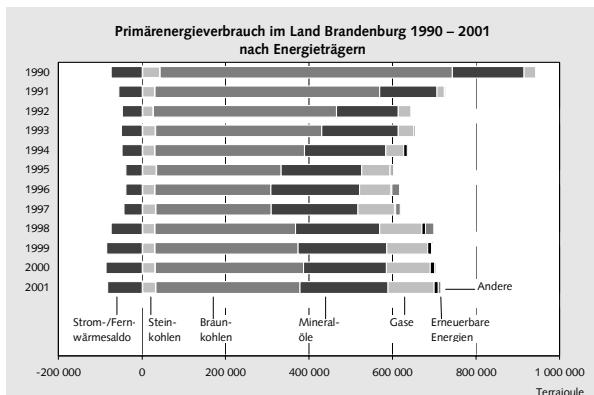
Viola Traeder

Einflussfaktoren der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und der CO₂-Emissionen im Land Brandenburg von 1990 bis 2001

In den Veröffentlichungen „Energiebilanz und CO₂-Bilanz im Land Brandenburg“, die im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik herausgegeben werden, ist die Gewinnung, Umwandlung und der Verbrauch von Energieträgern im Land Brandenburg seit 1990 mit den daraus resultierenden CO₂-Emissionen beschrieben.

Im vorliegenden Artikel soll zusätzlich ein kurzer Überblick über den Einfluss von Temperaturschwankungen und anderen Faktoren auf diese Problematik gegeben werden.

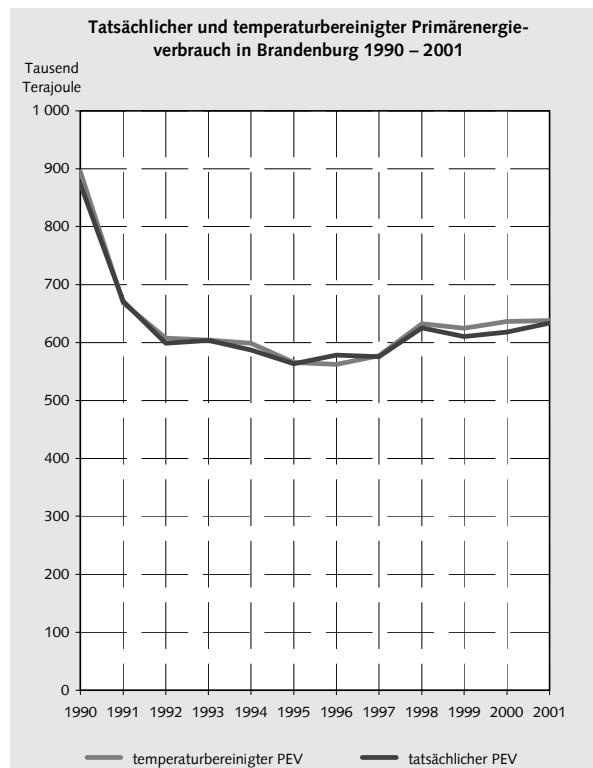
Ausgangsbasis der Untersuchung ist der Primärenergieverbrauch (PEV) des Landes Brandenburg in den Jahren 1990 bis 2001. Er errechnet sich als Summe aus der Gewinnung von Primärenergieträgern, den Bestandsveränderungen und dem Saldo aus Bezügen und Lieferungen aller Energieträger innerhalb des Bundeslandes.



Um die Veränderungen des PEV in den Jahren 1990 bis 2001 objektiv beurteilen zu können, sollten Einflüsse durch Temperatureffekte eliminiert werden. Gemessen an den Gradtagen¹⁾ herrschten beispielsweise über die Jahre 1997 bis 2000 deutlich milder Temperaturen, wohingegen das Klima im Jahr 2001 etwas kühler war. Bezieht man diesen Einfluss in die Berechnung mit ein²⁾, ergibt sich für die wärmeren Jahre ein temperaturbereinigt höherer Primärenergieverbrauch als tatsächlich ausgewiesen. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, dass gegenüber einem definiertem Temperaturniveau insbesondere Heizenergie nicht gebraucht wurde, die aus Mineralöl, Gas oder sonstigen Primärenergieträgern erzeugt worden wäre. Der tatsächliche Anstieg des PEV im Jahr 2001 gegenüber

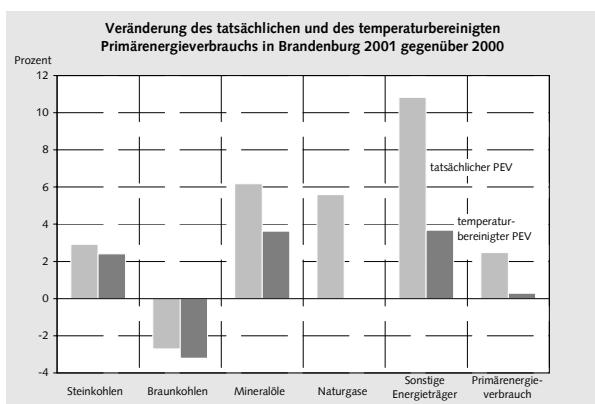
2000 wird dagegen zum großen Teil durch die kühlere Witterung begründet.

Werden die vom DIW ermittelten Korrekturfaktoren zur Temperaturbereinigung angelegt, ergibt sich eine leicht veränderte Kurve der Entwicklung des PEV.



Deutlicher wird der Effekt bei der Betrachtung kurzfristiger Zeiträume, wie bei der Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre und der Differenzierung nach Energieträgern.

1) Die Gradtag sind ein Maß für Temperatureinflüsse. Sie sind definiert als Summe über die Differenzen zwischen einer festgelegten Raumtemperatur und dem Tagesmittel der (Außen-)Lufttemperatur.
2) Quelle: DIW Korrekturfaktoren zur Temperaturbereinigung Deutschland



Da die CO₂-Emissionen in unmittelbarer Beziehung zum Primärenergieverbrauch stehen, ist es sinnvoll, den Einfluss der Temperaturschwankungen auch an dieser Stelle zu untersuchen.

Dabei wird die Quellenbilanz zugrunde gelegt. Sie stellt die Summe der im Land entstandenen energiebedingten CO₂-Emissionen bezogen auf den Primärenergieverbrauch dar. Es werden die Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes verwendet, deren Berechnungsgrundlage der Kohlenstoffgehalt der einzelnen Energieträger ist. Betrachtet werden ausschließlich die bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehenden Emissionen.

Energiebedingte CO₂-Emissionen im Land Brandenburg nach Energieträgern (Quellenbilanz)

Energieträger	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Millionen t												
Steinkohlen	2,6	2,3	2,1	2,3	2,2	2,2	1,8	2,0	1,7	1,7	1,7	1,8
Braunkohlen	68,3	54,1	46,0	42,3	38,9	33,2	30,8	30,7	38,1	38,1	39,5	38,6
Mineralöle ¹⁾	6,4	7,6	8,4	9,5	9,6	10,3	11,1	10,9	11,2	10,7	11,6	12,5
Gase	4,4	2,7	2,4	2,9	3,3	4,9	5,4	6,0	6,9	6,9	7,4	7,8
sonstige	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	1,3	1,1	1,4	1,3	0,1	0,2
Insgesamt	81,9	66,8	58,9	57,1	54,0	50,8	50,3	50,8	59,3	58,8	60,4	60,9
Veränderung in Prozent gegenüber 1990												
Insgesamt	-	-18,5	-28,1	-30,3	-34,0	-38,0	-38,6	-38,0	-27,6	-28,2	-26,2	-25,6

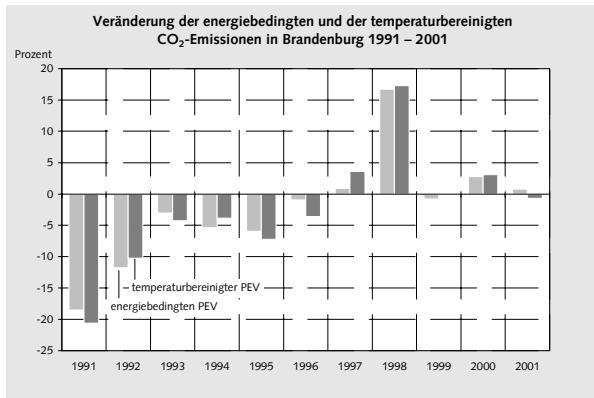
1) inkl. Raffineriegas und Flüssiggas

Temperaturbereinigte CO₂-Emissionen im Land Brandenburg nach Energieträgern (Quellenbilanz)

Energieträger	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Millionen t												
Steinkohlen	2,6	2,3	2,1	2,3	2,2	2,2	1,7	2,1	1,7	1,7	1,7	1,8
Braunkohlen	69,8	53,9	46,6	42,4	39,4	33,3	30,4	30,7	38,2	38,3	39,8	38,7
Mineralöle ¹⁾	6,6	7,6	8,6	9,5	9,8	10,4	10,7	10,9	11,4	10,9	12,0	12,6
Gase	4,6	2,7	2,4	2,9	3,4	4,9	5,1	6,1	7,0	7,3	8,0	7,9
sonstige	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	1,2	1,1	1,4	1,5	0,1	0,2
Insgesamt	83,8	66,5	59,7	57,2	55,0	51,0	49,2	50,9	59,7	59,8	61,7	61,2
Veränderung in Prozent gegenüber 1990												
Insgesamt	-	-20,6	-28,7	-31,8	-34,4	-39,2	-41,3	-39,2	-28,7	-28,6	-26,4	-26,9

1) inkl. Raffineriegas und Flüssiggas

Während sich aufgrund der weggebrochenen Industrieproduktion im Land Brandenburg der Energiebedarf reduzierte und besonders der Anteil der aus Braunkohle erzeugten Energie vermindert wurde, konnte der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 1996 um mehr als 38 Prozent verringert werden, temperaturbereinigt sogar um über 41 Prozent; seitdem steigt er wieder leicht an. In der folgenden Grafik wird der Trend bei der Betrachtung der Entwicklung zum jeweiligen Vorjahr deutlicher.



Es wird ebenfalls deutlich, dass Energiebedarf und damit verbundene Emissionen nicht nur temperaturabhängig sind. Vielmehr sind auch Faktoren, wie Einwohnerentwicklung und Wirtschaftswachstum von entscheidendem Einfluss. So wurden in nachfolgender Tabelle verschiedene Faktoren zusammengeführt, um deren Auswirkungen zu untersuchen.

Angewendet wird hierbei die Methode der Komponentenzerlegung¹⁾.

Es wurde untersucht, in welchem Maße die Entwicklung

- der Bevölkerung (demographische Komponente),
- des Bruttoinlandprodukts je Einwohner (Einkommenskomponente),
- der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität (Energieintensitäts-Komponente) sowie
- des CO₂-Gehaltes des Primärenergieverbrauchs (Energierohstoff-Komponente)

auf die temperaturbereinigten CO₂-Emissionen Einfluss nehmen.

Im betrachteten Zeitraum von 1990 bis 2001 verläuft die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Brandenburg schwankend. 1990 wurden 2,59 Millionen Einwohner gezählt. Das bisherige Minimum mit 97,9 Prozent wurde 1994 erreicht. Im Jahr 2001 lebten 2,60 Millionen Einwohner im Land, das ist eine Entwicklung auf 100,2 Prozent gegenüber 1990.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen, verringerte sich temperaturbereinigt der Primärenergieverbrauch im Zeitraum von 1990 bis 2001 um über ein Viertel, auf 74,2 Prozent. Der geringste PEV je Einwohner wurde 1996 mit nur 63 Prozent gegenüber 1990 ermittelt.

Die temperaturbereinigten CO₂-Emissionen je Einwohner im Jahr 2001 wurden gegenüber 1990 auf rund 73 Prozent gemindert, im Jahr 1996 wurde sogar ein Minimum von 59,7 Prozent erreicht.

Damit wird auch erkennbar, dass neben der Bevölkerungskomponente noch andere Faktoren Einfluss auf die Verringerung der CO₂-Emissionen nehmen.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Brandenburg ist erst ab dem Jahr 1991 möglich, da bisher für 1990 keine Angaben zum BIP vorliegen. Im Zeitraum von 1991 bis 2001 ist das Wirtschaftseinkommen im Land auf 161,2 Prozent gestiegt worden.

Der Aufwand an Primärenergie, gemessen in Petajoule je Milliarde EUR BIP, hat sich von 27,8 im Jahr 1991 auf 17,1 im Jahr 2001 verringert. Diese als „Gesamtwirtschaftliche Energieintensität“ bezeichnete Maßzahl konnte damit auf 61,7 Prozent gesenkt werden, was eine Verringerung an emittiertem CO₂ von 2,5 auf nur noch 1,5 Tonnen je Milliarde EUR BIP zur Folge hatte. Die Gesamtwirtschaftliche CO₂-Intensität wurde damit im genannten Zeitraum auf 57,1 Prozent gesenkt.

Die untersuchten Einflussfaktoren führen zu gegenläufigen Effekten. Durch die Erhöhung der Bevölkerungszahlen im Land Brandenburg, im Zeitraum von 1991 bis 2001 um 1,3 Prozent (demographische Komponente), wäre eine Erhöhung des Energieverbrauchs und damit der Emissionen um 0,9 Millionen Tonnen CO₂ zu erwarten gewesen. Auch die Steigerung der Wirtschaftsleistung, im genannten Zeitraum je Kopf der Bevölkerung um 59,1 Prozent (Einkommens Komponente), bewirkte theoretischen einen Anstieg des Energieverbrauchs und damit der energiebedingten CO₂-Emissionen um 39,8 Millionen Tonnen.

3) Vgl. dazu: Höhere CO₂-Emissionen im Jahre 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/2001

Emissionsmindernd und zwar um 41,1 Millionen Tonnen, wirkt sich dagegen die Steigerung der Energieintensität aus, also der geringere Aufwand an Primärenergie je erzieltes Bruttoinlandsprodukt.

In der Energiemix-Komponente schlägt sich nicht nur die emissionsfreie Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern nieder, hier wirken sich vor allem die Anteile emissionsärmerer bzw. -reicherer Energieträger aus. Während der Anteil der emissionsreichen Braunkohle von 80,1 Prozent 1991 auf 54,6 Prozent im Jahr 2001 zurück ge-

gangen ist, stieg er bei Steinkohle und Mineralöl an. Das emissionsärmere Erdgas und die erneuerbaren Energieträger werden zwar deutlich mehr eingesetzt als noch 1991, machen aber 2001 nur knapp 20 Prozent der Energieträger aus.

Insgesamt ergibt sich im Land Brandenburg im Jahr 2001 gegenüber 1991 temperaturbereinigt eine Verminderung der energiebedingten Emissionen um 5,3 Millionen Tonnen CO₂ gegenüber dem Jahr 1991.

Kennziffern zur Entwicklung von Primärenergieverbrauch und CO₂-Emissionen (Quellenbilanz) In Brandenburg von 1990 bis 2001

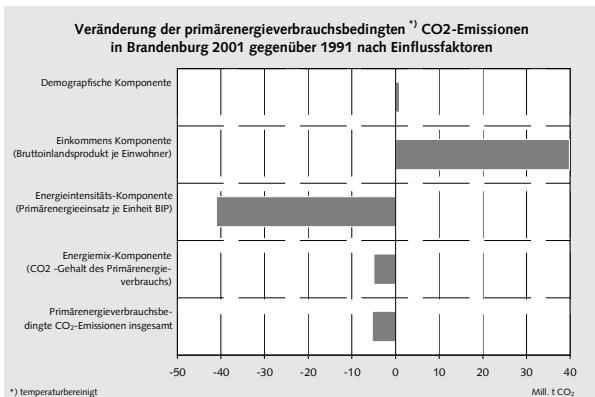
Merkmal	Einheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Einwohner ¹⁾	1 000	2 591,0	2 562,0	2 543,8	2 546,0	2 535,4	2 538,9
Bruttoinlandsprodukt ²⁾ (BIP)	Mrd. EUR	.	26,1	27,8	31,1	34,7	36,6
Primärenergieverbrauch ³⁾ (PEV)	Petajoule	968,6	724,1	655,2	654,3	647,2	604,3
Verbrauch fossiler Energieträger ⁴⁾	Petajoule	964,8	721,9	652,6	651,4	639,0	59539
Anteil emissionsfreier Energieträger am PEV ⁴⁾	Prozent	0,4	0,3	0,4	0,4	1,3	1,4
CO ₂ -Emissionen ⁴⁾	Millionen t	83,8	66,5	59,7	57,2	55,0	51,0
BIP je Einwohner ²⁾	1 000 EUR	.	10,2	10,9	12,2	13,7	14,4
PEV je Einwohner ⁴⁾	Gigajoule	373,8	282,6	257,6	257,0	255,2	238,0
CO ₂ -Emissionen je Einwohner ⁴⁾	t CO ₂	32,3	26,0	23,5	22,5	21,7	20,1
CO ₂ -Gehalt des PEV ⁴⁾	t CO ₂ /Terajoule	86,5	91,9	91,1	87,4	84,9	84,4
Gesamtwirtschaftliche Energieintensität ²⁾	Petajoule/Mrd. EUR BIP	.	27,757	23,593	21,059	18,638	16,495
Gesamtwirtschaftliche CO ₂ -Intensität ²⁾	t CO ₂ /Mill. EUR BIP	.	2 549,5	2 149,9	1 840,2	1 582,6	1 391,7
	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Einwohner ¹⁾	1 000	2 547,5	2 563,4	2 581,7	2 593,8	2 600,5	2 596,5
Bruttoinlandsprodukt ²⁾ (BIP)	Mrd. EUR	38,1	39,0	39,5	41,0	42,3	42,1
Primärenergieverbrauch ³⁾ (PEV)	Petajoule	600,2	620,3	705,9	709,2	722,2	720,2
Verbrauch fossiler Energieträger ⁴⁾	Petajoule	581,0	606,6	677,1	696,9	707,1	703,9
Anteil emissionsfreier Energieträger am PEV ⁴⁾	Prozent	3,2	2,2	4,1	1,7	2,1	2,3
CO ₂ -Emissionen ⁴⁾	Millionen t	49,2	50,9	59,7	59,8	61,7	61,2
BIP je Einwohner ²⁾	1 000 EUR	14,9	15,2	15,3	15,8	16,3	16,2
PEV je Einwohner ⁴⁾	Gigajoule	235,6	242,0	273,4	273,4	277,7	277,4
CO ₂ -Emissionen je Einwohner ⁴⁾	t CO ₂	19,3	19,9	23,1	23,1	23,7	23,6
CO ₂ -Gehalt des PEV ⁴⁾	t CO ₂ /Terajoule	81,9	82,1	84,6	84,3	85,4	85,0
Gesamtwirtschaftliche Energieintensität ²⁾	Petajoule/Mrd. EUR BIP	15,759	15,921	17,852	17,308	17,077	17,126
Gesamtwirtschaftliche CO ₂ -Intensität ²⁾	t CO ₂ /Mill. EUR BIP	1 290,5	1 307,1	1 510,7	1 459,4	1 457,9	1 455,6

1) Mittlere Bevölkerung

2) zu Preisen von 1995

3) inkl. Stromexporte (Saldo)

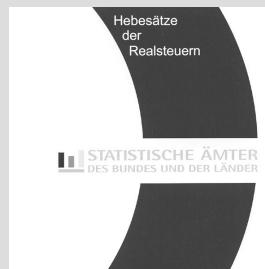
4) Temperaturbereinigt



Wenn auch die temperaturbereinigten primärenergieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen im Land Brandenburg 2001 gegenüber 1990 um 27 Prozent vermindert wurden, so zeigt die Entwicklung seit 1996 doch wieder eine steigende Tendenz. Um dauerhaft den CO₂-Ausstoß zu mindern, ist der Wechsel zu emissionsarmen bzw. erneuerbaren Energieträgern erforderlich aber ebenso dringend ist eine rationelle Energienutzung und -erzeugung sowie Verringerung der gesamtgesellschaftlichen Energieintensität.

Dagmar Kiersch

Realsteuerhebsätze 2002 auf CD-ROM erschienen



Im Land Brandenburg lagen die Hebesätze der Gewerbesteuer im Jahr 2002 zwischen 20 und 450 Prozent. Mehr als die Hälfte der Gemeinden hatten einen Hebesatz von 300 Prozent.

Spitzenreiter ist mit 450 Prozent die kreisfreie Stadt Potsdam. Die Gemeinden Kreuzbruch (Landkreis Oberhavel) und Althüttendorf (Landkreis Barnim) haben als einzige Gemeinden des Landes Brandenburg keinen Hebesatz festgelegt.

Der gewogene durchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer aller Gemeinden und Städte betrug in der Bundesrepublik Deutschland 386 Prozent und im Land Brandenburg 323 Prozent. Das sind in Brandenburg 37 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Die Hebesätze der Realsteuern für sämtliche Gemeinden Deutschlands im Jahr 2002 sind als CD-ROM (Excel-2000, Excel 5.0 bzw. ASCII) erhältlich und können für 40,90 EUR bestellt werden beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lsd-bb.de

Die Wohnsituation in Brandenburg 2002

– Ergebnisse der Mikrozensus-Erhebung –

Im Land Brandenburg gab es im April 2002 1 249,9 Tausend Wohneinheiten in Wohngebäuden. Rund 44 Prozent befand sich in Gebäuden mit einer oder zwei Wohneinheiten. Fast 30 Prozent wurden in den Jahren von 1949 bis 1978 errichtet. Die meisten bewohnten Wohneinheiten waren 40 bis unter 60 oder 60 bis unter 80 m² groß. Durchschnittlich betrug die Wohnfläche je Wohneinheit 80,6 m². Je Familie standen 91,6 m² zur Verfügung. In einer Wohneinheit lebten durchschnittlich 2,2 Personen. 995,5 Tausend Wohneinheiten waren mit einer Sammelheizung ausgestattet. Dabei wurde vorwiegend die Energieart Gas eingesetzt. Die durchschnittliche Bruttokaltmiete je Wohneinheit lag bei 325 EUR und der Quadratmeterpreis bei 5,26 EUR. Über die Hälfte der Hauptmieterhaushalte gaben monatlich weniger als 300 EUR für die Miete aus. Die Mietbelastung betrug im Durchschnitt 20,1 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens, bei den Familien waren es 19,3 Prozent.

Vorbemerkungen

Der Mikrozensus ist eine der größten Haushaltsbefragungen Europas. Einmal jährlich werden im früheren Bundesgebiet seit 1957 und in den neuen Bundesländern sowie Berlin-Ost seit 1991 rund ein Prozent der Haushalte befragt. In Brandenburg sind das etwa 11 Tausend Haushalte.

Das Grundanliegen des Mikrozensus ist es, mit der Befragung und anschließender Hochrechnung der erfassten Daten ein Abbild ausgewählter Lebensbereiche der gesamten Bevölkerung darzustellen, das der Wirklichkeit entspricht.

Nach Auswahl der Haushalte mittels einer mathematisch-statistischen Zufallsstichprobe wird jeder Haushalt vier Jahre befragt. Für das gesetzlich vorgegebene Frageprogramm besteht überwiegend Auskunftspflicht. Es beinhaltet Fragen zu den Lebens- und Familienformen der Personen im Haushalt, zur Erwerbstätigkeit und Ausbildung sowie zu den Quellen des Lebensunterhalts. Zusätzlich werden aller vier Jahre auf freiwilliger Basis Fragen zu weiteren Lebensbereichen gestellt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte und Familien im April 2002. U. a. werden Fragen zur Struktur, Fläche, Nutzungs- und Beheizungsart der Wohneinheiten sowie zum Leerstand beantwortet, aber auch zur monatlich gezahlten Miete nach Haushalts- bzw. Familienstruktur.

Wohneinheiten insgesamt

Im Land Brandenburg wurden im April 2002 1 258,3 Tausend Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften ermittelt. Davon befanden sich 99,3 Prozent in Wohngebäuden. Insgesamt stand annähernd jede 8. Wohneinheit leer.

Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum im April 2002

Wohneinheiten	1 000
Insgesamt	1 258,3
davon in	
Wohngebäuden ¹⁾	1 249,9
sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, Wohnheimen und bewohnten Unterkünften	8,4
Leer stehende insgesamt	165,0
darunter in Wohngebäuden	164,3

1) ohne Wohnheime

In sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, Wohnheimen und bewohnten Unterkünften gab es 8,4 Tausend Wohneinheiten.

In den Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften wohnten 2 389,7 Tausend Personen, 1 098,2 Tausend Haushalte bzw. 696,3 Tausend Familien. Auf die Wohngebäude entfallen je 99,3 Prozent der Personen und Haushalte sowie 99,4 Prozent der Familien. Der Rest der Bevölkerung befand sich in Wohnheimen, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum oder bewohnten Unterkünften. Da diese Gebäudearten im Vergleich zu den Wohngebäuden bei der Wohnungsversorgung der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle einnehmen, beziehen sich die weiteren Auswertungen auf Wohneinheiten in Wohngebäuden ohne Wohnheime, soweit nicht anders bezeichnet.

Wohneinheiten^{*)} im April 2002 nach Baujahr und Gebäudegröße

Baujahr	Wohneinheiten	davon in Wohngebäuden mit ... Wohneinheit(en)			
		1 – 2	3 – 6	7 – 12	13 und mehr
		1 000			
Wohneinheiten insgesamt	1 249,9	549,0	211,6	358,0	131,3
davon errichtet von ... bis ...					
bis 1900	127,1	91,7	26,8	7,6	/
1901 - 1918	97,0	53,8	28,2	13,8	/
1919 - 1948	249,9	157,3	56,6	29,7	6,2
1949 - 1978	373,8	75,8	53,6	187,0	57,4
1979 - 1986	143,6	37,9	7,7	61,6	36,4
1987 - 1990	48,4	12,9	7,8	19,8	7,9
1991 und später	210,1	119,7	30,9	38,5	21,0

^{*)} In Wohngebäuden ohne Wohnheime

Seit 1991 wieder mehr kleine Wohngebäude

Das Baujahr der Wohneinheit ist i. d. R. mit dem Baujahr des Gebäudes identisch. Von 1 249,9 Tausend Wohneinheiten insgesamt wurde knapp die Hälfte in den Jahren von 1919 bis 1978 gebaut. Seit 1991 wurden rund 17 Prozent der Wohneinheiten errichtet. Davon standen 8,6 Prozent leer. Jede 10. Wohneinheit befand sich in Wohngebäuden mit einem Baujahr bis 1900. Hier betrug die Leerstandsrate 14 Prozent, die sich u. a. durch den fehlenden Modernisierungsgrad der Wohngebäude erklären lässt.

In Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohneinheiten befanden sich 549,0 Tausend Wohneinheiten. Davon wurde etwas mehr als ein Viertel bis zum Jahr 1918 gebaut. Von 1919 bis 1978 entstanden knapp 43 Prozent. Nur rund 9 Prozent wurden von 1979 bis 1990 errichtet. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands setzte in Brandenburg eine rege Bautätigkeit für die Errichtung von Wohngebäuden ein. So sind seit 1991 fast 22 Prozent der Wohneinheiten in kleinen Gebäuden neu entstanden.

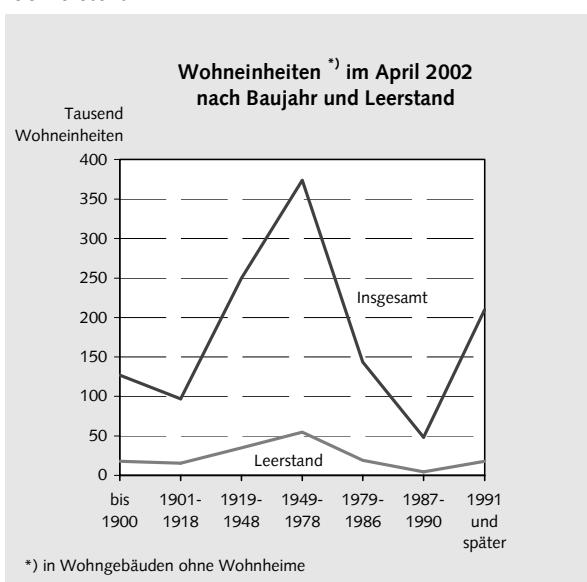
Jede 10. Wohneinheit befand sich in Wohngebäuden mit 13 und mehr Wohneinheiten. Während von den 131,3 Tausend Wohneinheiten in Wohngebäuden mit 13 und mehr Wohneinheiten bis zum Jahr 1948 nur etwas mehr als 6 Prozent gebaut wurden, entfallen auf die Baujahre 1949 bis 1978 fast 44 Prozent. Seit 1991 entstanden 16 Prozent der Wohneinheiten in Gebäuden dieser Größe.

Betrachtet man das Alter der Gebäude nach der Gebäudegröße wird deutlich, dass bis 1948 mehr kleine Wohnge-

bäude und von 1949 bis 1990 vorrangig größere Wohngebäude mit 7 bis 12 Wohneinheiten errichtet wurden. Seit 1991 überwiegen wieder kleinere Wohngebäude. In der Baujahresgruppe seit 2001 ist von allen Gebäudegrößen der Anteil der kleinen Wohngebäude am höchsten (rund 77 Prozent).

13 Prozent Wohnungsleerstand

Insgesamt wurden 164,3 Tausend bzw. 13 Prozent leerstehende Wohneinheiten ermittelt. Ein Drittel davon wurde von 1949 bis 1978 gebaut. Auf die Baujahresgruppen bis zum Jahr 1918 und 1919 bis 1948 entfallen annähernd ein Fünftel. Jede 10. leer stehende Wohneinheit befand sich in seit 1991 errichteten Wohngebäuden. Knapp ein Prozent der leer stehenden Wohneinheiten wurde seit 2001 erstellt.



Nicht nur das Baujahr, sondern auch die Größe des Wohngebäudes ist ausschlaggebend dafür, ob die Wohnseinheit leer steht.

So war die Leerstandsrate bei Gebäuden mit 13 bis 20 Wohneinheiten mit knapp einem Fünftel am höchsten und am niedrigsten bei Gebäuden mit zwei Wohneinheiten mit lediglich 6,3 Prozent.

Wohneinheiten ^{*)} im April 2002 nach Gebäudegröße und Leerstand			
Gebäudegröße	Wohneinheiten	darunter leer stehend	
	1 000	Prozent	
in Wohngebäuden	1 249,9	164,3	13,1
davon mit ... Wohneinheiten			
1	395,2	32,4	8,2
2	153,8	9,7	6,3
3 – 6	211,6	37,4	17,7
7 – 12	358,0	59,8	16,7
13 – 20	57,5	11,2	19,5
21 und mehr	73,8	13,8	18,7

*) in Wohngebäuden ohne Wohnheime

Mehr als ein Drittel der Wohneinheiten von Eigentümern bewohnt

Von den 1 249,9 Tausend Wohneinheiten insgesamt wurden 34,5 Prozent vom Eigentümer bewohnt, 52,3 Prozent waren Mietwohnungen. Die meisten eigengenutzten Wohneinheiten (93,5 Prozent) wurden in Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohneinheit(en) registriert. Hier befanden sich 403,7 Tausend Eigentümerwohneinheiten.

293,2 Tausend Mietwohneinheiten waren in Gebäuden mit 7 bis 12 Wohneinheiten vorhanden. Das waren weniger als die Hälfte (44,8 Prozent) der gesamten Mietwohneinheiten. In Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohneinheit(en) gab es annähernd so viele Mietwohneinheiten wie in Wohngebäuden mit 13 und mehr Wohneinheiten. Gemessen an den Mietwohneinheiten insgesamt waren es jeweils 15,8 Prozent (etwa 103 Tausend).

Mehr Eigentumswohneinheiten vermietet als vom Eigentümer bewohnt

In Wohngebäuden gab es 60,4 Tausend Eigentumswohneinheiten. Somit war jede 20. Wohneinheit eine Eigentumswohneinheit. Der geringere Teil (44,5 Prozent) wurde vom Eigentümer selbst bewohnt, mehr als die Hälfte (55,5 Prozent) wurde vermietet.

Je nach Größe des Wohngebäudes ist die Eigennutzung oder Vermietung unterschiedlich. Von den 20,6 Tausend Eigentumswohneinheiten in Wohngebäuden mit zwei Wohneinheiten waren 60,2 Prozent vom Eigentümer bewohnt. In den Gebäuden mit 3 bis 6 Wohneinheiten wurden von 18,7 Tausend Eigentumswohneinheiten mit 9,1 bzw. 9,6 Tausend etwa gleich viele vom Eigentümer bewohnt und vermietet. In Wohngebäuden mit 7 bis 12 Wohneinheiten wurden 82,0 Prozent vermietet. Damit war hier der Anteil der vermieteten Eigentumswohneinheiten am höchsten.

60 Prozent der bewohnten Wohneinheiten vermietet

Insgesamt waren im Land Brandenburg 1085,6 Tausend Wohneinheiten bewohnt. 39,8 Prozent waren Eigentümer- und 60,2 Prozent Mietwohneinheiten. Mit zunehmender Gebäudegröße stieg der Anteil der vermieteten Wohneinheiten.

Bewohnte Wohneinheiten ^{*)} nach Gebäudegröße und Nutzungsart			
Gebäu-de-größe	Wohnein-hheiten	davon	
		Eigentümer-wohnein-hheiten	Mietwohn-einheiten
		1 000	
in Wohngebäuden	1 085,6	431,6	654,0
davon mit ... Wohneinheiten			
1	362,8	327,1	35,7
2	144,1	76,6	67,5
3 - 6	174,2	19,7	154,5
7 - 12	298,3	5,0	293,2
13 und mehr	106,2	(3,3)	103,1

*) In Wohngebäuden ohne Wohnheime

Unterschiedliche Wohnungsgröße und Belegung in Eigentümer- und Mietwohneinheiten

Die meisten bewohnten Wohneinheiten (etwa je 27 Prozent) waren 40 bis unter 60 oder 60 bis unter 80 m² groß. Nur jede 20. Wohneinheit war kleiner als 40 m². Der Anteil der Eigentümerwohneinheiten an den bewohnten Wohneinheiten insgesamt stieg mit zunehmender Wohnungsgröße. Er war bei den Wohneinheiten mit einer Fläche von weniger als 40 m² mit 4,6 Prozent am geringsten. Bei Wohneinheiten mit 80 bis unter 100 m² betrug er 60,6 Prozent und erreichte bei den größten Wohneinheiten mit 100 und mehr m² sogar 86,9 Prozent.

Von den Eigentümerwohneinheiten insgesamt hatte der überwiegende Teil (263,2 Tausend bzw. 61,0 Prozent) eine Fläche von 100 m² oder mehr. Mietwohneinheiten mit dieser Fläche gab es dagegen nur 6,1 Prozent. Der größte Anteil aller Mietwohneinheiten (272,6 Tausend; 41,7 Prozent) hatte eine Wohnfläche von 40 bis unter 60 m²; mehr als ein Drittel (35,8 Prozent) eine Flächengröße von 60 bis unter 80 m².

Landesweit lag die Fläche der bewohnten Wohneinheiten insgesamt im Schnitt bei 80,6 m². Die Eigentümerwohneinheiten waren mit einer Wohnfläche von 107,8 m² wesentlich größer als die Mietwohneinheiten mit durchschnittlich 62,6 m². Die größten Wohneinheiten befanden sich in Wohngebäuden mit einer Wohneinheit. Dort betrug die Fläche 110,3 m², bei Eigentümerwohneinheiten sogar 112,1 m². Im Vergleich der Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach der Gebäudegröße wurden die größten Unterschiede bei Wohngebäuden mit 13 bis 20 Wohneinheiten festgestellt. Den Mietern standen hier durchschnittlich 51,7 m² zur Verfügung, 29,5 m² weniger als den Eigentümern. Damit waren die Mietwohneinheiten dieser Gebäudegröße am kleinsten. Generell waren die Eigentümerwohneinheiten in jeder Gebäudegrößengruppe größer als die Mietwohneinheiten.

Je Person stand durchschnittlich eine Fläche von 36,8 m² zur Verfügung. In Mietwohneinheiten betrug sie 32,5 m² und war durchschnittlich um 9,2 m² geringer als in Eigentümerwohneinheiten.

Bewohnte Wohneinheiten *) im April 2002 nach Nutzungsart, Wohnfläche und Belegung			
Nutzungsart	Wohnfläche	Personen	
	je Wohneinheit		
	m ²	Anzahl	
Wohneinheiten insgesamt	80,6	2,2	
davon			
Eigentümerwohneinheiten	107,8	2,6	
Mietwohneinheiten	62,6	1,9	

*) in Wohngebäuden ohne Wohnheime

Block- und Zentralheizung dominierte

In Brandenburg waren 995,5 Tausend bewohnte Wohneinheiten mit einer Sammelheizung, also mit einer Fern-, Block- bzw. Zentral- oder Etagenheizung ausgestattet. Damit wurde im April 2002 eine Ausstattungsrate von 91,7 Prozent erreicht. In großen Wohngebäuden war sie am höchsten und betrug in Gebäuden mit 21 und mehr Wohneinheiten 98,3 Prozent. Am niedrigsten war die Aus-

stattungsrate mit 87,5 Prozent in Wohngebäuden mit 3 bis 6 Wohneinheiten.

Von den bewohnten Wohneinheiten hatten 559,5 Tausend eine Block- bzw. Zentralheizung und 354,0 Tausend eine Fernheizung. Nur 7,6 Prozent hatten eine Etagenheizung. Während bei den Eigentümerwohneinheiten mit 77,9 Prozent (336,2 Tausend) ebenfalls die Block- bzw. Zentralheizung dominierte, wurden die Mietwohneinheiten zu 51,8 Prozent (338,7 Tausend) mit Fernheizung beheizt. Davon befanden sich etwas weniger als zwei Drittel in Wohngebäuden mit 7 bis 12 Wohneinheiten.

2001 und später gebaute bewohnte Mietwohnungen waren vollständig mit einer Sammelheizung ausgestattet. Die niedrigste Ausstattungsrate war mit 79,9 Prozent in 1919 bis 1948 errichteten Mietwohneinheiten vorhanden.

88,3 Tausend Wohneinheiten wurden noch mit Einzel- oder Mehrraumöfen beheizt.

Bewohnte Wohneinheiten *) im April 2002 nach Nutzungs- und Heizungsart			
Nutzungsart	Wohn-einheiten	darunter mit	
		Sammel-heizung	Einzel- oder Mehrraum-öfen
		1 000	
Wohneinheiten insgesamt	1 085,6	995,5	88,3
davon			
Eigentümerwohneinheiten	431,6	391,5	38,5
Mietwohneinheiten	654,0	604,0	49,8

*) in Wohngebäuden ohne Wohnheime

Gas überwiegend zur Beheizung eingesetzt

Von 995,5 Tausend bewohnten Wohneinheiten mit Sammelheizung wurden 47,2 Prozent mit Gas und über ein Drittel mit Fernwärme beheizt.

Bei den Mietwohneinheiten war Fernwärme die überwiegend eingesetzte Energieart. Von den 604,0 Tausend Mietwohneinheiten mit Sammelheizung wurde über die Hälfte mit Fernwärme beheizt. Für 35,4 Prozent wurde Gas zum Heizen verwendet.

Bei den Eigentümerwohneinheiten wurden von 391,5 Tausend mit Sammelheizung fast zwei Drittel mit Gas und über ein Viertel mit Heizöl beheizt. In Mietwohneinheiten

fand Heizöl eher selten Anwendung (7,5 Prozent). Bei nur knapp einem Prozent wurden Briketts oder Braunkohle verwendet. In Eigentümerwohneinheiten waren es dagegen noch 2,7 Prozent.



Von 88,3 Tausend Wohneinheiten mit Einzel- oder Mehrraumöfen wurden über zwei Drittel mit Briketts oder Braunkohle und 16,1 Prozent mit Elektrizität beheizt. Der Rest verteilt sich auf die Energiearten Gas (7,5 Prozent), Holz oder sonstige erneuerbare Energien (6,9 Prozent), Heizöl (3,5 Prozent) und Koks bzw. Steinkohle.

Warmwasser vorwiegend mit Gas erzeugt

Zur Warmwasserversorgung liegen für 1 049,7 Tausend bzw. etwa 97 Prozent der bewohnten Wohneinheiten Angaben vor. Die weiteren Aussagen beziehen sich ausschließlich auf diese Wohneinheiten.

Das warme Wasser wurde überwiegend mit Gas erzeugt (44,3 Prozent), gefolgt von den Energiearten Fernwärme (28,0 Prozent), Heizöl (13,3 Prozent), und Elektrizität

(12,4 Prozent). Nur in rund 2 Prozent der Wohneinheiten wurden dafür Briketts bzw. Braunkohle, Koks bzw. Steinkohle, Holz oder sonstige erneuerbare Energien genutzt.

In Wohngebäuden mit einer bis sechs Wohneinheiten war Gas ebenfalls die überwiegend verwendete Energieart. In über der Hälfte dieser Wohneinheiten wurde Gas eingesetzt. In knapp zwei Dritteln der Wohneinheiten in größeren Wohngebäuden wurde das warme Wasser über das Fernwärmennetz aufbereitet. Hier folgte an zweiter Stelle Gas.

Von 415,4 Tausend Eigentümerwohneinheiten mit Angaben zur Warmwasserversorgung wurde in 232,0 Tausend Wohneinheiten (55,8 Prozent) ebenfalls vorwiegend Gas eingesetzt. Als nächstes folgte Heizöl mit 24,2 Prozent und an dritter Stelle stand Elektrizität mit 14,2 Prozent.

Von 634,3 Mietwohneinheiten, für die Angaben vorliegen, erfolgte in 44,8 Prozent die Warmwassererzeugung mit Fernwärme. Hier stand Gas mit 36,7 Prozent an zweiter Stelle, gefolgt von Elektrizität mit 11,2 Prozent.

Monatliche Miete im Schnitt bei 325 EUR

Die Grundlage für die Auswertungen zur Miete bilden 568,2 Tausend reine Mietwohneinheiten in Wohngebäuden (ohne Wohnheime), für die Angaben zu Grundmiete und kalten Betriebskosten vorliegen. Dabei gelten als reine Mietwohneinheiten alle vermieteten Wohneinheiten mit Ausnahme von

- Dienst-, Werks-, Hausmeister- und Stiftswohneinheiten;
- Berufs- und Geschäftsmietwohneinheiten;
- Mietwohneinheiten von Angehörigen ausländischer Streitkräfte, diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen;

Bewohnte Wohneinheiten ¹⁾ im April 2002 nach Nutzungsart, Warmwasserversorgung und Energieart

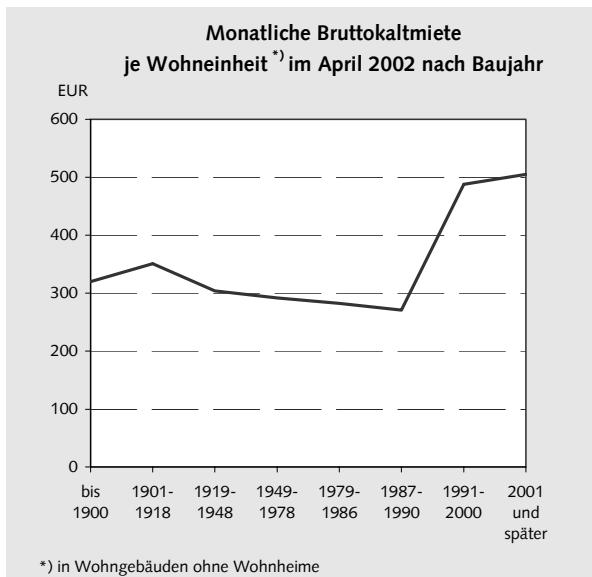
Nutzungsart	Wohn-einheiten	dar. mit Angabe zur Warmwasser-versorgung	darunter mit überwiegend verwendeter Energieart				
			Fern-wärme	Gas	Elektrizität	Heizöl	Briketts, Braunkohle
			1 000				
Wohneinheiten insgesamt	1 085,6	1 049,7	293,5	464,6	130,0	140,1	13,4
davon							
Eigentümerwohneinheiten	431,6	415,4	9,1	232,0	59,1	100,5	7,8
Mietwohneinheiten	654,0	634,3	284,3	232,6	71,0	39,6	5,6

*) In Wohngebäuden ohne Wohnheime

- verbilligt, wegen der finanziellen Vorleistungen ermäßigt oder kostenlos überlassenen Wohneinheiten;
- völlig untervermieteten Wohneinheiten.

Dagegen sind die Wohneinheiten für Bedienstete der öffentlichen Hand in den Zahlenangaben der reinen Mietwohneinheiten enthalten.

Die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete je Mietwohneinheit betrug im Land Brandenburg 325 EUR. Sie lag bei Wohneinheiten, die bis 1990 errichtet wurden, bei 296 EUR und war bei 1991 und später errichteten Wohneinheiten um 193 EUR höher. Die niedrigste Durchschnittsmiete wurde für Wohngebäude, die von 1987 bis 1990 gebaut wurden, ermittelt und betrug 271 EUR. Die höchste Miete im Monat musste mit 505 EUR in Wohngebäuden der Baujahresgruppe 2001 und später gezahlt werden.



Nach der Gebäudegröße differenziert betrug die durchschnittliche Miete in Wohngebäuden mit einer Wohneinheit 550 EUR, mit 13 bis 20 Wohneinheiten 286 EUR. Das war zugleich die höchste bzw. niedrigste Miete monatlich.

Für Wohneinheiten mit einer Fläche von weniger als 40 m² musste eine durchschnittliche Bruttokaltmiete von 180 EUR gezahlt werden. Bei 60 bis unter 80 m² Wohnfläche betrug sie 344 EUR; bei 100 bis unter 120 m² 595 EUR. Die größten Wohneinheiten mit 120 und mehr m² kosteten 764 EUR.

Ein m² Wohnfläche kostet durchschnittlich 5,26 EUR

Ein m² Wohnfläche kostete monatlich durchschnittlich 5,26 EUR. Je nach dem Baualter der Gebäude lag der

Quadratmeterpreis zwischen 4,69 EUR und 6,71 EUR. Je nach der Größe des Gebäudes schwankt er zwischen 4,70 EUR und 5,76 EUR.

Nach der Größe der Wohneinheit differierte der Quadratmeterpreis zwischen 5,20 EUR und 5,60 EUR.

**Durchschnittliche Bruttokaltmiete je m²
Wohnfläche von reinen Mietwohneinheiten^{*)}
im April 2002 nach Wohnfläche und Baujahr**

Wohnfläche	Ins- gesamt	davon mit Baujahr	
		bis 1990	1991 und später
		EUR	
Wohneinheiten insgesamt	5,26	4,96	6,71
davon mit einer Wohnfläche von ... bis unter ... m ²			
unter 40	5,41	5,16	7,33
40 - 60	5,20	5,06	6,62
60 - 80	5,21	4,93	6,79
80 - 100	5,33	4,76	6,51
100 - 120	5,60	4,54	7,05
120 und mehr	5,52	4,59	6,44

*) in Wohngebäuden ohne Wohnheime

Kleine Haushalte wohnten als Hauptmieter, größere als Eigentümer

In 1 092,6 Tausend bewohnten Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum ohne Wohnheime lebten 1 097,4 Tausend Haushalte. 39,6 Prozent waren Eigentümer-, 58,7 Prozent Hauptmieter- und der Rest Untermiethaushalte.

Den größten Anteil an den Haushalten insgesamt machen mit 398,8 Tausend die Zweipersonenhaushalte aus, gefolgt von 344,9 Tausend Haushalten mit einer Person. Diese kleinen Haushalte waren zu 78,7 bzw. 77,3 Prozent Hauptmieter. Personen in Haushalten mit drei und mehr Personen bewohnten ihre Wohneinheiten vorrangig als Eigentümer.

Von 278,2 Tausend Haushalten mit Kind(ern) unter 18 Jahren waren 47,0 Prozent Eigentümer und 51,8 Prozent Hauptmieter.

Bei 819,2 Tausend Haushalten ohne Kind(er) gab es nur 37,1 Prozent Eigentümer und 61,0 Prozent Hauptmieter.

WOHNSITUATION

Haushalte¹⁾ im April 2002 nach der Haushaltsstruktur und Nutzungsart der Wohneinheit

Haushaltsstruktur	Haushalte insgesamt	darunter	
		Eigentümer	Hauptmieter
	1 000		
Haushalte insgesamt	1 097,4	434,7	644,3
davon mit ...			
1 Person	344,9	67,5	266,7
2 Personen	398,8	166,2	227,7
3 Personen	204,6	106,1	96,8
4 Personen	120,7	77,1	42,8
5 und mehr Personen	28,3	17,7	10,4
Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren	278,2	130,8	144,3
davon mit ...			
1 Kind	181,7	80,2	99,2
2 Kindern	80,8	43,9	36,2
3 und mehr Kindern	15,7	6,6	8,8
Haushalte ohne Kind(er)	819,2	303,9	500,1

*) in Gebäuden mit Wohnraum ohne Wohnheime

Hauptmieterhaushalte im April 2002¹⁾ nach Haushaltsstruktur und monatlicher Bruttokaltmiete

Haushaltsstruktur	Haushalte insgesamt ¹⁾	davon mit einer monatlichen Bruttokaltmiete von ... bis unter ... EUR		
		unter 300	300 – 600	600 und mehr
	1 000	Prozent		
Haushalte insgesamt	571,0	52,0	43,0	5,0
davon mit ...				
1 Person	228,7	70,4	28,1	1,5
2 Personen	206,8	46,2	48,6	5,2
3 und mehr Personen	135,5	29,9	59,7	10,5
Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren	131,4	32,0	57,8	10,1
davon mit ...				
1 Kind	91,0	35,4	55,6	8,9
2 Kindern	32,2	25,5	61,8	13,0
3 und mehr Kindern	8,2	20,7	65,9	12,2
Haushalte ohne Kind(er)	439,7	58,0	38,6	3,5

*) in reinen Mietwohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum ohne Wohnheime

1) nur Haushalte mit Angaben zu Grundmiete und kalten Betriebskosten

Nur jeder 5. Haushalt lebte in kleinen Wohneinheiten

Von 1 079,0 Haushalten in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Untermieter und ohne Wohnheime) hatten je 26,9 Prozent eine Wohnfläche von 40 bis unter 60 m² bzw. 60 bis unter 80 m² zur Verfügung. 28,1 Prozent lebten in Wohneinheiten mit 100 und mehr m². In kleinen Wohneinheiten (unter 40 m²) lebte dagegen nur jeder fünfte Haushalt.

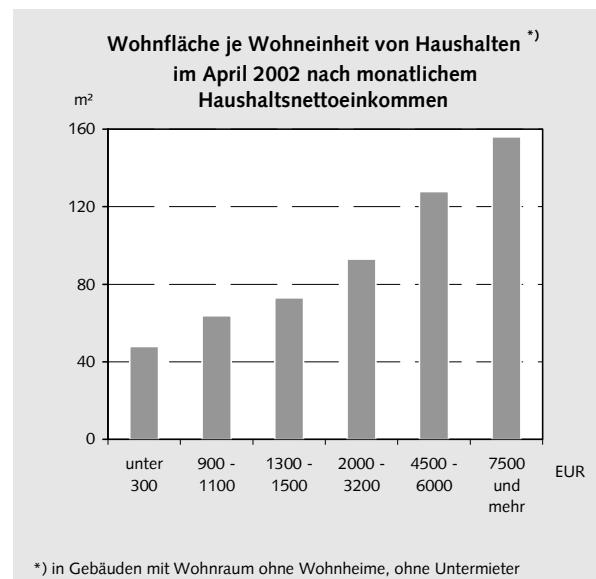
Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohneinheit und Haushalt betrug 80,6 m².

Haushalte *) im April 2002 nach Haushaltsstruktur und Wohnfläche je Wohneinheit	
Haushaltsstruktur	Wohnfläche je Wohneinheit
	m ²
Haushalte insgesamt	80,6
davon mit ...	
1 Person	59,3
2 Personen	80,4
3 Personen	94,6
4 Personen	108,2
5 und mehr Personen	120,2
Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren	97,0
davon mit ...	
1 Kind	92,0
2 Kindern	105,0
3 Kindern	109,4
4 und mehr Kindern	128,4
Haushalte ohne Kind(er)	75,1

*) in Gebäuden mit Wohnraum ohne Wohnheime, ohne Untermieter

Für 275,0 Tausend Haushalte mit minderjährigen Kindern wurde eine durchschnittliche Wohnfläche von 97,0 m² ermittelt. 803,9 Tausend kinderlosen Haushalten standen 75,1 m² zur Verfügung.

Die je Haushalt genutzte Wohnfläche ist vorrangig vom monatlichen Nettoeinkommen des Haushaltes abhängig. So differierte die Wohnfläche zwischen 48 m² bei Haushalten mit weniger als 300 EUR Einkommen und 156,0 m² mit einem Einkommen von über 7 500 EUR. 236,5 Tausend Haushalte mit einem Einkommen von 2000 bis unter 3200 EUR lebten in Wohneinheiten mit durchschnittlich 93,0 m².



Rund 20 Prozent des Einkommens für Miete ausgegeben

Die vorliegenden Angaben der Befragten zur Bruttokaltmiete wurden für 571,0 Tausend Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) ausgewertet.

Davon bezahlten über die Hälfte weniger als 300 EUR. Für 43,0 Prozent der Haushalte insgesamt betrug die Miete 300 bis unter 600 EUR. Jeder 20. Haushalt gab dafür 600 EUR oder mehr aus. Diesen Mietbetrag zahlte auch jeder 10. Haushalt mit minderjährigen Kindern. Für die meisten Haushalte mit Kind(ern) (57,8 Prozent) hatte die Miete eine Höhe von 300 bis unter 600 EUR.

Für 544,8 Tausend Hauptmieterhaushalte liegen Angaben zu Bruttokaltmiete und Haushaltsnettoeinkommen vor. Davon gaben 41,2 Prozent eine monatliche Mietbelastung von weniger als 20 Prozent des Einkommens an. 30,9 Prozent der Haushalte gaben 20 bis unter 30 Prozent des Einkommens für Miete aus. Bei 12,7 Prozent der Haushalte wurde eine Mietbelastung von 40 Prozent und mehr ermittelt.

Unabhängig von der Haushaltsstruktur betrug die durchschnittliche Mietbelastung monatlich 20,1 Prozent des Einkommens. Nach der Haushaltsgröße wurde die höchste Mietbelastung mit 26,6 Prozent bei weiblichen Einpersonenhaushalten festgestellt. Von den Haushalten mit bzw. ohne Kind(ern) waren es die Haushalte mit 4 und mehr Kindern mit 24,6 Prozent.

Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 300 EUR gaben 68,2 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus. Von den Haushalten mit einem Einkommen von 1 500 bis unter 2 000 EUR und 2 000 bis

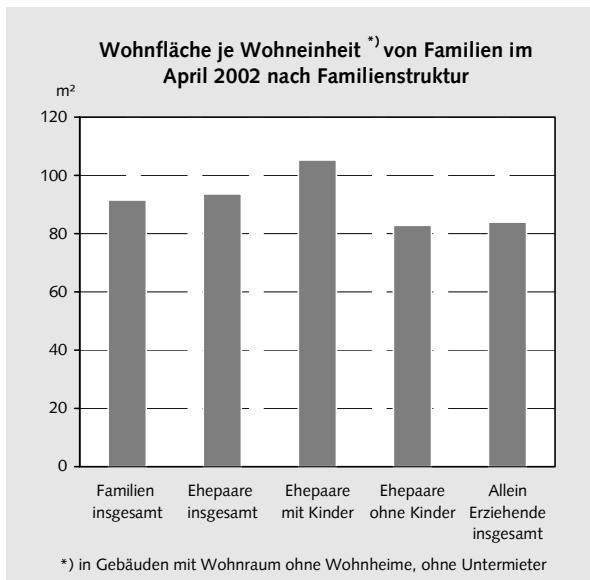
unter 3 200 EUR bezahlten dafür durchschnittlich 19,0 bzw. 15,5 Prozent ihres Einkommens. Das war mehr als ein Drittel (38,4 Prozent) der Haushalte insgesamt mit Angaben zu Bruttokalmtmiete und Einkommen.

Je Familie standen 91,6 m² zur Verfügung

In Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime und ohne Untermieter) lebten insgesamt 688,8 Tausend Familien, darunter 349,0 Tausend als Eigentümer und 339,8 Tausend als Hauptmieter.

Nach der Familienstruktur betrachtet gab es bei den Ehepaaren mit zwei Kindern mit 64,9 Prozent den größten Anteil an Eigentümerwohneinheiten. Allein Erziehende waren über zwei Drittel Hauptmieter, darunter allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren sogar fast drei Viertel.

Je Familie standen durchschnittlich 91,6 m² Wohnfläche zur Verfügung. Ehepaare mit Kindern lebten in Wohneinheiten mit einer Größe von 105,3 m². Die Wohneinheiten der allein Erziehenden waren um 21,3 m² kleiner.



Von den Familien, die Fragen zum Einkommen beantworteten, gaben 55,1 Prozent ein Familiennettoeinkommen von 1,5 bis unter 2,0 Tausend EUR bzw. 2,0 bis unter 3,2 Tausend EUR an; sie verfügten über eine Wohnfläche von 85,1 bzw. 96,8 m².

Höchste Mietbelastung für allein Erziehende mit 2 und mehr Kindern

Von den Familien mit Angaben zur Miete (Bruttokalmtmiete) gaben fast zwei Drittel (64,9 Prozent) eine monatliche Mietbelastung von weniger als 10 Prozent des Familiennettoeinkommens an. Bei den Ehepaaren mit einem minderjährigen Kind waren es 77,9 Prozent und bei allein Erziehenden über ein Drittel. Während nur 3,8 Prozent der Ehepaare mit Kindern 15 bis unter 20 Prozent des Einkommens für die Miete ausgaben, waren es bei den allein Erziehenden 15,1 Prozent.

Durchschnittlich betrug die Mietbelastung aller Familien insgesamt 19,3 Prozent des Nettoeinkommens der Familien. Die höchste wurde für allein Erziehende mit 2 und mehr Kindern mit 32,8 Prozent festgestellt. Ehepaare mit Kindern gaben am wenigsten für die Miete aus und zwar 16,2 Prozent des Einkommens.

Ausblick

Zu den Veränderungen gegenüber der letzten Zusatzerhebung zur Wohnsituation 1998 und zu regionalen Unterschieden im Land Brandenburg erfolgen Ausführungen in einem späteren Beitrag.

Entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union wird der Mikrozensus ab 2005 kontinuierlich unterjährig mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Das gesamte Befragungsvolumen wird dabei gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt. Damit werden Mikrozensusergebnisse vierteljährlich zur Verfügung stehen. Die dafür erforderliche gesetzliche Grundlage befindet sich bereits in parlamentarischer Beratung.

Undine Neumann

Wohneinheiten bestehen aus nach außen abgeschlossenen, zu Wohnzwecken bestimmten, in der Regel zusammenliegenden Räumen in Gebäuden mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften, die die Führung eines eigenen Haushaltes ermöglichen. Wohneinheiten haben einen eigenen Eingang unmittelbar vom Treppenhaus, von einem Vorraum oder von außen. Wohneinheiten können leer stehen oder Ferien-/Freizeitwohneinheiten sein. Zu den Wohneinheiten zählen Wohnungen und sonstige Wohneinheiten. Sonstige Wohneinheiten haben im Unterschied zu den Wohnungen keine Küche bzw. Kochnische. Dazu zählen auch alle Wohneinheiten in bewohnten Unterkünften.

Eine Wohneinheit galt als **leer stehend**, wenn sie am Erhebungsstichtag weder vermietet war, noch vom Eigentümer selbst genutzt wurde und auch keine Ferien- oder Freizeitwohneinheit war.

Eigentümerwohneinheiten sind eigengenutzte Wohneinheiten in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie eigengenutzte Eigentumswohnungen.

Eigentumswohneinheiten sind alle Wohneinheiten, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll. Sie kommen nur in Gebäuden vor, in denen ausschließlich Sonder-eigentum an Wohneinheiten (Wohnungseigentum) und – soweit vorhanden – an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen (Teileigentum) besteht. Eigentumswohneinheiten können vermietet sein (Mietwohneinheiten) oder aber vom Eigentümer selbst bewohnt werden (Eigentümerwohneinheiten). Eigentumswohneinheiten kommen fast ausschließlich in Mehrfamilienhäusern (Geschosswohnungsbaubau) vor.

Die **Fläche einer Wohneinheit** ist die Summe der Grundflächen aller Räume (einschließlich Flur, Korridor, Diele, Vorplatz, Badezimmer, Duschraum, Toilette, Speisekammer usw.). Dabei ist gleichgültig, ob es sich um eine vom Eigentümer oder Mieter selbstgenutzte, untervermietete oder gewerblich genutzte Wohnung handelt. Zur Wohneinheit zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- und Bodenräume. Zur Hälfte berücksichtigt sind Grundflächen von Räumen mit einer lichten Höhe von mindestens einem Meter aber weniger als zwei Meter, unter Schrägen liegende Flächen sowie die Flächen von Balkonen, Loggien und Dachgärten.

Als **Haushalt** (Privathaushalt) zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z. B. Einzeluntermieter). Auch verwandte oder familienfremde Personen können zu einem Haushalt gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnungen wurden unter Umständen mehrfach gezählt. Die Zahl der Haushalte stimmt mit der Zahl der Familien nicht überein, weil es bei den Haushalten zu Doppelzählungen kommen kann. In einem Haushalt können mehrere Familien wohnen.

Als **Familien** im Sinne der amtlichen Statistik zählen Ehepaare ohne und mit Kind(ern) sowie allein erziehende ledige, verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Väter und Mütter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. In einem Privathaushalt können mehrere Familien leben.

Studierende an brandenburgischen Hochschulen im Wintersemester 2002/2003

Die Zahl der Studierenden hat im Wintersemester 2002/2003 mit 37 500 einen neuen Höchststand erreicht. Der Frauenanteil liegt bei 50,6 Prozent. Jeder achte Student besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Fächer der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind seit 1992 stets die bevorzugten Studienrichtungen, allein im Studienfach Betriebswirtschaftslehre gab es im vergangenen Winter 4 068 Studierende. 58,5 Prozent der Studierenden belegten im vergangenen Wintersemester einen Diplom-, 10,3 Prozent einen Magisterstudiengang.

Seit der Einführung neuer Studiengänge an den brandenburgischen Hochschulen, die zu den international anerkannten Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ führen, hat sich die Zahl der Studenten, die sich für diese Studiengänge einschrieben, ständig erhöht. Im Wintersemester 2002/2003 befanden sich 2 125 Studierende in einem Bachelorstudiengang, 908 strebten den Masterabschluss an.

Struktur und Entstehung der brandenburgischen Hochschulen

Nach der Wende gab es im flächenmäßig größten neuen Bundesland weder Fachhochschulen noch Universitäten. In einer Regierungserklärung vom Dezember 1990 wurde der Auf- und Ausbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg zu einem Schwerpunkt der Landespolitik erklärt. Auf der Grundlage des im Juni 1991 verabschiedeten Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurden schon am 15. Juli 1991 die drei Universitäten und zum 22. Oktober 1991 die fünf Fachhochschulen gegründet. Die bereits seit 1954 existierende Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg wurde als Staatliche Hochschule weitergeführt.

1991 entstand auch die erste Verwaltungsfachhochschule des Landes Brandenburg in Bernau; 1993 folgte die zweite in Königs Wusterhausen. Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg entstand 1999, zeitgleich wurde die Hochschule in Bernau geschlossen.

Diese elf Hochschulen werden in die Erhebung der Studierendenstatistik einbezogen und für statistische Auswertungen den folgenden Hochschularten zugeordnet:

- Universitäten
 - Universität Potsdam
 - Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
 - Brandenburgische Technische Universität Cottbus

- Kunsthochschule
 - Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg
- Fachhochschulen
 - (ohne Verwaltungsfachhochschulen)
 - Fachhochschule Brandenburg
 - Fachhochschule Eberswalde
 - Fachhochschule Lausitz (Standorte in Cottbus und Senftenberg)
 - Fachhochschule Potsdam
 - Technische Fachhochschule Wildau
- Verwaltungsfachhochschulen
 - Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Basdorf (ab Sommersemester 1999)
 - Fachhochschule für Finanzen Brandenburg in Königs Wusterhausen (ab Wintersemester 1993/1994)

37 500 Studierende

Im Wintersemester 2002/2003 waren 37 500 Studierende an den brandenburgischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 2 846 oder 8,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Gegenüber dem Wintersemester 1992/1993 stieg die Zahl der Studierenden auf mehr als das Dreifache. In den vergangenen zehn Jahren erhöhte sich jährlich die Zahl der Studierenden durchschnittlich um rund 2 600. Das Durchschnittsalter der Studierenden an den brandenburgischen Hochschulen liegt mit 25,1 Jahren mehr als ein Jahr unter dem Durchschnittsalter aller Studierenden im Bundesgebiet.

Über 50 Prozent aller Studierenden sind Frauen

Etwas mehr als die Hälfte (50,6 Prozent) aller Studierenden in Brandenburg waren im Wintersemester 2002/2003 Frauen; das liegt weit über dem Frauenanteil im ganzen Bundesgebiet, der nur 47,2 Prozent ausmacht.

Bis auf das Wintersemester 2000/2001 – da lag der Frauenanteil bei 49,7 Prozent – studierten in den vergangenen 10 Jahren immer mehr Frauen an den brandenburgischen Hochschulen, wobei in den ersten beiden Berichtsjahren sogar eine Frauenquote von etwa 54 Prozent erreicht wurde.

Zum Wintersemester 2002/2003 hat sich die Zahl der weiblichen Studierenden in Brandenburg gegenüber 1992 fast verdreifacht, sie stieg von 6 445 auf 18 960 an. Die prozentuale Verteilung an den einzelnen Hochschulen ist sehr unterschiedlich, so studierten an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) 61,7 Prozent Frauen, an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) in Cottbus hingegen nur 33,2 Prozent. Bei den Fachhochschulen sind an der FH Potsdam 57,9 Prozent, an der FH Brandenburg nur 27,0 Prozent der eingeschriebenen Studierenden Frauen. Auffallend ist auch der hohe Anteil Frauen (59,4 Prozent), der an der Fachhochschule für Finanzen Brandenburg in Königs Wusterhausen ausgebildet wird.

Studierende im Land Brandenburg in den Wintersemestern 1992/1993 und 2002/2003

Hochschulart Hochschule	Studierende		und zwar							
	1992/1993	2002/2003	weibliche Studierende				ausländische Studierende			
			1992/1993		2002/2003		1992/1993		2002/2003	
			Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent
Universitäten	9 856	25 086	5 621	57,0	13 672	54,5	279	2,8	4 266	17,0
Universität Potsdam	7 404	15 954	4 835	65,3	9 343	58,6	96	1,3	1 190	7,5
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)	460	4 545	231	50,2	2 805	61,7	167	36,3	1 922	42,3
BTU Cottbus	1 992	4 587	555	27,9	1 524	33,2	16	0,8	1 154	25,2
Kunsthochschule	364	641	119	32,7	302	47,1	26	7,1	47	7,3
Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg	364	641	119	32,7	302	47,1	26	7,1	47	7,3
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	1 136	11 293	498	43,8	4 771	42,2	12	1,1	421	3,7
FH Brandenburg	73	2 008	24	32,9	543	27,0	4	5,5	83	4,1
FH Eberswalde	62	1 257	9	14,5	553	44,0	–	–	44	3,5
FH Lausitz										
Standort Cottbus	199	1 171	158	79,4	563	48,1	–	–	22	1,9
Standort Senftenberg	280	1 813	77	27,5	608	33,5	2	0,7	114	6,3
FH Potsdam	314	2 149	210	66,9	1 245	57,9	5	1,6	101	4,7
Technische FH Wildau	208	2 895	20	9,6	1 259	43,5	1	0,5	57	2,0
Verwaltungsfachhochschulen	556	480	207	37,2	215	44,8	–	–	2	0,4
FH der Polizei des Landes Brandenburg in Basdorf ¹⁾	556	310	207	37,2	114	36,8	–	–	2	0,6
FH für Finanzen Brandenburg in Königs Wusterhausen	–	170	–	–	101	59,4	–	–	–	–
Land Brandenburg	11 912	37 500	6 445	54,1	18 960	50,6	317	2,7	4 736	12,6
Nachrichtlich: Deutschland ²⁾	1 834 341	1 930 923	728 850	39,7	912 296	47,2	124 609	6,8	224 159	11,6

1) bis Wintersemester 1998/1999 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Brandenburg in Bernau

2) Quelle: Statistisches Bundesamt (vorläufige Angaben für das Wintersemester 2002/2003)

Natürlich sind die Interessen und Perspektiven für die Studienwahl entscheidend. Nach wie vor interessieren sich weniger Frauen für technische Studien. Zu ihren beliebtesten Studienfächern zählen hingegen Betriebswirtschaftslehre mit 2 136 Studentinnen und Rechtswissenschaft (1 906), gefolgt von Anglistik/Englisch (1 217) und Germanistik/Deutsch (1 159).

Auffallend ist, dass bei einem Gesamtverhältnis von weiblichen zu männlichen Studierenden in Brandenburg von etwa 50 zu 50, dieses bei den Studierenden die ein Lehramt anstreben etwa 75 zu 25 ist. In Deutschland insgesamt ist dieses Verhältnis ähnlich; 67 Prozent aller Lehramtsstudenten sind Frauen (Wintersemester 2001/2002).

Auch bei den Magisterstudiengängen ist der Frauenanteil höher, ebenso bei den Studiengängen, die zum Ersten juristischen Staatsexamen führen (63,7 bzw. 55,9 Prozent).

Anteil ausländischer Studierender stark gestiegen

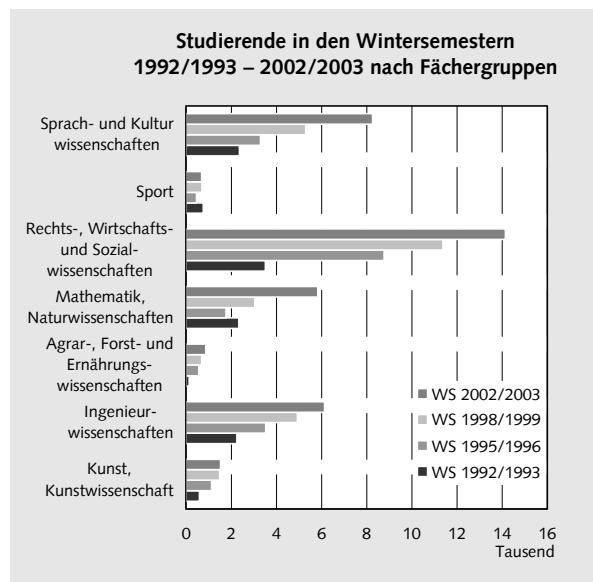
Im Wintersemester 2002/2003 waren an den brandenburgischen Hochschulen 4 736 ausländische Studierende eingeschrieben, mehr als die Hälfte (52,5 Prozent) waren Frauen. Die Ausländerquote an der Gesamtheit der Studierenden erhöhte sich seit 1992 von 2,7 auf 12,6 Prozent.

Der Ausländeranteil ist an den verschiedenen Hochschularten sehr unterschiedlich. Die überwiegende Zahl ausländischer Studierender (90,1 Prozent) sind an den drei Universitäten eingeschrieben.

1 922 Ausländer sind allein an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) immatrikuliert. Dies sind mehr als 40 Prozent aller Studierenden Brandenburgs mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die stetig steigende Anzahl ausländischer Studierender an dieser Universität zeigt, dass großes Interesse an einer internationalen und interdisziplinären Ausbildung besteht. Das entspricht auch dem Konzept einer europäischen Universität, die junge Menschen aus allen Teilen der Welt zusammenführen will. Die Viadrina fungiert als Bindeglied zwischen West- und Osteuropa, sie unterhält Beziehungen zu 140 Einrichtungen auf der ganzen Welt, wobei dem Collegium Polonicum, einer gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtung mit der Universität Poznań besondere Bedeutung zukommt¹⁾. Die meisten der ausländischen Studierenden kamen daher aus Polen, im letzten Wintersemester waren es genau 1 500.

Am stärksten belegte Fächergruppe: Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Seit 1992 sind die Fächer der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stets die bevorzugten Studienrichtungen an den brandenburgischen Hochschulen. Die Zahl der Studierenden in dieser Fächergruppe stieg seit dem Wintersemester 1992/1993 auf das 4-fache und betrug im Herbst 2002 14 146 Studierende. Der Frauenanteil in dieser Fächergruppe liegt mit 7 390 Studierenden bei 52,2 Prozent. Die Spitzenposition beim ersten belegten Studienfach nahm im letzten Wintersemester die Betriebswirtschaftslehre mit 4 068 Studierenden ein, gefolgt von der Rechtswissenschaft mit 3 442 Studierenden.



Internationale Studiengänge im Kommen

Internationale Studiengänge sind nach einer Definition der Kultusministerkonferenz Studiengänge,

- die in Kooperation mit einer ausländischen Partnerhochschule zu einem Abschluss führen, der im Ausland anerkannt wird, zum Beispiel „Bachelor“ oder „Master“,
- die gezielt für ausländische Studierende eingerichtet sind (zum Beispiel auf dem Bachelor aufbauen) und
- bei denen ein erheblicher Anteil der Lehrveranstaltungen in einer Fremdsprache durchgeführt wird.

1) Quelle: Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Das gemeinsame Ziel ist es, deutsche Studierende für den globalen Markt zu rüsten. Auslandserfahrung ist für einen erfolgreichen Berufsstart längst ein Muss und die neuen Studiengänge erleichtern den Wechsel an ausländische Hochschulen. Aber auch ausländische Studierende sollen zum Studium nach Deutschland kommen, denn wer in Deutschland studiert hat, kennt den Markt und die Kultur Deutschlands und kann später besser Kontakt zu deutschen Unternehmen aufnehmen.

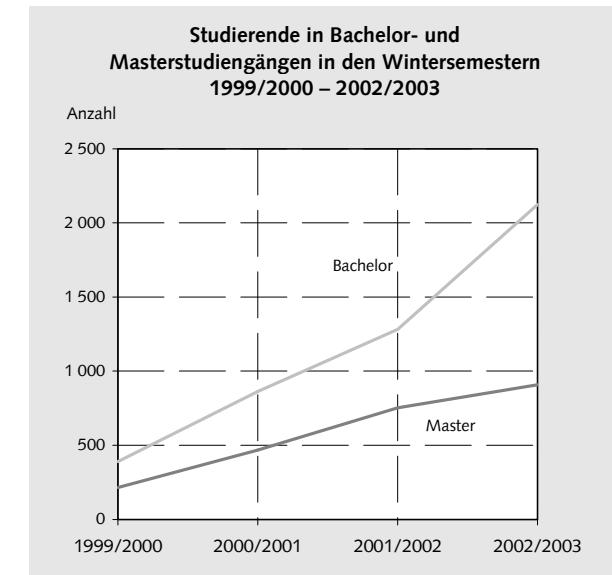
Seit einigen Semestern bieten auch die brandenburgischen Hochschulen diese neue Form des Studiums an, die zu den international anerkannten Abschlüssen Bachelor und Master führen. Hiermit ist ein zweistufiges Studium gemeint, wie es z. B. in den USA und Großbritannien üblich ist. Der erste Studienabschluss (Bachelor oder Bakkalaureus genannt) kann schon nach ca. 6 Semestern erreicht werden; der Masterabschluss in einem ein- bis zweijährigen Studium. In Brandenburg wurde im vergangenen Wintersemester in 16 verschiedenen Bachelor- und in 25 Masterstudiengängen ausgebildet.

Bachelor- und Masterstudiengänge an brandenburgischen Hochschulen im Wintersemester 2002/2003

Hochschule	Bachelor-studiengänge	Master-studiengänge
Universität Potsdam	4	6
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)	2	7
BTU Cottbus	4	4
FH Brandenburg	1	1
FH Eberswalde	1	2
FH Lausitz	2	2
Technische FH Wildau	2	3
Insgesamt	16	25

Bachelor- und Masterstudiengänge werden in unterschiedlichen Stufungsmodellen angeboten:

- grundständig
Der Studiengang wird an der Hochschule nur mit dem Abschluss Bachelor angeboten.
- konsekutiv
Es werden ein Bachelorstudiengang und ein Masterstudiengang angeboten, der inhaltlich auf den Bachelor-Studiengang aufbaut.
- postgradual
Der Master-Studiengang wird ohne einen entsprechenden Bachelor-Studiengang angeboten.



Seit dem Wintersemester 1999/2000 ist es durch die Aufnahme der neuen Abschlussarten Bachelor und Master in die bundeseinheitliche Studenten- und Prüfungsstatistik möglich, die Studierendenzahlen exakt auszuwerten. So hat sich die Zahl der Studierenden, die einen Bachelorabschluss an den Universitäten anstreben, seit 1999/2000 verfünfacht; an den Fachhochschulen stieg sie fast auf das 8-fache. Der Studiengang mit den höchsten Studierendenzahlen, 384 im Wintersemester 2002/2003, wird von der BTU Cottbus im Fach Informations- und Medientechnik angeboten, welcher mit dem Bachelor of Science abgeschlossen werden kann. Der Bachelorstudiengang Kulturwissenschaften der Europa-Universität Viadrina liegt mit 372 Studierenden an zweiter Stelle. Weitere 294 Studierende im Fach Softwaresystemtechnik sind an der Universität Potsdam eingeschrieben, absolvieren ihre Ausbildung aber am Hasso-Plattner-Institut, einer aus privaten Mitteln finanzierten wissenschaftlichen Einrichtung in Form eines An-Instituts der Universität Potsdam.

Bei den Masterstudiengängen stehen auch die Universitäten mit insgesamt 664 Studierenden im Wintersemester 2002/2003 an der Spitze. An den Fachhochschulen waren zur gleichen Zeit 244 Studierende eingeschrieben. Die meisten Studierenden befinden sich im interdisziplinären Master-Studiengang European Studies der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), die diesen Studiengang in Zusammenarbeit mit dem Collegium Polonicum in Słubice ausrichtet.

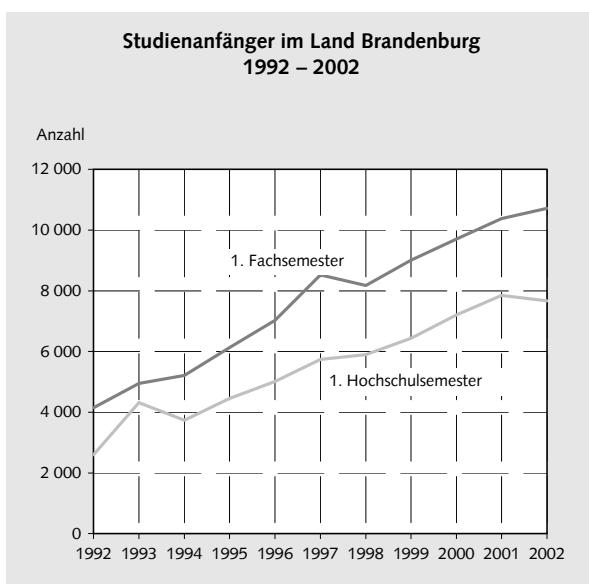
Wie sich die neuen Studiengänge in die Hochschullandschaft Deutschlands langfristig einordnen werden, ob sie irgendwann Diplom, Magister oder Staatsexamen ablösen oder parallel zu den traditionellen Studiengängen angeboten werden, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. Gegenwärtig bereiten die Hochschulen in Brandenburg weitere Bachelor- und Masterstudiengänge vor.

Weniger Studienanfänger im 1. Hochschulsemester

Studierende, die sich erstmals an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden statistisch als Studienanfänger im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte) erfasst. Jeder Studienanfänger kann nur einmal als Erstimmatrikulierter eingeschrieben werden. Auch wenn bereits ein Studium im Ausland oder ein Besuch des Studienkollegs vorangegangen ist, handelt es sich um eine Ersteinschreibung.

Studierende, die sich erstmals oder erneut in einen Studiengang einschreiben, beginnen in der Regel das Studium mit dem 1. Fachsemester. Sie können aber auf Grund ihrer Vor- oder Berufsbildung gleich in ein höheres Fachsemester eingestuft werden. Bundesweit wird bei der Betrachtung der Studienanfänger vom Studienjahr ausgegangen, welches sich zusammensetzt aus dem Sommer- und dem folgenden Wintersemester. Da für viele Studiengänge an den Hochschulen nur zum Wintersemester immatrikuliert wird, beginnen etwa 90 Prozent der Studienanfänger ihr Studium im Wintersemester.

Die Zahl der Studienanfänger im 1. Hochschulsemester stieg ohne Berücksichtigung des Jahres 1994¹⁾ bis 2001 ständig an und erreichte mit 7 847 Studierenden einen Höchststand. Im Jahr 2002 ist nun ein Rückgang um 2,2 Prozent zu verzeichnen, wobei die Zahl der Studierenden insgesamt weiterhin stieg. Das lässt sich damit erklären, dass zum einen die Fachstudiendauer der Erstabsolventen in den letzten Jahren gestiegen ist. Sie lag im Prüfungsjahr 2002 im Durchschnitt bei 10,0 Fachsemestern. Des Weiteren verweilen auch Studierende, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, noch längere Zeit an den Hochschulen, um ein zweites oder ein weiterführendes Studium zu betreiben.



1) Durch die Einführung der 13. Jahrgangsstufe der gymnasialen Oberstufe in Brandenburg gab es sehr wenig Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife

Im Studienjahr 2002 begannen an den brandenburgischen Hochschulen 10 720 Studienanfänger mit dem 1. Fachsemester. 70,1 Prozent davon waren an den drei Universitäten eingeschrieben, allein von der Universität Potsdam wurden 4 881 Studienanfänger gemeldet. An den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) begannen zur gleichen Zeit 2 807 Studierende, an den Verwaltungsfachhochschulen 218 und an der Kunsthochschule 180 Studierende einen Studiengang im 1. Fachsemester.

Ziel der Hochschulausbildung sind überwiegend Diplom- oder Magisterabschlüsse

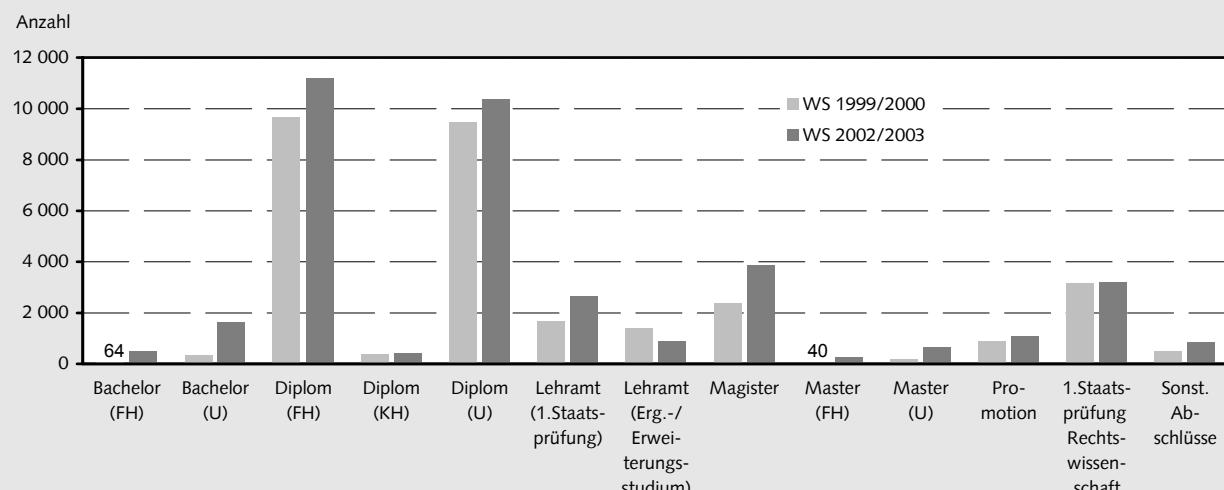
Das Studium in einem Studiengang wird durch Studien- und Prüfungsordnungen bestimmt und führt in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss. Statistisch gesehen wird jeder vom Studierenden belegte Studiengang als Kombination der angestrebten Abschlussprüfung mit dem Studienfach/-fächer erfasst. Dabei gibt die angestrebtene Abschlussprüfung einerseits Auskunft darüber, welcher konkrete Abschluss angestrebt wird (Diplom, Magister, Lehramt, Promotion etc.) und andererseits, in welcher Art der Student das Studium absolviert (Erst-, Zweit-, Aufbaustudium etc.).

Studierende im Wintersemester 2002/2003 im Land Brandenburg nach Art des Studiengangs

Art des Studiengangs	Anzahl Studierende
Erststudium	32 090
Zweitstudium	1 870
Aufbaustudium	788
Ergänzungs-/Erweiterungsstudium	957
Promotionsstudium	1 069
Kontakt-/Weiterbildungsstudium	105
Kein Abschluss angestrebt/möglich	621
Insgesamt	37 500

Die Hochschulabschlüsse werden von den Studierenden überwiegend in grundständigen Studiengängen im Erststudium (85,6 Prozent) angestrebt.

**Studierende im Land Brandenburg in den Wintersemestern 1999/2000 und 2002/2003
nach angestrebter Abschlussprüfung**



Die weitaus meisten Studierenden der brandenburgischen Hochschulen befinden sich in Diplom-Studiengängen. Im Wintersemester 2002/2003 strebten 10 360 der Studierenden an den Universitäten, 11 010 an den Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen) und 572 an der Hochschule für Film und Fernsehen einen Diplomabschluss an; zusammen sind das 58,5 Prozent aller Studierenden. Dieser Anteil ist aber seit dem Wintersemester 1999/2000, als ein Höchststand von 64,8 Prozent Diplomstudierenden zu verzeichnen war, gesunken.

Eine weitere große Gruppe von 3 860 Studierenden strebt den Magisterabschluss an – fast alle an der Universität Potsdam immatrikuliert. Während in den Diplomstudiengängen die Einschreibung nur für ein einziges Fach stattfindet, ist das Magisterstudium stets eine Fächerkombination. Ein Magisterstudiengang besteht entweder aus zwei Hauptfächern oder aus einem Hauptfach und zwei Nebenfächern. Der Anteil der Magisterstudenten ist seit dem Wintersemester 1992/1993 (damals lag er bei 1,5 Prozent) ständig gestiegen und lag im vergangenen Wintersemester bei 10,3 Prozent. Die höchsten Studierendenzahlen findet man im 1. Studienfach für Germanistik/Deutsch (776), gefolgt von Anglistik/Englisch mit 617 Studierenden.

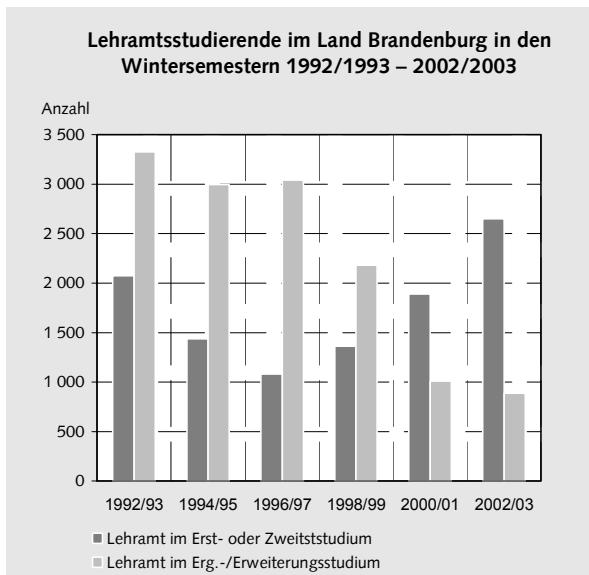
Studiengänge mit dem Abschluss Staatsexamen können ausschließlich an den Universitäten belegt werden. Die Ausbildung gliedert sich in zwei Phasen. Die erste Phase umfasst das Studium und schließt mit der Ersten Staatsprüfung ab. In Brandenburg schließen die künftigen Juristen und Lehrer ihr Studium mit solch einer Berufseingangsprüfung ab. Danach beginnt der zweijährige Vorberiedungsdienst (Referendardienst), welcher mit der Zweiten Staatsprüfung endet. In der Hochschulstatistik wird nur die Erste Staatsprüfung erfasst.

Ein Studium zum Ablegen der Ersten Staatsprüfung für das Studienfach Rechtswissenschaft ist in Brandenburg sowohl an der Universität Potsdam als auch an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) möglich. Nachdem die Anzahl der Jurastudenten in Brandenburg von 1992 bis 1998 auf mehr als das Zweiieinhalfache gestiegen war, ist sie seither fast konstant geblieben und liegt bei 3 200 Studierenden. Prozentual gesehen sinkt der Anteil der Jurastudenten an der Gesamtzahl aller Studierenden seit 1996 und hat im Wintersemester 2002/2003 mit 8,6 Prozent den niedrigsten Anteil erreicht. An der Universität Potsdam studierten im vergangenen Wintersemester 1 809 angehende Juristen, darunter waren 5,0 Prozent Ausländer. Ein anderes Bild zeigt sich an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Hier liegt der Ausländeranteil bei 37,5 Prozent. Von den 1 412 Studierenden kamen im Wintersemester 2002/2003 allein 508 aus Polen.

Wieder mehr angehende Lehrer

Die Lehrerausbildung erfolgt in Brandenburg nur an der Universität Potsdam. Auf der Grundlage des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes vom 25. Juni 1999 können folgende Lehrämter erworben werden:

- Lehramt für die Bildungsgänge der Sekundarstufe I und der Primarstufe an allgemein bildenden Schulen
- Lehramt an Gymnasien
- Lehramt an beruflichen Schulen
- Lehramt für Sonderpädagogik

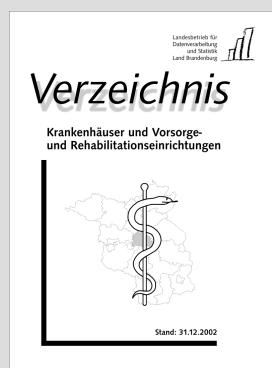


Studierende, welche die Erste Staatsprüfung anstreben, befinden sich in der Regel im Erststudium. 1992 strebten 2 074 Studierende die Erste Staatsprüfung für ein Lehramt an, das waren 17,4 Prozent aller Studierenden in Brandenburg. Die Zahl der angehenden Lehrer sank bis 1996 auf 1 080, das waren nur noch 4,9 Prozent aller Studierenden Brandenburgs. Seit 1997 ist wieder ein Anstieg bei diesen Studierenden zu verzeichnen. Im vergangenen Wintersemester war mit 2 649 die bisherige Höchstzahl erreicht, die 7,1 Prozent aller Studierenden ausmachte.

Wer eine Erste Staatsprüfung für ein Lehramt abgelegt hat bzw. eine Lehrbefähigung nach DDR-Recht besitzt oder Diplom-Lehrer ist, kann Ergänzungs- oder Erweiterungsprüfungen für Lehrämter ablegen. Im Rahmen des Sonderprogramms „Weiterqualifizierung brandenburgischer Lehrer und Lehrerinnen“ kam es kurz nach der Wende zu hohen Einschreiberquoten an der Universität Potsdam. Im Jahr 1992 begannen 3 327 Frauen und Männer ein Studium, welches zu einer Ergänzungs- oder Erweiterungsprüfung führte; das waren 27,9 Prozent aller Studierenden. Diese Zahl hat sich aber ständig verringert und machte im vergangenen Wintersemester mit 887 Studierenden nur noch 2,4 Prozent aller Studierenden Brandenburgs aus. Nach Angaben der Universität Potsdam befinden sich noch lediglich 420 Studierende im o. g. Sonderprogramm.

Karin Rose

Neues Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat ein neues Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Land Brandenburg 2002 herausgegeben. Darin sind alle Einrichtungen, die zur stationären Versorgung der Bevölkerung beigetragen haben, ausgewiesen.

Ende 2002 gab es im Land Brandenburg 51 Krankenhäuser und 28 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Die Gesamtzahl der Krankenhäuser verringerte sich durch die Zusammenführung der Krankenhäuser Gransee mit Templin zum Paritätischen Krankenhausverbund um eine Einrichtung.

Für jede Einrichtung sind Name, Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie wenn vorhanden E-Mail- und Internetadresse ausgewiesen. Es werden auch Name und Art des Trägers ausgewiesen. Aus den Ergebnissen der amtlichen Krankenhausstatistik 2002 wurden die Angaben zur Art der Einrichtung und die aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt nach Fachabteilungen übernommen.

Das Verzeichnis kann für 4,00 EUR bestellt werden beim:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
 Dezernat Informationsmanagement
 Postfach 60 10 52
 14410 Potsdam
 0331 39-418
 E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
 Internet: www.lbs-bb.de

Die Einstellung der Kleinbetriebserhebung ab dem Jahr 2003

Für industrielle Kleinbetriebe (also Betriebe ohne Handwerksvolleneintrag), die nicht zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden auskunftspflichtig sind, wurde jährliche bis 2002 eine statistische Erhebung durchgeführt. Ab dem Jahr 2003 wird diese Erhebung zur Entlastung der auskunftspflichtigen Kleinbetriebe eingestellt. Die Datengewinnung soll zukünftig über das beim Landestrieb für Datenverarbeitung und Statistik bestehende Unternehmensregister in Verbindung mit ergänzenden Daten der Finanzbehörden (Umsatzsteuerpflichtige, Jahresumsatz) und der Bundesanstalt für Arbeit (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) erfolgen.

Die Autoren legen zunächst die Entwicklung der Brandenburger Kleinbetriebe in den Jahren 1995 bis 2002 dar. In diesem Zeitraum verdoppelte sich die Anzahl der Kleinbetriebe. Ihre Jahresumsätze machten 5,7 Prozent im Jahr 2001 am Gesamtumsatz der Industrie (ohne Handwerk) aus. Sie beschäftigten 2002 rund 9 000 Personen.

Der Schwerpunkt des Beitrages umfasst jedoch das Pro und Kontra der neuen Ergebnisgewinnung. Neben dem anvisierten Entlastungseffekt für die Kleinbetriebe ergeben sich nicht nur ein Mehraufwand für die Gewinnung der Daten, sondern auch Informations- und Zeitverluste bei der Bereitstellung der Ergebnisse für den Endverbraucher.

Entlastungseffekte – Informationsverlust – Alternativen

Zur Geschichte der Kleinbetriebserhebung

Seit 1952 wurde jährlich im September eine Erhebung für industrielle Kleinbetriebe im Bundesgebiet durchgeführt. Es wurden zum damaligen Zeitpunkt die nicht durch den monatlichen Berichtskreis erfassten industriellen und bergbaulichen Betriebe mit im allgemeinen weniger als 10 Beschäftigten befragt und die Merkmale „Beschäftigte“ Ende September, „Umsatz“ und „Art der Produktion“ erfasst. Der Fragebogen der Kleinbetriebserhebung enthielt bis einschließlich 1975 auch Fragen zur Eingruppierung der Vertriebenen-, Zugewanderten- und Sowjetzonenflüchtlingsbetriebe. Ziel dieser statistischen Erhebung war es – neben der Aktualisierung von Karteiangaben –, die Größenordnung der nicht monatlich meldenden Industriebetriebe darzulegen sowie den Berichtskreis der monatlichen Statistiken zu aktualisieren.

In den 70er Jahren erfolgten stufenweise Umstellungen der Statistiken im Produzierenden Gewerbe auf ein abgestimmtes System kurz- und längerfristiger Erhebungen.

Der Berichtskreis der Erhebung für industrielle Kleinbetriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erstreckt sich ab September 1977 auf alle industriellen Betriebe (also Betriebe ohne Handwerksrolleneintrag), die nicht zum

Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und Gewinnung von Steinen und Erden auskunftspflichtig sind. Nicht einbezogen sind: Baubetriebe, Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, Handwerksbetriebe. In der Regel werden also Betriebe mit im allgemeinen weniger als 20 Beschäftigten befragt. In einigen Branchen der Steine- und Erdenindustrie sowie des Ernährungsgewerbes wurde abweichend von der vorgenannten Erfassungsgrenze die obere Erfassungsgrenze auf weniger als 10 tätige Personen herabgesetzt. Für den Wirtschaftszweig „Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke“ gilt als Erfassungsgrenze ein Jahreseinschnitt bis höchstens 5000 Kubikmeter Rohholz (im Festmaß).

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurde diese Erhebung auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Mit dem Berichtsjahr 1993 lagen erstmals Daten für das Land Brandenburg vor. Nach 50 Jahren – exakt mit dem Berichtsjahr 2003 – wird diese Erhebung eingestellt. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe und zur Änderung des Gesetzes über die Kostenstrukturstatistik vom 21. März 2002 wird gemäß Artikel 1 Nr. 4 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 4 Satz 1 der Buchstabe C am 1. Januar 2003 aufgehoben. Damit hatte der Bundestag die ersatzlose Streichung festgeschrieben.

Bundesweit werden dadurch rund 76 000 Betriebe und im Land Brandenburg ca. 1 700 Betriebe von einer statistischen Erhebung entlastet.

Warum wurde die Kleinbetriebserhebung eingestellt?

Seit Jahren steht die amtliche Statistik in der Kritik, die kleinen und mittleren Betriebe sowie die Wirtschaft überhaupt über Gebühr mit statistischen Erhebungen zu belasten. Zugegebenermaßen ist das Berichtssystem in der Industrie bzw. im Produzierenden Gewerbe am breitesten ausgebaut und mit detaillierten Angaben und Feingliederungen vollgestopft. Nun muss dabei berücksichtigt werden, dass die Industrie traditionell den größten Beitrag zur Wertschöpfung einer Gesellschaft leistet und daher natürlich besondere Beachtung (auch in der Statistik) verdient. Zudem gibt es Anforderungen der Europäischen Union, die nur wenig Abstriche bei den Statistiken des Produzierenden Gewerbes im nationalen Maßstab zulassen.

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen wird immer wieder gefordert, anstelle der Primärbefragung Daten aus vorhandenen Verwaltungsdateien anderer Behörden zu gewinnen, um damit die Statistikproduktion sekundär zu betreiben.

Mit dem weiteren Fortschritt beim Aufbau des Unternehmensregisters für statistische Verwendungszwecke ist theoretisch die Grundlage geschaffen, um die Kerndaten der Kleinbetriebserhebung aus dem Register zu gewinnen und damit den Informationsverlust annähernd zu kompensieren. So wurde auch der Wegfall der Kleinbetriebserhebung im Gesetzgebungsverfahren begründet.

Die ersatzlose Streichung bedeutet aber auch, dass aus dem Unternehmensregister keine vergleichbaren Ergebnisse im Verhältnis 1 zu 1 bereitgestellt werden können.

Welche Informationen wurden für Brandenburg bereitgestellt?

Im folgenden sollen die bisherigen Ergebnisse der Kleinbetriebserhebung des Landes Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2002 betrachtet werden.

Es wurden – wie bereits erwähnt – Angaben zu den tätigen Personen und zum Gesamtumsatz erfragt. Bei den Beschäftigten waren alle Ende September tätigen Inhaber/-innen und tätige Mitinhaber/-innen, unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Angestellte, Arbeiter/-innen sowie Auszubildende anzugeben. Der Umsatz (einschließlich Umsatz aus Handelsware, aus Reparaturen, Lohnarbeiten, Lohnveredlung, Installation und Montagen, aber ohne Umsatzsteuer) wurde für den Monat September sowie für das gesamte Vorjahr erfragt.

Die Anzahl der Kleinbetriebe hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt

Die Anzahl der Kleinbetriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs (ohne Handwerksbetriebe) hat sich von 671 im Jahre 1995 auf 1 457 im Jahre 2002 erhöht. Damit beträgt der Anteil der Kleinbetriebe an den Betrieben insgesamt Ende September 2002 rund 62 Prozent.

Gemessen an den Beschäftigten der Betriebe insgesamt sind im Jahr 2002 bei den Kleinbetrieben 10,5 Prozent tätige Personen vorhanden.

Brandenburger Kleinbetriebe 1995 – 2002 nach ausgewählten Merkmalen ^{*)}				
Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäftigten
	Anzahl		1 000 EUR	EUR
1995	671	5 939	49 827	8 390
1996	728	5 807	52 842	9 100
1997	736	5 711	58 352	10 217
1998	985	6 987	65 620	9 392
1999	1 109	7 819	76 603	9 797
2000	1 229	8 113	72 183	8 897
2001	1 558	10 119	108 263	10 699
2002	1 457	9 051	99 491	10 992

^{*)} Berichtsmonat September

Die Betriebsgröße der Kleinbetriebe beträgt im Jahr 2002 durchschnittlich 6 Personen, 1995 waren es noch 9 Personen. Der Umsatz je Beschäftigten erreicht im September des Jahres 2002 10 992 EUR, ein Drittel mehr als im Vergleichsmonat 1995. Die in den Kleinbetrieben erzielte Produktivität liegt jedoch um 33 Prozent unter der in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten realisierten Produktivitätshöhe (16 332 EUR).

Am Landesergebnis sind die 262 Hersteller von Metallerzeugnissen mit ihren 1 725 Beschäftigten anteilig (19 Prozent) am stärksten vertreten.

Beobachtet man die Entwicklung der Kleinbetriebe nach Wirtschaftszweigen, so ist insbesondere die Anzahl der im Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von beispielten Ton-, Bild- und Datenträgern tätigen Betriebe aber auch die Anzahl der Hersteller von Metallerzeugnissen angestiegen. In diesen beiden Wirtschaftszweigen wuchs die Zahl der Betriebe von 1995 bis 2002 um das 2,5-fache, dagegen hat sich die Beschäftigtenzahl nicht mal verdoppelt.

Rund 43 Prozent der Beschäftigten in den Kleinbetrieben arbeiten im Jahr 2002 in Betrieben mit einer Betriebsgröße von 10 bis 19 Beschäftigten. 1995 betrug der Anteil noch 46 Prozent. In dieser Beschäftigtengröße dominieren die Wirtschaftszweige „Herstellung von Metallerzeugnissen“ und „Maschinenbau“. In den Betrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten hat sich der Beschäftigtenanteil von 9 Prozent im Jahr 1995 auf 17 Prozent im Jahr 2002 deutlich erhöht. Die von den Kleinbetrieben erzielten Jahresumsätze machten 1995 an der gesamten Industrie (ohne Handwerk) 4,5 Prozent aus. Im Jahr 2001 betrug der Anteil 5,7 Prozent. Jahresumsätze für 2002 werden zum Vergleich - zumindest aus einer Erhebung - nicht mehr vorliegen.

In den Wirtschaftszweigen Recycling (33,9 Prozent), Bekleidungsgewerbe (31,3 Prozent) und Herstellung von Metallerzeugnissen (22,5 Prozent) waren die Umsatzanteile überdurchschnittlich hoch. Relativ konstant blieben im Vergleich über mehrere Jahre die Umsatzanteile im Wirtschaftszweig „Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern“, im Wirtschaftszweig „Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung“ sowie auch im Wirtschaftszweig „Recycling“.

Entwicklung industrieller Kleinbetriebe (ohne Handwerk) in Brandenburg von 1995 bis 2002 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Industriellen Kleinbetriebe Ende September							
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anzahl							
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	29	29	27	34	32	36	53	49
Kohlenbergbau, Torfgewinnung,	-	3	2	3	3	3	3	2
Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-
Erzbergbau	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	29	26	25	31	29	33	50	47
Verarbeitendes Gewerbe	642	699	709	951	1 077	1 193	1 505	1 408
Ernährungsgewerbe	30	33	35	46	46	56	72	80
Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-	-
Textilgewerbe	15	12	17	17	17	18	23	19
Bekleidungsgewerbe	5	7	7	7	8	9	10	11
Ledergewerbe	3	3	5	5	4	4	4	2
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	52	54	55	67	76	71	92	91
Papiergewerbe	6	7	8	11	12	14	14	12
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	85	113	122	160	166	199	234	208
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	-	-	-	-	-	-	1	1
Chemische Industrie	15	18	20	55	31	44	47	42
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	56	48	41	55	69	75	103	94
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	73	70	68	88	105	113	133	113
Metallerzeugung und -bearbeitung	5	5	6	8	9	8	8	11
Herstellung von Metallerzeugnissen	105	100	104	148	189	207	276	262
Maschinenbau	46	58	58	77	86	91	123	112
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2	2	3	3	3	3	8	8
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	28	34	34	50	48	53	62	59
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	14	15	17	24	23	26	46	28
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	26	37	34	44	58	67	85	84
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	6	2	4	5	8	7	10	8
Sonstiger Fahrzeugbau	10	12	9	12	11	18	16	17
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	18	16	19	27	32	38	49	53
Recycling	42	53	47	72	76	72	89	93
Land Brandenburg	671	728	736	985	1 109	1 229	1 558	1 457

**Beschäftigte in industriellen Kleinbetrieben in Brandenburg Ende September 2002
nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Beschäftigte in Betrieben mit ... Beschäftigten				
	1 – 4	5 – 9	10 – 19	über 20	Insgesamt
	Anzahl				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	84	76	56	–	216
Verarbeitendes Gewerbe	1 488	2 075	3 848	1 424	8 835
Ernährungsgewerbe	77	185	169	48	479
Tabakverarbeitung	–	–	–	–	–
Textilgewerbe	22	36	53	20	131
Bekleidungsgewerbe	7	22	55	–	84
Ledergewerbe	–	–	–	–	–
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	119.	98	173	22	412
Papiergewerbe	–	–	48	–	81
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	249	247	303	63	862
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	–	–	–	–	–
Chemische Industrie	49	66	180	24	319
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	100	205	285	211	801
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	164	149	228	20	561
Metallerzeugung und -bearbeitung	–	–	95	28	144
Herstellung von Metallerzeugnissen	268	261	771	425	1 725
Maschinenbau	70	193	571	143	977
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	8	–	–	–	35
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	57	100	192	21	370
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	32	37	73	25	167
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	90	168	247	21	526
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	–	–	–	70	112
Sonstiger Fahrzeugbau	–	–	34	58	121
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	58	74	53	24	209
Recycling	76	163	249	201	689
Land Brandenburg	1 572	2 151	3 904	1 424	9 051

**Anteil der von den Kleinbetrieben erzielten Jahresumsätze 1995 – 2001
an der gesamten Industrie (ohne Handwerk) Brandenburgs nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	1995	2000	2001
	Prozent		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2,5	5,1	5,5
Verarbeitendes Gewerbe	4,7	6,2	5,7
Ernährungsgewerbe	1,5	3,1	2,4
Tabakverarbeitung	–	–	–
Textilgewerbe	24,2	16,1	10,5
Bekleidungsgewerbe	5,1	21,9	31,3
Ledergewerbe	–	–	–
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	11,7	8,1	8,0
Papiergewerbe	0,6	2,0	0,7
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	15,6	17,0	17,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	–	–	–
Chemische Industrie	1,7	6,0	2,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	12,0	11,8	9,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	10,8	10,2	10,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,7	0,7	1,5
Herstellung von Metallerzeugnissen	12,3	21,1	22,5
Maschinenbau	8,1	10,6	8,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	–	–	3,7
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	13,0	10,6	15,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	24,9	15,2	5,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	4,3	15,4	17,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	–	1,6	2,0
Sonstiger Fahrzeugbau	1,3	0,2	0,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	2,3	5,6	5,4
Recycling	37,0	30,0	33,9
Land Brandenburg	4,5	6,2	5,7

Alternative Datengewinnung durch das Unternehmensregister

Auf der Grundlage des Statistikregistergesetzes erhalten die Statistischen Landesämter von den Finanzbehörden jährlich die Dateien der Umsatzsteuerpflichtigen mit dem jeweiligen Jahresumsatz und von der Bundesanstalt für Arbeit die Dateien der Betriebe mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres. Diese fließen in das Unternehmensregister ein.

Das Unternehmensregister, das nun inzwischen so gut wie vollständig aufgebaut ist, soll die durch den Wegfall der Kleinbetriebserhebung entstandene Informationslücke schließen. Kann es das wirklich und inwieweit sind die Daten vergleichbar?

Methodische Unterschiede ergeben Informationsverluste

Es ergeben sich bei einer Registerauswertung zur bisherigen Erhebung folgende Unterschiede:

- Der aktuell verfügbare Umsatz ist nicht vom September sondern der Umsatz des ganzen Jahres.
- Der Umsatz bezieht sich nicht auf den Betrieb im Sinne einer örtlichen Einheit, sondern ist der Umsatz des gesamten Unternehmens.
- Die Beschäftigten sind nicht mehr die im September des Berichtsjahres tätigen Personen, sondern die zum Stichtag 31.12. Außerdem handelt es sich nicht um die tätigen Personen insgesamt sondern nur um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der jeweils gültigen Abgrenzung des Sozialversicherungsrechts.
- Die wirtschaftliche Tätigkeit wird nicht noch einmal im Zuge der Erhebung überprüft, sondern wird nur so übernommen, wie sie im Unternehmensregister gespeichert ist.

Damit wird deutlich, dass es nicht möglich ist, die bisherigen Ergebnisse aus der Kleinbetriebserhebung im Verhältnis 1 zu 1 zu rekonstruieren. Es sind für Umsatz und Beschäftigte immer nur Unternehmensdaten verfügbar und dann auch nur von Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau einschließlich der Gewinnung von Steinen und Erden liegt. Für industrielle Kleinbetriebe von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige wären aus dem Register nur die Beschäftigten zu gewinnen, da Umsatzangaben nicht für Betriebe verfügbar sind.

Die Umstellung auf Unternehmensergebnisse und der eventuell notwendige Verzicht auf die Angaben der industriellen Kleinbetriebe von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige dürfte allerdings nur zu geringen Informationsverlusten führen, da die überwiegende Anzahl der Kleinbetriebe auch gleichzeitig sogenannte Einbetriebsunternehmen sind und die Zahl industrieller Kleinbetriebe anderer Wirtschaftszweige im bisherigen Berichtskreis eher unbedeutend war.

Warum sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht gleich die tätigen Personen?

Eine nicht geringe Anzahl von Unternehmen hat nur Umsatzangaben ohne Beschäftigte. Es kann aber nicht immer unterstellt werden, dass es sich um Ein-Mann-Unternehmen handelt. Ein geeignetes Schätzverfahren, um von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Zahl der tätigen Personen zu kommen muss erst noch entwickelt werden. Gerade im unteren Bereich der zahlenmäßig Beschäftigten wird man wohl bei den Ergebnissen auf die bisherige Feingliederung verzichten müssen, da z. B. kleine Familienbetriebe 3-5 tätige Personen haben können, ohne dass ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter gemeldet wird.

Wie verlässlich sind die Wirtschaftszweigangaben?

In all den Jahren der Kleinbetriebserhebung war die Überprüfung des Wirtschaftszweiges ein Schwerpunkt. Hier konnte sich im Laufe eines Jahres schon sehr viel ändern. Gerade die kleinen Unternehmen sind gezwungen, ihr Produktions- und Leistungsprofil der aktuellen Markt-situation anzupassen und damit den Wirtschaftszweig zu wechseln. Schnell wird da aus einem Produzenten eines Erzeugnisses ein Händler, da die bisher selbst erzeugten Produkte aus dem Ausland billiger zu beziehen sind und der Handel damit unter Umständen profitabler wird als die mühevolle Eigenherstellung. Im ländlichen Bereich wird aus einem Metzger, der nebenbei Zimmer vermietet auch mal eine Pension mit Party-service. Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Die kurze Tätigkeitsbeschreibung auf dem Erhebungsformular war nicht immer eindeutig und es erforderte zahlreiche Rückfragen für die Zuordnung des Wirtschaftszweiges.

Durch den Wegfall der Primärerhebung besteht diese Möglichkeit der Wirtschaftszweigüberprüfung nun nicht mehr. Folglich wird der Wirtschaftszweig beibehalten, der auf Grund der letzten Befragung festgestellt wurde.

Bei den Kleinunternehmen ist eine relativ große Fluktuation zu beobachten, so dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Jahr zu Jahr aus der Beobachtungsgesamtheit herausfällt und dafür neue Einheiten hinzukommen. Werden diese Einheiten nun vorrangig aus der Datei der Umsatzsteuerzahler in das Register aufgenommen, erhalten sie den Wirtschaftszweig, den das Finanzamt ermittelt hat; stammen sie aus der Datei der Bundesanstalt für Arbeit gilt der Wirtschaftszweig, den die Betriebsnummernvergabeinstelle des Arbeitsamtes festgestellt hat. Zu einer Überprüfung dieser ggf. unterschiedlichen Wirtschaftszweigangaben sind die Statistischen Landesämter – außer bei sehr unplausiblen Abweichungen –, im Rahmen der Registerführung nicht verpflichtet.

Notwendigkeit der periodischen Wirtschaftszweigüberprüfung

Erstmals wurden ab dem Berichtsjahr 2001 aus Fremddaten in das Unternehmensregister aufgenommene Betriebe mit der Kleinbetriebserhebung befragt. Das waren rund 600 in den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes verschlüsselte Betriebe, die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik nicht vor der eigentlichen Erhebung überprüft werden konnten. Im September 2001 wurden insgesamt 2 175 Betriebe mit einem Erhebungsbogen beschickt. Zusätzlich wurde ein Blatt zur Ermittlung des Wirtschaftszweiges versandt. Beim Rücklauf stellte sich heraus, dass 28 Prozent der Befragten nicht für Erhebungen des Verarbeitenden Gewerbes zutreffend waren.

Die erstmalig in die Erhebung einbezogenen Betriebe waren teils verwundert über ihre Tätigkeitszuordnungen, etliche existierten schon nicht mehr oder waren nicht auffindbar. Im Endeffekt blieben für das Jahr 2001 noch 1 558 Betriebe mit 10 119 Beschäftigten übrig. Im Jahr 2002 sah es ähnlich aus. Von den 1953 in die Erhebung einbezogenen Betriebe waren 1 457 „echte“ Kleinbetriebe. 25 Prozent nicht mehr zutreffende Firmen wurden in einen anderen Wirtschaftszweig umsigniert, waren nicht mehr existent oder in der Handwerksrolle eingetragen. Die Handwerksbetriebe mussten absortiert werden, da sie nicht in die Aufbereitung der Kleinbetriebserhebung einbezogen werden durften.

Es besteht also die Befürchtung, dass die Wirtschaftszweiggliederung der kleinen Unternehmen nicht mehr durch die Statistik festgestellt wird, sondern zunehmend fremdbestimmt ist. Aus den bisherigen Erfahrungen der Berichtskreispflege aus den Registerzugängen aus Fremddateien kann geschlossen werden, dass damit eine Qualitätsverschlechterung der Ergebnisse nach der Wirtschaftsgliederung bzw. damit Verfälschung der Angaben in der Abgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes eintreten dürfte. Eine Untergliederung der Angaben unterhalb des Wirtschaftszweiges – 2-Stellers ist registerseitig zwar verfügbar, aber unter dem Qualitätsaspekt nicht ratsam.

Die Problematik der Wirtschaftszweigbestimmung und – Überprüfung durch die Statistik wird durch weitere Einstellungen von Primärerhebungen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das in Vorbereitung befindliche Verwaltungsdatenverwendungsgesetz geht davon aus, dass Verwaltungsdaten den bei der Statistik gespeicherten Stammdatensätzen von Wirtschaftseinheiten zum Zwecke der Statistikerstellung zugeordnet werden, weil der bei der Statistik im Unternehmensregister gespeicherte Wirtschaftszweig der Präzisere sei. Werden aber diese Stammdaten aus den gleichen Verwaltungsdateien gewonnen und ohne Überprüfung verwendet, dann ist das über den Umweg des Registers ermittelte Ergebnis hinsichtlich seiner Wirtschaftszweiggliederung nicht besser als das direkt aus den Verwaltungsdateien gewonnene.

Lückenschluss durch Registerauswertung

Die Kleinbetriebserhebung wird von „Nostalgikern“ auch immer noch als „Totalerhebung“ bezeichnet, obwohl sie das seit der Reform im Jahr 1977 längst nicht mehr ist. Es wurde immer wieder beklagt, dass die Angaben des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau einschließlich der Gewinnung von Steinen und Erden und die Ergebnisse der industriellen Kleinbetriebserhebung durch den Ausschluss der Handwerksunternehmen aus dieser Erhebung immer noch keine vollständige Strukturabbildung nach der Wirtschaftszweiggliederung, der regionalen Verteilung und Größengruppierung dieser Wirt-

schaftsabteilungen ermöglichten. Diesen Mangel kann eine künftige Registerauswertung auf jeden Fall beseitigen. Es ist aus dem Register heraus leicht möglich, diese Angaben für alle Wirtschaftsabteilungen zu liefern und die Handwerksunternehmen als Darunterposition auszuweisen. Diese Möglichkeit sollte als großer Gewinn der Nutzung des Unternehmensregister betrachtet werden, so dass die eingangs beschriebenen methodischen Abweichungen etwas weniger ins Gewicht fallen.

Wann ist mit den ersten „Kleinbetriebsergebnissen“ aus dem Unternehmensregister zu rechnen?

Die Kleinbetriebserhebung wurde im September 2002 letztmalig durchgeführt, die Ergebnisse lagen im April 2003 vor und wurden im Statistischen Bericht EI1-j/02 und EI7-j/02 „Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2002“ veröffentlicht.

Im Frühjahr 2004 werden die Empfänger auf Daten des Jahres 2003 über die Kleinbetriebe vergeblich warten.

Das Unternehmensregister wird, wie bereits erwähnt, aus den Dateien der Finanzverwaltung und der Arbeitsverwaltung gespeist und mit den entsprechenden Merkmalen aktualisiert. Durch gesetzliche Abgabefristen von Meldungen gegenüber diesen Behörden und den sich anschließenden mehrstufigen Verarbeitungs- und Umformungsarbeiten der Dateien entstehen lange Zeiten, bis die Daten im Unternehmensregister ankommen und von dort ausgewertet werden können.

Gegenwärtig sind die Daten des Jahres 2001 im Unternehmensregister enthalten, das Jahr 2002 wird im nächsten Sommer eingearbeitet sein. Frühestens im Sommer 2005 sind dann aktuellere Angaben als bereits veröffentlicht, verfügbar. Auch hier zeigt sich der Preis für die Endnutzer der Daten durch die Entlastung der auskunftspflichtigen Kleinbetriebe. Nicht alles, was einfacher scheint, geht auch schneller.

Berichtskreispflege für den Monatsbericht muss neu geregelt werden

Ein weiterer wichtiger Aspekt der jährlichen Kleinbetriebserhebung war – neben der Ermittlung bzw. Überprüfung des Wirtschaftszweiges – die Gewinnung von sogenannten Aufsteigern in die Erhebung zum Monatsbericht und zur Produktion. Bislang wurde ein Betrieb zum Aufsteiger, wenn er in der Kleinbetriebserhebung 20 und mehr Beschäftigte meldete. Für ausgewählte Wirtschaftszweige mit besonderer kleinbetrieblicher Struktur lag die Grenze bei 10 und mehr Beschäftigten bzw. es galten gänzlich andere Bedingungen.

Im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg wurde diese Auswahl nicht zu eng betrachtet. Firmen, die im September knapp über der vorgesehene Bemessengrenze lagen, wurden noch nicht in den neuen Berichtspflichtigenkreis zum Monatsbericht einbezogen, sondern erst beobachtet.

Im Jahr 2002 umfasste die Gruppe der Aufsteiger im Land Brandenburg 20 Betriebe. Diese hatten insgesamt 640 Beschäftigte und einen Vorjahresumsatz von 28,6 Millionen EUR. Das waren, gemessen am Jahresumsatz 2001 der monatlich meldenden Betriebe 0,2 Prozent und 0,7 Prozent der Beschäftigten.

In den Vorjahren bewegte sich die Aufsteigergruppe zwischen 20 bis 30 Betrieben. Eine Ausnahme gab es bei der Befragung im September 2001. In dem Jahr wurden 43 Betriebe ermittelt.

Mit der Streichung der Kleinbetriebserhebung fällt diese Möglichkeit der Aktualisierung für den Berichtskreis der Monatsmelder weg. Gerade in einem Bundesland mit relativ wenig Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe entsteht dadurch ein deutlicher Informationsverlust.

Ersatz einer Befragung durch eine andere?

Um diese Lücke zu schließen, wird in allen Bundesländern eine „Umfrage zur Klärung des Kreises der Berichtspflichtigen zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes“ durchgeführt. Diese stützt sich auf § 6 des Bundesstatistikgesetzes. Neben der Anzahl der Beschäftigten wird auch der Wirtschaftszweig der einbezogenen Betriebe überprüft. Ansatzpunkt sind die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 18 und mehr tätige Personen. Bei den Wirtschaftszweigen mit herabgesetzter Abschneidegrenze beginnt die Auswahl bei 8 Personen. Einbezogen werden auch Handwerksbetriebe, die nicht zur vierteljährlichen Handwerksberichterstattung melden und in diese Betriebsgrößen fallen. Sie konnten in der Vergangenheit auf Grund der Rechtslage nicht mit berücksichtigt werden und fielen somit für den Monatsberichtskreis für Betriebe des Verarbeitendes Gewerbes heraus.

Die auf der Umfrage vorgesehenen Fragen sind, wie auf der eingestellten Kleinbetriebserhebung ebenfalls Stichtagsangaben vom 30. September (vgl. abgebildeten Fragebogen).

Mit diesem Fragebogen werden nach den gegenwärtigen Erkenntnissen auf der Grundlage der o.g. Auswahlkriterien im Land Brandenburg etwa 200 Unternehmen im September 2003 befragt. Es steht zu befürchten, dass es eine Reihe von Firmen treffen wird, die permanent im Grenzbereich zur Abschneidegrenze des Monatsberichts liegen und deshalb doch wieder jedes Jahr einen Fragebogen erhalten.

Wirkliche Einsparung bedeutet Verzicht

Es zeigt sich also, dass eine Statistik, wenn sie keinen Qualitätsverlust erleiden soll, so ganz ohne Belastung bzw. Befragung der Auskunftspflichtigen nicht durchzuführen ist. Die ersten Ergebnisse der Belastungsüberprüfung, die z.Zt. vom Statistischen Bundesamt auch bei den Kleinunternehmen durchgeführt wird, zeigt unter anderem, dass die Belastung oftmals mehr als Belästigung, hervorgerufen durch den amtlichen Ton und die mit Gesetzeszitierungen und -zitaten überfrachteten Anschreiben und Fragebogen, empfunden wird.

Die Autoren dieses Beitrages enthalten sich bewusst einer Wertung darüber, wie viel Entlastungseffekt die Einstellung der Kleinbetriebserhebung für die betroffenen Unternehmen bringen wird, hoffen aber, dass dieser überhaupt wahrgenommen wird.

Für die Arbeit im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg hat sich kein Entlastungseffekt durch den Wegfall der Erhebungsdurchführung für Kleinbetriebe eingestellt. Die Durchführung der Vorbefragung, die Notwendigkeit der Qualitätsüberprüfung des Unternehmensregisters und die konzeptionelle Vorbereitung für detaillierte Registerauswertungen in den Folgejahren erfordern sogar zusätzlichen Aufwand.

Claudia Kathke
Karin Rösler

– Muster –

Adresse:	Anschrift des Betriebes:	Unternehmensnummer Betriebsnummer
<p>Umfrage zur Klärung des Kreises der Berichtspflichtigen zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes</p> <p>Rechtsgrundlagen, Hilfsmerkmale und kurze Erläuterungen befinden sich auf der Rückseite des Erhebungsvordrucks.</p>		
Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutrifft, bitte berichtigen.		
Bitte teilen Sie uns mit, an wen wir uns bei Rückfragen wenden dürfen (für diese Angaben besteht keine Auskunftspflicht): Herr / Frau Vorwahl Tel.-Nr.	Meldung für Betrieb (PLZ, Ort) in:	Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt: Ort, Datum, Unterschrift
<p>Stichtag für Ihre Angaben: 30. September 2003 Bitte den Erhebungsvordruck bis zum 15. Oktober 2003 an die Erhebungsstelle zurücksenden. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!</p>		
1) Besteht Ihr Unternehmen aus genau diesem einen Betrieb? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn ja, weiter mit Frage 3. Wenn nein, wieviele Betriebe hat Ihr Unternehmen? Anzahl: Betriebe		
2) Falls Ihr Unternehmen aus mehreren Betrieben besteht: Ist Ihr oben genannter Betrieb Hauptniederlassung? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn nein, nennen Sie bitte den Standort (PLZ, Ort) Ihrer Hauptniederlassung. Standort:		
3) Falls Ihr Unternehmen aus diesem einen Betrieb besteht, geben Sie bitte die Rechtsform Ihres Betriebes an (z. B. GmbH). Rechtsform:		
4) Wurde Ihr Betrieb innerhalb der letzten zwei Kalenderjahre neu gegründet? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls Ihr Betrieb neu gegründet wurde, tragen Sie bitte das Datum der Aufnahme der Tätigkeit ein. Datum:		
5) Wurde ein bestehender Betrieb übernommen? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ein bestehender Betrieb übernommen wurde, tragen Sie bitte Name und Anschrift (PLZ, Ort) des Betriebes ein. Name und Anschrift des Betriebes:		
6) Bitte geben Sie an (textliche Angabe), welche Tätigkeiten Sie zur Zeit ausüben. Diese Angabe dient zur Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunktes Ihres Betriebes. Soweit möglich, nennen Sie bitte die Haupttätigkeit an erster Stelle. Tätigkeit: • • • • •		
7) Wieviele Personen waren in Ihrem Betrieb am Stichtag 30. September 2003 beschäftigt? Bitte geben Sie die Zahl der täglichen Personen an für: a) Industrielle/handwerkliche Produktion Anzahl der täglichen Personen: b) Bau, Energie- und Wasserversorgung Anzahl der täglichen Personen: c) Handel, Transport, sonstige Tätigkeiten Anzahl der täglichen Personen: d) Insgesamt Anzahl der täglichen Personen:		

Bitte wenden!

HTML + CSS lernen : anfangen, anwenden, verstehen

Weber, Monika
München : Addison-Wesley, 2003
ISBN 3-8273-2067-4
Preis: 24,95 EUR



Die Themenauswahl des Buches ist gelungen: HTML und CSS sind die wichtigsten Grundlagen moderner Web-Seiten-Gestaltung.

Das Buch ist übersichtlich gegliedert, auch wenn manchmal die Themenzuordnung nicht ganz gelungen ist.

Positiv: Jedes Kapitel schließt mit einer Zusammenfassung und Kontrollfragen bzw. Aufgaben ab.

Hilfreich sind die Tabellen mit den Browservergleichen und die Tag- bzw. Attributzusammenfassungen.

Auf der CD werden einige Freeware-Editoren mitgeliefert. Schade, dass auf diese nicht weiter eingegangen wird.

Auch wenn eine Linkssammlung zu weiterführenden Online-Dokumentationen fehlt – ihr erstes Ziel, ein Nachschlagewerk zu schreiben, hat die Autorin erreicht.

Ihr zweites Ziel, ein Praxisbuch zu schreiben, allerdings nicht.

Alle Beispiele sind rein formale Demonstrationen ohne Bezug zu einem praktischen Webauftritt. Es werden teilweise Tags und Attribute behandelt, die als veraltet gelten, die sogar eine modernen Webgestaltung erschweren.

Die für einen Einsteiger wichtige Frage, nutze ich für eine konkrete Formatierung HTML oder CSS, wird völlig ausgeklammert.

Frank Wagner

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im August 2003

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (Disketten, CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 01/03	Bevölkerungsstand - Januar 2003	1,25
A I 1 - m 02/03	- Februar 2003	1,25
A I 1 - m 03/03	- März 2003	1,25
A I 3 - j/02	Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise nach Alter und Geschlecht am 31.12.2002	4,50 19,50
A II 1 - m 03/03	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene - März 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,25
A II 1 - m 04/03	- April 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,25
A III 1 - m 03/03	Wanderungen, März 2003	1,25
A VI 2; 4 - j/02	Bevölkerung und Erwerbsleben 2002, Ergebnisse des Mikrozensus	4,25
A VI 5 - vj 3/02	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 30.09.2002 - - Vorläufige Ergebnisse (Stand: März 2003)	4,75
A VI 12 - vj 3/02	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und deren Pendlerverhalten am 30.09.2002 - Vorläufige Ergebnisse (Stand: März 2003)	5,00
B III 3/2 - j/02	Akademische und staatliche Abschlussprüfungen, Wintersemester 2002/2003	2,75
B III 7 - j/01	Hochschulfinanzen, 2001	3,25
C II 1 - m 06/03	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, Juni 2003	1,75
C II 3 - m 07/03	Ernteberichterstattung über Obst, Juli 2003	1,75
C III 2 - m 06/03	Schlachtungen und Fleischerzeugung, Juni 2003	1,75
E I 1; 3 - m 06/03	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Mai 2003 - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, Juni 2003	3,75
E I 2 - m 06/03	- Produktionsindex, Juni 2003	2,00
E II 1 - m 06/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), Juni 2003	2,50
E IV 4 - j/01	Energiebilanz und CO ₂ -Bilanz, 2001	3,25
F II 1; 2 - m 06/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), Juni 2003	2,50
G I 1 - m 06/03	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel - Messzahlen - - Juni 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,00
G III 1; 3 - 05/03	Aus- und Einfuhr Mai 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G IV 1 - m 05/03	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, Mai 2003	3,00
G IV 3 - m 06/03	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - - Juni 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,75
H I 1 - m 06/03	Straßenverkehrsunfälle - Juni 2003, Vorläufiges Ergebnis	1,25
H I 1 - m 05/03	- Mai 2003, Endgültiges Ergebnis	2,75
H II 1 - m 06/03	Binnenschifffahrt, Juni 2003	2,50
K III 3 - 2j/02	Kriegsopferfürsorge, 2002	1,75
K V 3 - j/02	Die Jugendhilfe – Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen sowie Sorgerechtsmaßnahmen 2002	2,75
K V 4 - j/02	Die Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen, 2002	2,50
K VI 1 - j/02	Leistungen an Asylbewerber Teil 1: Ausgaben und Einnahmen, 2002	2,00
L II 7 - j/02	Realsteuervergleich der Städte und Gemeinden, 2002	5,50 20,50
L IV 1 - j/01	Umsätze und ihre Besteuerung, 2001	6,25
Q III 1 - j/01	Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe, 2001	2,25
Verzeichnis	Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Stand: 31.12.2002	4,00
Verzeichnis	Verzeichnis der Beruflichen Schulen 2002/2003	9,00 24,00

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 – 2000	3,00 EUR
6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzinvestitionen	4,50 EUR	I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang Sozialhilfeleistungen 1994-1999 Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR	II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR
			I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
			II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR

Statistisches Jahrbuch 2002



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Statistische Jahrbuch 2002 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das **Buch** (ISBN 3-931767-11-6) und die **CD** (ISBN 3-931767-12-4) kosten jeweils 20,00 EUR.

Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-13-2) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lsd-bb.de